

HESSEN ERNEUERN.

Sozialdemokratisches Regierungsprogramm für Hessen 2014-2019

**Leitantrag zum
außerordentlichen Landesparteitag
am 9. März 2013 in Hanau**

The logo consists of a red square. Inside the square, the word "HESSEN" is written in white, uppercase, sans-serif font. Below it, the letters "SPD" are written in a larger, bold, white, uppercase, sans-serif font.

**HESSEN
SPD**

SPD-Landesverband Hessen

V.i.S.d.P.: Michael Roth MdB (Generalsekretär)

Vorsitz der Programmkommission: Gernot Grumbach, MdL

Koordination: Timon Gremmels, MdL

Ansprechpartner: Michael Fraenkel (Programmreferent)

Rheinstraße 22
65185 Wiesbaden

Telefon: (0611) 999 77- 38

Telefax: (0611) 999 77-11

E-Mail: Programmkommission@spd-hessen.de

Internet: www.spd-hessen.de

Übersicht

0. Das Regierungsprogramm 2014-2019	1
Am Anfang war das Zuhören	1
Unsere Maßstäbe: Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität.....	1
Fortschritt und Sicherheit	1
Mehr Miteinander und Zusammenhalt.....	2
Daseinsvorsorge stärken.....	2
Politik aus einem Guss.....	2
Mehr Demokratie wagen - für eine neue Kultur der Beteiligung und der Transparenz.....	2
 1. Gute Bildung von Anfang an	 5
Bildung in Hessen – eine schlechte Bilanz	5
1.1. Unser Ziel: Gerechtigkeit und Chancengleichheit.....	6
Gute Bildung von Anfang an	6
Jedes Kind mitnehmen	7
Kinder brauchen Zeit zum Lernen – G8 beenden!	7
Gemeinsam lernen in einer Schule der Vielfalt	8
Verantwortung in Selbstständigkeit.....	9
Berufliche Bildung weiterentwickeln.....	9
Eine qualifizierte Erstausbildung	9
Schulen in freier Trägerschaft.....	10
Neue Lehrerbildung.....	10
Lebensbegleitendes Lernen	11
 1.2. Wir wollen gute Studienbedingungen	 11
Schwarz-gelbe Bildungspolitik: Große Worte, keine Taten.....	11
Studiengebühren nein – BAföG verbessern	12
Soziale Öffnung der Hochschulen.....	12
Verlässliche Finanzierung	13
Fehler des Bologna-Prozesses korrigieren.....	13
Forschung und Lehre gehören zusammen	14
Demokratische und soziale Hochschule.....	15
Nichtstaatliche Einrichtungen	15
 2. Gute Arbeitsbedingungen für eine starke und innovative Wirtschaft	 17
2.1. Ordnung auf dem Arbeitsmarkt	17
Sichere und faire Arbeit.....	17
Endlich dynamischer Mindestlohn	17
Familienfreundliche Arbeit.....	18
Kein Jugendlerner ohne Ausbildung.....	18

Bekämpfung von Langzeitarbeitslosigkeit	18
Gute Arbeitsplätze durch guten Arbeitsschutz	19
Ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	19
Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderung	19
2.2. Hochschulen als Motoren für regionale Entwicklungen.....	20
Hochschulen sind mehr als Bildungseinrichtungen!	20
2.3. Unsere Wirtschaftspolitik	20
CDU-Landesregierung ohne Ideen	21
Innovation in der Wirtschaft	21
Faire Bedingungen für den Mittelstand	22
Außenwirtschaft und Standortsicherung	22
Transparenz und Beteiligung im Planungsrecht	23
Ausbau des Breitbandnetzes	24
Tourismus	24
Dem Fachkräftemangel begegnen	24
2.4. Finanzen für die Zukunftssicherung	24
Finanzplatz Frankfurt/Rhein-Main	24
Neue Herausforderungen	25
Sparkassen	25
Landesbank Hessen-Thüringen (Helaba)	26
WI-Bank wird zur Hessenbank	26
Für eine leistungsfähige Landesentwicklungsgesellschaft	26
2.5. Neue Energie für Hessen!	28
Abschalten allein reicht nicht	28
Energiewende als Chance	28
Es muss bezahlbar bleiben	28
Chance für Kommunen	28
Chance für Demokratie	29
Keine Investitionen in die Vergangenheit	29
Die Vielfalt bringt es	30
Neue Speicher und Netze	31
Forschung	32
Intelligenter Verkehr	32
2.6 Mobilität sichern.....	32
Schwarz-gelbe Politik der Worthülsen	32
Moderne Verkehrspolitik	33
Internationale Bauausstellung "Moderne und gesundheitsverträgliche Mobilität"	
.....	33
Schienenverkehr	34
Verlagerung von Güterverkehr	34
Ballungsraum und ländlicher Raum	34
Hessische Verkehrsverbünde	35
Sanierungsstau abarbeiten	35
Menschen bei Infrastrukturmaßnahmen mitnehmen	35
Lärmschutz	35
Verkehrssicherheit	36
Fahrradverkehr	36

Fußgängerinnen und Fußgänger	36
Ehrliche Politik für Flughafen und Region.....	36
Gute Arbeitsbedingungen am Flughafen	39
Regionalflughafen Kassel-Calden	39
 3. Soziale Gerechtigkeit und Zusammenhalt wieder stärken	40
3.1 Soziale Gerechtigkeit	40
14 Jahre soziale Verantwortungslosigkeit.....	40
Unser Leitbild: Eine solidarische Gesellschaft.....	40
Hessen zum Familienland machen.....	41
Kinder und Jugendliche im Zentrum	41
Politik für Ältere und Senioren.....	42
Aktionsprogramm Armutsbekämpfung und Sozialbudget.....	43
Gesundheitsland Hessen	44
Leitbild Inklusion: Politik für Menschen mit Behinderung	45
3.2 Sport verbindet.....	46
Ehrenamt macht Spaß.....	47
3.3 Gutes Wohnen für alle	47
Bezahlbare Wohnungen.....	47
Öffentliche Wohnungswirtschaft.....	49
Soziale Stadt.....	49
Schutz der Mieterinnen und Mieter	50
 4. Gutes Leben in Stadt und Land	51
4.1. Den ländlichen Raum fördern	51
14 Jahre Schwarz-Gelb schaden dem ländlichen Raum	51
Gerechtes Hessen: Partnerschaft solidarisch gestalten	51
Öffentliche Daseinsvorsorge erhalten.....	52
Arbeit, Wirtschaft und Wertschöpfungsprozesse fördern	53
Innenentwicklung hat Priorität	54
4.2. Städtische Zentren und den Ballungsraum Rhein-Main gestalten.....	54
Gegen die soziale Spaltung	54
Die Regionen gestalten.....	55
Region Rhein-Main	56
4.3. Kommunen stärken.....	57
 5. Hessens demokratische und liberale Tradition stärken.....	60
5.1 Solidarisches Zusammenleben und Gleichberechtigung	60
5.1.1 Ein neuer frauenpolitischer Aufbruch für Hessen ist notwendig!	60

5.2. Für ein tolerantes Hessen	62
5.3. Weltoffenes Hessen.....	63
14 Jahre vergebene Chancen für die Integration	63
Mehr Integration für Hessen - Unser Grundverständnis	64
Integration durch Bildung und Sprache	64
Zugangschancen zum Arbeitsmarkt verbessern	65
Diskriminierung, Rassismus und Antisemitismus, Hass und Gewalt konsequent bekämpfen.....	66
Flüchtlinge	66
Politische Teilhabe als Schlüssel.....	67
Der Islam - ein Bestandteil Deutschlands	67
Kultursensibler Umgang mit älteren Migrantinnen und Migranten	67
Die Mehrheitsgesellschaft einbinden	68
5.4 Liberales und sicheres Hessen	68
Datenschutz	68
Polizei	68
Dienstrecht	70
Justiz und Justizvollzug	70
Verfassungsschutz.....	73
Initiativen gegen Rechts.....	74
Feuerwehr und Katastrophenschutz.....	74
6. Hessen international	76
6.1 Hessen in Europa: Die Krise als Chance begreifen	76
6.2 Hessen in der Welt	78
7. Natur, Umwelt und Verbraucherschutz.....	81
7.1. Naturschutz	81
7.2. Wald und Landwirtschaft	82
Der hessische Wald.....	82
Landwirtschaft.....	83
7.3. Gesunde Umwelt	84
Wasser	84
Saubere Luft	84
Abfall	85
7.4. Verbraucherschutz braucht mündige Verbraucherinnen und Verbraucher	85
Gentechnikfreie Nahrungsmittel.....	85
7.5. Tierschutz	86
Vorbeugender Tierschutz – endlich auch in Hessen	86
Tierschutzgerechte Nutzung und Haltung	86

Tierversuche	87
Mitwirkungsrechte stärken	87
8. Kultur, Medien und Netzpolitik	88
8.1. Kunst in Hessen	88
Kulturelle Bildung von Kindern und Jugendlichen fördern	88
Theaterförderung und regionale Kooperation	89
Museen	89
Kreativwirtschaft und Filmförderung	90
Kulturkooperation und Kulturfonds	90
Musikförderung	90
Literatur	90
Denkmalpflege, historisches Erbe und Baukultur	91
Bildende Kunst	91
8.2 Medien und Netzpolitik	91
Modernisierung des Rundfunkauftrags	91
Vielfältige Presselandschaft erhalten	92
Medienkompetenz fördern	92
Netzpolitik in Hessen	92
9. Verantwortliche Finanzpolitik	94
9.1 Staatliche Aufgaben angemessen finanzieren – Gerechtigkeit herstellen	94
9.2 Notwendige staatliche Aufgaben	95
9.3 Steuergerechtigkeit herstellen	95

o. Das Regierungsprogramm 2014-2019

Am Anfang war das Zuhören

Weil wir Politik besser machen wollen als andere, haben wir uns zuerst Zeit genommen zum Zuhören. In den letzten zwei Jahren haben viele von uns zahlreiche Einzelgespräche geführt und an vielen Gruppendiskussionen teilgenommen. Wir haben mit Bürgerinnen und Bürgern geredet und mit Experten, mit Vertretern von Institutionen und Interessengruppen und nicht zuletzt mit vielen engagierten Mitgliedern unserer Partei, der SPD. Wir wollten wissen, wie es weiter gehen soll in Hessen. Dabei ging es nicht nur um Kritik, sondern auch um Vorschläge, wie man die Dinge besser machen kann. Diese Vorschläge haben wir zusammengetragen und diskutiert. Unser Vertrauen in die Klugheit der Menschen wurde bestätigt. Viele gute Vorschläge haben Eingang gefunden in dieses Programm, manche unserer eigenen Ideen konnten wir so verbessern oder korrigieren.

Unsere Maßstäbe: Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität

Die Maßstäbe, die wir an alle Vorschläge angelegt haben, sind unsere Grundwerte: Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Sie bilden auch die Leitlinien für unsere tägliche Arbeit. Gerade weil sich heutzutage manche Dinge schnell verändern, braucht es solche Maßstäbe, um gute Entscheidungen treffen zu können. Man wird auch unsere Regierungsarbeit daran messen können. Wie konkret unsere Grundwerte unser Handeln bestimmen, zeigen drei kurze Beispiele:

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wissen, dass Freiheit häufig materielle Absicherung braucht. So hat jede Abiturientin und jeder Abiturient die Freiheit zu studieren, aber oft fehlt es an Geld. Deshalb sind wir für ein vernünftiges BAföG und gegen Studiengebühren.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wissen, dass Gerechtigkeit immer wieder hergestellt werden muss. So verdienen Frauen bei gleicher Tätigkeit 22 Prozent weniger als Männer. Ähnliches gilt für Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter. Hunderttausende Menschen arbeiten Vollzeit, aber können von ihren Löhnen nicht leben. Deshalb sind wir für gleiche Löhne bei gleicher Arbeit und für Mindestlöhne.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wissen, dass Menschen in Not oft in ihrer Würde gekränkt werden. Deshalb setzt unser Grundwert Solidarität auf gleiche Augenhöhe. Es geht um soziale Rechte und nicht um demütige Bittstellerei.

Fortschritt und Sicherheit

Es reicht nicht, auf die schnellen Veränderungen der Welt um uns herum nur zu reagieren. Wir müssen aktiv gestalten, damit wir einen Fortschritt erreichen, der das Leben der Menschen besser macht und die Probleme der Zukunft löst, ganz gleich ob Veränderungen in der Arbeitswelt oder im Klimawandel. Gleichzeitig müssen wir erreichen, dass nicht jede und jeder allein mit den Veränderungen fertig werden muss, sondern dass wir gemeinsam ausreichend Sicherheit für alle organisieren.

Mehr Miteinander und Zusammenhalt

Eine gute Zukunft werden wir nur gemeinsam schaffen können. Dazu braucht es mehr Zusammenhalt und Unterstützung für den Einzelnen. Wir wollen nicht, dass Menschen aufgrund ihrer sozialen Situation ausgegrenzt werden. Wer Hilfe benötigt, muss sie auch erhalten. Wer wenig verdient, braucht einen Mindestlohn. Wer lange arbeitslos war, braucht Unterstützung auf dem Weg zu neuer Berufstätigkeit. Schülerinnen und Schüler mit Schwierigkeiten sollen unterstützt und nicht abgeschoben werden. Wir wollen, dass niemand zurückgelassen wird.

Die Stärkung des Miteinanders und des Zusammenhalts ist der zentrale Unterschied zur derzeitigen Regierungspolitik. Wir sind davon überzeugt, dass die Überwindung der Ellenbogenmentalität am Ende allen Bürgerinnen und Bürgern zugute kommt. Dieses neue Miteinander ersetzt nicht, dass sich jede und jeder selber einbringen und engagieren muss. Es ersetzt aber eine ungerechte Gesellschaft, die oben und unten für selbstverständlich hält.

Daseinsvorsorge stärken

Land, Städte und Gemeinden müssen wieder die Möglichkeit erhalten, beispielsweise die Wasserversorgung, die Stromproduktion und die Müllabfuhr selbst zu organisieren. Die Daseinsvorsorge ist ein öffentlicher Auftrag. Nur die öffentliche Hand kann sicherstellen, dass hessenweit vergleichbare Zugangsvoraussetzungen geschaffen werden. Die Versorgung mit schnellen Internet-Breitbandzugängen zeigt, dass private Anbieter nur die lukrativen Städte und Ballungsräume anbinden und der ländliche Raum für sie wirtschaftlich nicht interessant ist. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten treten dafür ein, dass Güter und Einrichtungen, die für die Daseinsvorsorge wichtig sind, nicht weiter privatisiert werden.

Politik aus einem Guss

Das Leben ist nicht in viele kleine Bereiche zersplittert. Unsere Politik auch nicht. Sie ist aus einem Guss. So gehören bei uns zum Beispiel Arbeit, Wirtschaft und ökologische Modernisierung zum Schutz von Menschen, Klima und Umwelt ebenso zusammen wie Familie, Bildung, Betreuung und Gleichberechtigung. Dies gilt für zahlreiche andere Bereiche; sie beziehen sich aufeinander und ergänzen sich. Mit Programmen für die Städte und für den ländlichen Raum werden die Vorschläge für ganze Lebensbereiche zusammengefasst. Für die SPD stehen nicht abstrakte Konzepte, sondern der Mensch im Mittelpunkt der Politik.

Mehr Demokratie wagen - für eine neue Kultur der Beteiligung und der Transparenz

Wir wollen eine Gesellschaft, in der jede Bürgerin, jeder Bürger das Recht hat mitzureden, wenn es darum geht, wie unsere Zukunft gestaltet werden soll. Selbst ernannte Expertinnen und Experten, die den Menschen vorschreiben, was gut für sie sei, helfen nicht weiter. Deshalb muss bei der Gestaltung von Politik die Beteiligung der Betroffenen mitgeplant werden. Ob über das Profil einer Schule entschieden wird oder über ein Naturschutzgebiet – wir wollen, dass die Bürgerinnen und Bürger mitreden können. Wir wollen wieder mehr Demokratie wagen und damit den Anspruch von Willy Brandt mit neuem Leben füllen.

Wir stimmen mit einer breiten gesellschaftlichen Mehrheit überein: Unser Land und seine Bevölkerung sind reif für mehr direkte Demokratie. Wir setzen uns ein für die Einführung von Volksinitiativen, -begehren und -entscheiden auf Bundesebene sowie für die Absenkung der Hürden in Hessen auf ein bürgerfreundlicheres Maß. Die Finanzierung von Abstimmungskampagnen wollen wir dabei streng transparent machen und notfalls eingrenzen, um finanzstarken Verbänden und Lobbys keine überproportionale Einflussnahme auf politische Entscheidungen zu ermöglichen. Wir wollen verstärkt innovative Projekte wie den Bürgerhaushalt und digitale Beteiligungsverfahren erproben. Diese Formen sind kein Ersatz für die repräsentative Demokratie, sondern eine wichtige Erweiterung.

Die stärkere Beteiligung von Migrantinnen und Migranten am politischen Entscheidungsprozess ist für uns ein wichtiger Baustein einer erfolgreichen Integrationspolitik. Wir fordern daher das kommunale Wahlrecht für alle seit mindestens fünf Jahren in Deutschland lebenden Migrantinnen und Migranten und deren Beteiligung an Volksinitiativen und Bürgerhaushalten.

Die Hürden zur Teilnahme an Wahlen und Abstimmungen sollten so niedrig wie möglich sein. Das hessische Kommunalwahlrecht führt in seiner Überkomplexität zu einer hohen Zahl an ungültigen und verschenkten Stimmen und hält manche Wählerinnen und Wähler von der Wahlteilnahme ab. Die hessische SPD wird deshalb das Gespräch mit anderen Parteien über eine Weiterentwicklung und Vereinfachung des Kommunalwahlrechts suchen.

Wir wollen, dass Jugendliche über ihre Belange vor Ort mitentscheiden können. Wir setzen uns für die Herabsenkung des Wahlalters bei Kommunalwahlen auf 16 Jahre ein. Damit verbinden wir die besondere Verantwortung des Landes zur Stärkung der politischen Bildung.

Demokratie fällt nicht vom Himmel - sie muss gelernt werden. Wir wollen, dass sich besonderes Engagement, z. B. in der Schülervertretung, bei Amnesty International, in der Gewerkschaft, in der Naturschutzgruppe oder im Vereinsvorstand bei der schulischen Leistungsbewertung und beim Zugang zu Ausbildungs- und Studienplätzen widerspiegelt.

Wir wollen Politikerinnen und Politiker, die wieder Vorbild für Demokratie und Transparenz von Entscheidungen sein wollen. Wir treten dafür ein, dass sich Abgeordnete und Regierungsmitglieder auf einen Verhaltenskodex verständigen, der verbindliche Leitlinien im Umgang miteinander und gegenüber Medien und Wirtschaft regelt. Dazu gehören: Verzicht auf die persönliche Herabwürdigung des politischen Gegners, Respekt vor der Privatsphäre von Politikerinnen und Politikern, Offenlegung von bezahlten Nebentätigkeiten bei Europa-, Bundestags- und Landtagsabgeordneten, Offenlegung der Einkommensverhältnisse von Parlaments- und Kabinettsmitgliedern sowie von hauptamtlichen Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern. Zudem das Einrichten einer unabhängigen Kommission, die nach dem Ausscheiden aus einem Regierungsamt Empfehlungen für Art, Umfang und Zeitpunkt der Aufnahme einer wirtschaftlichen Tätigkeit abgibt und strittigen Fällen nachgeht.

Notwendig ist auch die Schaffung von klaren und transparenten Regeln für die politische Interessenvertretung und deren Finanzierung (z. B. durch ein Lobbyregister) sowie wirksame Maßnahmen zur Bekämpfung der Korruption (z. B. durch Erstellung eines Korruptionsregisters und ein Korruptionsbekämpfungsgesetz). Noch wichtiger ist es, dass Bürgerinnen und Bürger verstärkt in die Entscheidungsfindung einbezogen werden. Bei zentralen Reformprojekten ist die Bevölkerung umfassend einzubeziehen.

1 Internetbasierte und mobile Technologien wollen wir nutzen, um Bürgerinnen und
2 Bürger stärker in den gesamten politischen Prozess zu integrieren. Digitale Beteili-
3 gungsverfahren (Open Government) können die Transparenz, Möglichkeiten der Parti-
4 zipation und die Zusammenarbeit zwischen Institutionen und Bürgerinnen und Bür-
5 gern sowie der Wirtschaft befördern.

6
7 Teilhabe verlangt aber auch Informationen. Die SPD wird für Hessen die bereits von
8 Schwarz-Gelb abgelehnte Initiative für ein umfassendes Informationsfreiheitsgesetz
9 wieder aufgreifen, das einen Auskunftsanspruch gegenüber öffentlichen Stellen des
10 Landes und den Kommunen begründet.

11
12 Eine wichtige Säule der Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern ist und bleibt das
13 ehrenamtliche Engagement. Dies gilt es zu stärken und zu würdigen. Wir möchten dies
14 in einem umfangreichen Ehrenamtsgesetz tun, um die Arbeit vor Ort zu erleichtern
15 aber auch um Teilhabe zu gewähren. Wir wollen die ehrenamtliche Arbeit erleichtern,
16 indem wir bürokratische Hindernisse abbauen und Beteiligungsrechte stärken.

1. Gute Bildung von Anfang an

Bildungspolitik ist der Kernbereich von Landespolitik. In keinem anderen Bereich hat ein Bundesland so viel Gestaltungsmöglichkeiten und so viel Gestaltungsspielraum. Mit einer guten Bildungspolitik werden die Grundlagen für Chancengleichheit, für gute Arbeit und persönlichen Wohlstand gelegt. Ein gutes Bildungssystem gibt die Freiheit, den eigenen Lebensweg zu finden. Es dient der Gerechtigkeit, indem es gleiche Chancen herstellt.

Zur Realisierung eines solchen Bildungssystems brauchen wir die Zusammenarbeit aller Ebenen: Bund, Land, Kommunen, außerschulische Partner, Schulen und Familien. Bildung ist eine Gemeinschaftsaufgabe und kann nur in gemeinsamer Verantwortung erfolgreich sein!

Wir setzen uns erstens dafür ein, dass der Bund in die Verantwortung für gute Bildung einbezogen und das sog. Kooperationsverbot, wonach der Bund keine Bildungsaufgaben finanzieren darf, aufgehoben wird. Wir wollen zweitens die bildungspolitische Kleinstaaterei überwinden und durch konkrete Vereinbarungen den Schulwechsel für Schülerinnen und Schüler, Eltern sowie Lehrerinnen und Lehrer zwischen den Bundesländern vereinfachen. Wir wollen drittens die zukünftige Bildungspolitik mit den Kommunen und den außerschulischen Bildungspartnern besser und verbindlich abstimmen. Zuständigkeitsgrenzen können nur in Kooperation überwunden werden. Wir wollen, dass jede Schülerin und jeder Schüler im Laufe des eigenen Bildungswegs immer wieder die Freiheit hat sich neu zu entscheiden, so wie es der jeweiligen persönlichen Entwicklung entspricht. Wir lassen kein Kind zurück.

Daraus kann ein echter hessischer Schulfrieden entstehen, der Schulen und Eltern wirkliche Verlässlichkeit gibt.

Dazu brauchen wir auch besonders engagierte Lehrerinnen und Lehrer, die viel leisten und dafür unsere Anerkennung verdienen. Wir wollen sie daher sechstens besonders unterstützen, u.a. durch bessere Arbeitsbedingungen und eine Verbesserung der Aus- und Fortbildungsmöglichkeiten.

Erfolgreich werden wir am Ende mit unserem bildungspolitischen Anspruch nur sein, wenn alle Beteiligten miteinander arbeiten und davon überzeugt sind. Deshalb werden wir den Schulen ein Angebot machen und Rahmenbedingungen schaffen, die den Anforderungen gerecht werden. Eine Schulorganisationsreform von oben wird es deshalb mit uns nicht geben.

Bildung in Hessen – eine schlechte Bilanz

Entgegen allen ihren wortreichen Erklärungen ist die bildungspolitische Bilanz der schwarz-gelben Landesregierung schlecht. In Ländervergleichen erreichen hessische Schülerinnen und Schüler bestenfalls mittlere Plätze, die soziale Ungleichheit nimmt eher zu. Viel zu viele Kinder bleiben auf dem Bildungsweg zurück, weil sie nicht entsprechend ihren Fähigkeiten und Begabungen gefördert werden. Frühe Selektion und eine zunehmende Zersplitterung prägen das hessische Schulsystem. Die Durchlässigkeit nach oben wird mehr und mehr abgebaut, Sackgassen entstehen.

Die Verkürzung der Gymnasialzeit (G8) war und ist ein Fehler. Das Ergebnis der schlecht geplanten Verkürzung der Mittelstufe sind überlastete Schülerinnen und Schüler deren Persönlichkeitsentwicklung leidet, weil ihnen die Zeit für Sport, Musik

1 und für soziales Engagement genommen wird. Die steigende Zahl der Sitzenbleiben-
2 den und Querversetzungen ist ein Warnzeichen.

3 Wie wenig ernst die CDU-FDP Regierung den Elternwillen nimmt, zeigt der Versuch, die
4 aussterbende Hauptschule durch die Konstruktion der Mittelstufenschule am Leben zu
5 erhalten. Durch Abstufung aus anderen Bildungsgängen wird der Bildungsgang Haupt-
6 schule gegen den Schulwunsch der Eltern ab der Klasse 7 einfach aufgefüllt.

7 Das Recht auf Unterricht in der Regelschule aus der UN-Konvention über die Rechte
8 Behinderter wird über einen Ressourcenvorbehalt einfach ausgehebelt. Damit wird die
9 gesellschaftliche Akzeptanz für Inklusiven Unterricht gefährdet. Schulen und Eltern
10 werden allein gelassen.

11 Auch das Projekt Selbstständige Schule droht zu scheitern, da die versprochene 105-
12 prozentige Lehrerversorgung nicht zur Verfügung steht. Statt die Qualität der einzel-
13 nen Schulen zu stärken, werden mit dem bürokratischen Wasserkopf eines Landes-
14 schulamts zusätzliche Stellen in der Verwaltung geschaffen.

17 1.1. Unser Ziel: Gerechtigkeit und Chancengleichheit

18 Jedes Kind hat ein Recht auf die Achtung seiner Persönlichkeit und bestmögliche Bil-
19 dung. Für uns sind alle Kinder gleich viel wert, völlig unabhängig von ihrer Leistungsfä-
20 higkeit und ihrer Begabung und ungeachtet ihrer sozialen und ethnischen Herkunft
21 oder ihres Geschlechts. Ihre Förderung und ihr Wohlergehen sind der Maßstab unseres
22 politischen Handelns.

23 Unser Ziel ist, jedem Kind eine möglichst breite Bildung mit auf den Lebensweg zu ge-
24 ben, um ihm so die umfassende Entwicklung der eigenen Persönlichkeit und Fähigkei-
25 ten zu sichern. Damit stärken wir die Voraussetzungen für eine umfassende demokra-
26 tische, soziale und kulturelle Teilhabe in unserer Gesellschaft, für ein selbstbestimmtes
27 Leben. Eine wichtige Voraussetzung dafür ist, dass jedes Kind einen berufsqualifizie-
28 renden schulischen Abschluss erreicht, der ihm die Chance auf eine positive Lebensper-
29 spektive und die Teilhabe am Arbeitsmarkt eröffnet.

30 Kinder sind wissbegierig und motiviert, wenn ihre Freude am Lernen geweckt, erhalten
31 und gefördert wird. Wir wollen eine Schule, die das kann. Nicht die Kinder müssen der
32 Schule angepasst werden, sondern die Schule muss der Unterschiedlichkeit der Kinder
33 Rechnung tragen. Dazu wollen wir die Schulen befähigen.

34 Wir wissen, dass unser Bildungssystem sich an vielen Stellen verändern und verbessern
35 muss, um dieses Ziel zu erreichen. Pädagogische, inhaltliche und strukturelle Maß-
36 nahmen sind notwendig, um ein leistungsfähiges Bildungssystem von hoher Qualität
37 zu schaffen, das der Vielfalt der Kinder gerecht wird und gleiche Bildungschancen
38 überall in Hessen schafft. Unser Konzept „Haus der Bildung“ beschreibt die Schritte,
39 von der frühkindlichen Erziehung bis zum Einstieg in den Beruf.

40 Auch alle Erwachsenen müssen durch Angebote für ein "lebenslanges Lernen" die Mög-
41 lichkeit bekommen, sich ihren Fähigkeiten und Neigungen entsprechend weiter zu
42 qualifizieren und zu entwickeln.

44 Gute Bildung von Anfang an

45 In den ersten Lebensjahren werden die Grundlagen für einen erfolgreichen Bildungs-
46 weg gelegt. Unser Ziel ist die optimale individuelle Förderung aller Kinder von Anfang
47 an. Im Mittelpunkt steht das einzelne Kind mit seinem Bedürfnis nach Bindung und
48 Geborgenheit, seiner Freude am Spielen und am Lernen, seinem Wunsch nach Gemein-

1 samkeit und Freundschaft. Stärken werden gestärkt, individuelle Beeinträchtigungen
2 früh erkannt und Fehlentwicklungen vermieden, soziale Benachteiligungen ausgegli-
3 chen. Individuelle Förderung leistet so einen herausragenden Beitrag zur Chancen-
4 gleichheit durch Bildung. Wir wollen zugleich die Entlastung von Familien bei der Kin-
5 derbetreuung und die bessere Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Kindererziehung
6 erreichen.

8 **Wir wollen für jedes Kind unter sechs Jahren den Rechtsanspruch auf individuelle**
9 **ganztägige Förderung und Betreuung umsetzen, in Kindertagesstätten oder in der Kin-**
10 **dertagespflege. Wir wollen die Weiterentwicklung der Kindertagesstätten zu Familien-**
11 **zentren, in denen neben der Betreuung, Erziehung und Bildung der Kinder auch Treff-**
12 **punkte, Kommunikations- und Beratungsangebote für Eltern und Familienangehörige**
13 **sowie für Menschen aller Altersgruppen im Stadtteil geboten werden. Der Bildungs-**
14 **und Erziehungsplan ist Grundlage für die inhaltliche Arbeit und die Kooperation zwi-**
15 **schen Kita und Grundschule.**

16 Deshalb haben der bedarfsgerechte Ausbau der Plätze und die Steigerung der Qualität
17 der Arbeit durch Verbesserung der Personalausstattung und Verkleinerung der Grup-
18 pen weiter Priorität. Die Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern wird durch Ange-
19 bote auf Fachhochschulniveau und flexible Weiterqualifizierungsmaßnahmen ergänzt
20 und aufgewertet. Wir streben die allgemeine Gebührenfreiheit auch für alle Angebote
21 der frühen Bildung an. Priorität hat für uns im ersten Schritt jedoch der Aufbau der An-
22 gebote. Was für Schülerinnen und Schüler sowie Studierende gilt, gilt hier nicht min-
23 der: Lebensumstände und Einkommensverhältnisse der Eltern dürfen nicht länger Bil-
24 dungsschranken für die Kinder darstellen.

26 **Jedes Kind mitnehmen**

27 Kein Kind darf alleingelassen werden! Immer noch werden viele Kinder in der Schule zu
28 wenig gefördert, sie werden beschämt und verletzt. Schulversagen und zerstörte Moti-
29 vation sind häufig die Folge. Das Wiederholen einer Klasse oder der Wechsel in eine
30 andere Schulform tragen meist nicht dazu bei, die Freude am Lernen zu erhalten.

31 Wir wollen deshalb Schulen ermöglichen, alle Kinder mitzunehmen und sie in ihrer
32 Entwicklung zu fördern. Sitzenbleiben und Querversetzung sollen durch individuelle
33 Fördermaßnahmen ersetzt werden. Jede Schule verpflichtet sich, ihre Schüler und
34 Schülerinnen erfolgreich zu einem Abschluss zu führen.

35 Dazu brauchen Schulen neben Lehrerinnen und Lehrern, Angehörige vielfältiger Berufe,
36 die Hand in Hand zusammenarbeiten. Damit die Bildungs- und Erziehungsprozesse
37 optimal gelingen können, bedarf es eines breiten Spektrums an Unterstützungsmög-
38 lichkeiten und vor allem einer Vernetzung und Koordination der bereits existierenden
39 Instrumente. Wir wollen kommunale Schulträger beim schrittweisen Ausbau der
40 Schulsozialarbeit unterstützen und streben eine Drittelfinanzierung an.

42 **Kinder brauchen Zeit zum Lernen – G8 beenden!**

43 Kinder haben verschiedenste Interessen, Begabungen und Fähigkeiten. Sie entwickeln
44 sich unterschiedlich schnell. Auch das Lerntempo ist verschieden ausgeprägt. Individu-
45 ell fördern bedeutet auch, im Unterricht und in der Schulorganisation flexible Lernzei-
46 ten anzubieten, um jedem Kind seine Zeit zum Lernen zu geben.

47 Deswegen wollen wir, dass sowohl die Grundschule als auch die gymnasiale Oberstu-
48 fenzeit unterschiedlich schnell durchlaufen werden können.

1 In der Grundschule werden wir die ersten zwei Schuljahre zu einer Schuleingangsstufe
2 mit der Möglichkeit halbjährlicher Einschulungstermine weiterentwickeln, in der die
3 Kinder je nach Entwicklungsstand und -fortschritt zwischen ein und drei Jahre bleiben
4 können.

5 Mehr Zeit zum Lernen brauchen Schüler und Schülerinnen insbesondere in der Mittel-
6 stufe. Wir werden in Hessen den gescheiterten G8-Versuch beenden. Die Mittelstufe
7 soll wieder auf sechs Jahre ausgelegt werden. Ob das Abitur nach zwölf, dreizehn oder
8 vierzehn Schuljahren abgelegt wird, richtet sich nach der individuellen Entwicklung der
9 Schülerinnen und Schüler. Eine modularisierte Oberstufe soll nicht nur eine größere
10 Wahlfreiheit bei der Fächerkombination, sondern auch eine unterschiedlich lange Ver-
11 weildauer ermöglichen.

12
13 Ganztagschulen machen die Zeit in der Schule flexibel und verbinden Lernen, Fördern,
14 Freizeit und Gruppenaktivitäten in einem pädagogisch bestimmten Tagesrhythmus.
15 Wir wollen einen Schulalltag, der ganzheitliche Förderung realisiert, zum Beispiel durch
16 fächerübergreifendes und auch projektorientiertes Lernen. Ganztagschulen geben
17 auch mehr Raum, um die Kompetenzen im Zusammenleben mit anderen zu stärken. So
18 wollen wir die Qualität von Lern- und Erziehungsprozessen insgesamt steigern. Dazu
19 ist die Stärkung der regionalen Kooperation mit allen Angeboten der Kinder- und Ju-
20 gendhilfe erforderlich. Schule wird sich zum Leben im Stadtteil öffnen. Jedem Kind soll
21 wohnortnah eine ganztägig arbeitende Schule angeboten werden, dabei haben Grund-
22 schulen beim Ausbau Priorität. Wir werden jährlich 100 echte Ganztagsgrundschulen in
23 Hessen aufbauen.

25 **Gemeinsam lernen in einer Schule der Vielfalt**

26 Wir sind der Überzeugung, dass längeres gemeinsames Lernen aller Kinder und Ju-
27 gendlichen bis zur Klasse 10 mehr Chancen und echte Spielräume für Kinder und Ju-
28 gendliche eröffnet. Das gilt für die schwächeren und die stärkeren Schülerinnen und
29 Schüler. Denn gemeinsames Lernen braucht die individuelle Förderung genauso wie
30 das Lernen voneinander. Wir wollen deshalb allen Schulen anbieten, diesen pädagogi-
31 schen Weg des längeren gemeinsamen Lernens zu gehen. Dies kann nur mit den Eltern,
32 Lehrkräften und Schülerinnen und Schülern gemeinsam gelingen und wird nicht von
33 oben verordnet. Unsere Schule ist eine Schule der Vielfalt. Wir sehen die Unterschied-
34 lichkeit der Kinder als Chance. Jedes Kind leistet einen wertvollen Beitrag in der Schul-
35 gemeinschaft und macht seine Schule bunter und lebendiger. Jedes Kind kann für seine
36 eigene Entwicklung von den vielfältigen Kenntnissen, Interessen und Fähigkeiten an-
37 derer Kinder profitieren und seine eigenen Stärken vermitteln und ausbauen. Die Schu-
38 le der Vielfalt geht auf jedes einzelne Kind ein.

39 Deutschland hat sich 2008 durch die Ratifizierung der „UN-Konvention über die Rechte
40 von Menschen mit Behinderungen“ verpflichtet, kein Kind aus der Regelschule auszu-
41 schließen. Wir wollen, dass Schulen erfolgreich inklusiv arbeiten können. Fortbildungs-
42 angebote für alle an Schule Beteiligten sind ebenso wichtig wie eine angemessene per-
43 sonelle und sachliche Ausstattung. Inklusion darf nicht an einem Haushaltsvorbehalt
44 scheitern, denn sie ist ein individuelles Recht jedes einzelnen Kindes. Wir werden die
45 Kooperation mit den Schulträgern verbessern und diese bei der schrittweisen Umset-
46 zung der Inklusion unterstützen.

47
48 Inklusion braucht gesellschaftliche Akzeptanz. Wir gehen davon aus, dass wir inner-
49 halb von zwei Legislaturperioden das Inklusive Schulsystem realisieren können.

Verantwortung in Selbstständigkeit

Die Rahmensetzungen für das Bildungssystem bleiben eine öffentliche Aufgabe in Verantwortung des Landes. Innerhalb dieses organisatorischen, curricularen und pädagogischen Rahmens erhalten die Schulen die Freiheit selbst zu entscheiden, mit welchen pädagogischen und organisatorischen Instrumenten sie ihren Schülern und Schülerinnen den bestmöglichen Bildungsweg bieten können. Wir wollen, dass Schulen im Rahmen weitreichender organisatorischer und pädagogischer Gestaltungsmöglichkeiten und auch von schulformübergreifenden Bildungsstandards ihr eigenes Profil bestimmen können. Wir werden den selbstständigen Schulen ein Gesamtbudget zur Verfügung stellen, aus dem sie eigenständig Personal- und Sachmittelaufwendungen bestreiten. Ein neues Lehrerzuweisungsverfahren wird auch soziale Indikatoren einbeziehen und den besonderen Förderbedarf der Schüler und Schülerinnen berücksichtigen. Selbstständige Schule darf nicht zum Deckmantel für Mangelverwaltung werden. Schulen müssen verlässlich so ausgestattet sein, dass sie ihren pädagogischen Auftrag tatsächlich in eigener Verantwortung erfüllen können.

Die selbstständige Schule ist eine demokratische Schule und lebt von der Beteiligung der gesamten Schulgemeinde. Eltern, Schülerschaft und Lehrkräfte müssen stärker als bisher in die Entscheidungsprozesse einbezogen werden. Demokratie steht nicht nur auf dem Stundenplan, sie wird von der Schulgemeinde gelebt. Daher wollen wir die Schulkonferenz als zentrales Entscheidungsgremium stärken. Staatliche Schulämter und die Schul- und Jugendhilfeträger sind wichtige Partner für die selbstständige Schule. Wir wollen eine verlässliche und gleichberechtigte Kooperation sicherstellen, um Schulentwicklung in der Region und notwendige Unterstützungssysteme für die Schulen zusammen mit den Städten und Gemeinden zu verbessern.

Berufliche Bildung weiterentwickeln

Wir halten am Ziel der Gleichwertigkeit beruflicher und allgemeiner Bildung fest. Die duale Ausbildung hat viele Vorteile und ist für uns nach wie vor das Regelsystem der beruflichen Ausbildung. Produktionsschulen bieten eine gute Chance für benachteiligte Jugendliche. Wir streben daher grundsätzlich den Aufbau mindestens einer Produktionsschule pro Schulamtsbezirk an.

Wir wollen zur Sicherung der weiteren Bildungschancen für Schülerinnen und Schüler und Studierende der beruflichen Bildungsgänge die Anschlussmöglichkeiten zu den Hochschulen sichern und Übergänge erleichtern.

Jede und jeder Jugendliche hat das Recht auf eine wohnortnahe Berufsausbildung. Zur Sicherung eines flächendeckenden qualifizierten Berufsschulangebots ist ein Landesberufsschulentwicklungsplan als Orientierungshilfe für kommunale Entscheidungsträger erforderlich, den wir auflegen werden.

Eine qualifizierte Erstausbildung

Eine Berufsqualifikation ist Voraussetzung zur Teilhabe am Arbeitsleben und damit an der Gesellschaft. Wir garantieren allen Jugendlichen ein Ausbildungsangebot, das zu einem qualifizierten Berufsabschluss führt. Wir machen dazu öffentliche Angebote, wenn es mit einem betrieblichen Ausbildungsplatz nicht klappt. Jugendliche werden während der Ausbildung auf ihren Weg zum Abschluss unterstützt und gefördert. Dazu stärken wir die Berufsschulen. Vollschulische berufliche Bildungsgänge sind Bestand-

1 teil eines vielfältigen Bildungsangebotes und wohnortnah durch die verschiedenen
2 beruflichen Schulformen zu sichern. Hierzu gehören auch die Fachschulen als wichtiger
3 Teil der Erwachsenenbildung. Maßnahmen, in denen das Land ausbildungslose Ju-
4 gendliche lediglich untergebracht hat, werden abgebaut.

5 Ein besonderes Augenmerk gilt den Menschen, die keinen Berufsabschluss haben. Für
6 Jugendliche, die noch Zeit und Reife zur Aufnahme einer Berufsausbildung benötigen,
7 schaffen wir klare und verständliche Angebote, die sich am Bedarf der Jugendlichen
8 orientieren. Inhalts- und theoriegeminderte Berufe, die der zukünftigen Arbeitswelt
9 nicht gerecht werden, lehnen wir ab. Betriebe, die keinen eigenen Beitrag zur Fachkräf-
10 tegewinnung leisten wollen oder können, werden wir auf anderen Wegen an den Aus-
11 bildungskosten beteiligen.

12 Die frühzeitige Berufsinformation und die Unterstützung von Aktionstagen wie dem
13 Girls' und Boys' Day wollen wir der immer noch oft vorherrschenden Zuordnung von
14 einzelnen Berufen als „typisch männlich“ und „typisch weiblich“ begegnen und damit
15 Mädchen und Jungen neue Berufsperspektiven eröffnen.

16 Auch Auszubildende müssen ein selbstbestimmtes Leben führen können. Deshalb set-
17 zen wir uns für die Durchsetzung einer Mindestausbildungsvergütung ein.

19 **Schulen in freier Trägerschaft**

20 Das öffentliche Schulsystem hat für uns Priorität. Schulen in freier Trägerschaft ergän-
21 zen wirkungsvoll das Angebot der staatlichen Schulen. Besondere pädagogische Profile
22 und alternative pädagogische Angebote sind ausdrücklich erwünscht. Sie brauchen ein
23 transparentes und verlässliches Finanzierungssystem und die Möglichkeit, an Landes-
24 schulprogrammen zu partizipieren. Wir wollen aber auch sicherstellen, dass durch die
25 Höhe der Elternbeiträge keine neue Selektion entsteht. Eine Einbindung von Ersatz-
26 schulen in die Schulentwicklungsplanung ist wünschenswert.

28 **Neue Lehrerbildung**

29 Wir wollen Lehrkräfte, die Schülerinnen und Schüler mit unterschiedlichen sozialen,
30 sprachlichen und familiären Hintergründen sowie Lernerfahrungen und Lernvorausset-
31 zungen in ungleichen Lerngruppen individuell fördern und effektiv unterrichten kön-
32 nen. Sie müssen mit Lern- und Verhaltensschwierigkeiten umgehen und besonderen
33 Förderbedarf erkennen können. Lehrerinnen und Lehrer leiten zum eigenverantwortli-
34 chen Lernen an. Wir wollen die Gleichwertigkeit der Lehrämter in einer stufenorientier-
35 ten Ausbildung abbilden. Vor und während des Studiums soll durch Beratung und Prak-
36 tika die Eignung der Studierenden für den Lehramtsberuf reflektiert werden. **Wir wol-**
37 **len eine praxisorientierte Lehrerausbildung** und streben im Anschluss an das Master-
38 studium perspektivisch eine von den Studienseminaren begleitete Berufseinstiegspha-
39 se mit geringerer Unterrichtsverpflichtung an, die das Referendariat langfristig ablösen
40 soll. Die Möglichkeit der Teilzeit in dieser Ausbildungsphase zur besseren Vereinbarkeit
41 von Familie und Berufsausbildung muss geprüft werden.

43 Jede Lehrkraft hat ein Recht darauf, auf die vielfältigen und immer neuen pädagogi-
44 schen Herausforderungen vorbereitet zu werden. Wir wollen Lehrerfortbildung schul
45 und praxisnah organisieren. Neue Aufgabenstellungen müssen von entsprechenden
46 Fortbildungsangeboten begleitet werden. Dazu gehören auch Angebote der Supervisi-
47 on.

Lebensbegleitendes Lernen

Chancengleichheit bedeutet für uns auch, das Recht auf öffentlich verantwortete Fort- und Weiterbildung zu garantieren und nachholende Bildungsangebote zu organisieren. Die Teilnahme an Weiterbildungsmaßnahmen muss deutlich erhöht werden. Schulen für Erwachsene haben einen eigenständigen Bildungsauftrag und werden als Institution erhalten und unterstützt. Sie ermöglichen das Nachholen von Bildungsabschlüssen und damit bessere berufliche Perspektiven. Wir wollen regionale Weiterbildungsnetzwerke, in denen die regionalen Bildungsbedarfe analysiert und Angebote entwickelt werden. Eine der zentralen Aufgaben ist es, Bildungsberatung landesweit zu etablieren. Wir werden die Unterstützung der nach dem Weiterbildungsgesetz geförderten Träger sukzessive ausbauen, um den Bildungsauftrag der Volkshochschulen und freien Träger zu unterstützen.

Angesichts der schnellen technischen Entwicklung müssen berufliche Qualifikationen und Kompetenzen ständig erneuert und ergänzt werden. In einer alternden Gesellschaft des Demografischen Wandels wird das Normalarbeitsverhältnis, in dem ein einmal erlernter Beruf ein Leben lang ausgeübt wird, zur Ausnahme. Deshalb wollen wir die Möglichkeiten der Weiter- und Neuqualifikation deutlich ausbauen und die Teilnahme an Weiterbildungsmaßnahmen maßgeblich erhöhen. Dabei kommt der beruflichen Bildung und den Hochschulen eine besondere Bedeutung zu. So wird zugleich dem drohenden Fachkräftemangel begegnet.

Angesichts der immer noch hohen Arbeitslosigkeit älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer werden wir uns insbesondere für eine angemessene Weiterbildungsbe- teiligung älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einsetzen und prüfen, wie Altersdiskriminierung im Zugang zum Erhalt und Ausbau von Qualifikation und Beschäftigungsfähigkeit konsequent verhindert werden kann.

Das Grundrecht auf Bildung hat für uns auch in der nachberuflichen Zeit einen hohen Stellenwert. Ohne Bildung ist im Alter eine Beteiligung am gesellschaftlichen Leben und technischen Fortschritt nur schwer möglich. Fortbildungsangebote können auch dabei helfen, den beruflichen Wiedereinstieg, z. B. nach Erziehungs- und Pflegezeiten, zu erleichtern.

1.2. Wir wollen gute Studienbedingungen

Gute Studienbedingungen sind die Grundvoraussetzung für ein gelingendes Studium. Dafür zu sorgen ist Aufgabe des Landes. Daneben sind Hochschulen wichtige Impuls- geber für wirtschaftliche Innovationen und regionale Entwicklungen.

Schwarz-Gelbe Bildungspolitik: Große Worte, keine Taten

Das Selbstlob der Landesregierung für ihre Ausgaben im Hochschulbereich trägt nur, solange man sie nicht mit anderen Landesregierungen vergleicht. Bei den Hochschul- ausgaben pro Einwohner liegt Hessen bestenfalls im Mittelfeld der Bundesländer, bei den Ausgaben pro Studierenden noch weiter hinten.

Während die SPD seit über zwei Jahren fordert, die Hochschulen auch finanziell so aus- zustatten, dass sie mit dem Anstieg der Studierenden zurechtkommen, zeigte sich die

1 CDU-Ministerin noch Ende 2012 „überrascht“ von dem Ansturm. Folgerichtig hat sie die
2 Mittel für die Hochschulen erst einmal um 30 Millionen Euro gekürzt, um sie erst jetzt
3 wieder etwa 10 Millionen Euro über den alten Stand anzuheben. Wenn die Hochschu-
4 len den Ansturm der Studierenden trotzdem "irgendwie" bewältigt haben, dann ist das
5 ihr Verdienst, nicht das der Landesregierung.
6

7 Auf der anderen Seite werden mehr als 25 Millionen Euro zur Förderung einer überflüs-
8 sigen juristischen Fakultät an der privaten European Business School zugesagt, obwohl
9 dort immer wieder Rückforderungen früherer Fördergelder anstehen.

10 Hinzu kommt, dass eines der Renommierprojekte der CDU-geführten Landesregierung,
11 die Privatisierung des Uni-Klinikums Gießen-Marburg, in weiten Teilen gescheitert ist.
12 Eine zentrale Investition wird vertragswidrig nicht getätigt, wodurch eine Rückzah-
13 lungsverpflichtung von 107 Millionen Euro ausgelöst wird, auf der anderen Seite wird
14 entgegen allen früheren Erklärungen der Klinikleitung eine größere Zahl von Stellen
15 gestrichen.
16
17

18 **Studiengebühren nein – BAföG verbessern**

19 Wir wollen, dass jede und jeder selbst entscheiden kann, ob er die Freiheit zu studieren
20 in Anspruch nimmt. Deshalb ist auch die Finanzierung von Bildung an Hochschulen
21 eine öffentliche Aufgabe. Eine der wichtigsten politischen Leistungen im Jahr 2008
22 war, dass unter Federführung der SPD mit Stimmen von SPD, Grünen und Linken die
23 Studiengebühren in Hessen wieder abgeschafft wurden. Für die SPD bleibt es auch in
24 Zukunft dabei: Das Studium an hessischen Hochschulen bleibt gebührenfrei. Nur so
25 kann der Zugang zu den Hochschulen unabhängig vom Geldbeutel der Eltern für alle
26 offen gehalten werden. Dies ist eine wesentliche Voraussetzung für gleiche Bildungs-
27 chancen.
28

29 Auf Bundesebene setzen wir uns dafür ein, dass das BAföG kontinuierlich angehoben
30 und ein neues Schüler-BAföG eingeführt wird. Beides sind wichtige Instrumente zur
31 Entkopplung von sozialer Herkunft und Bildungserfolg. Wir wollen die Zahl der jungen
32 Menschen mit Hochschulzugangsberechtigung aus finanziell schwächer gestellten El-
33 ternhäusern deutlich erhöhen. Die Mittel des Deutschland-Stipendiums müssen ins
34 BAföG zurückgeführt werden.
35

36 **Soziale Öffnung der Hochschulen**

37 Eine SPD-geführte Regierung wird daher die Durchlässigkeit im Bildungssystem ver-
38 bessern. So werden wir den Zugang zum Studium für Menschen ohne Abitur erleich-
39 tern. Qualifizierten Berufstätigen muss ein Studium leichter möglich sein. Wir werden
40 den Übergang zwischen Fachhochschule und Universität erleichtern. Zudem werden
41 wir bessere Möglichkeiten für ein berufsbegleitendes (Teilzeit)-Studium mit dem Ziel
42 Bachelor oder Master schaffen. Außerdem wollen wir mit den Hochschulen überlegen,
43 wie mit der zunehmenden Heterogenität so umzugehen ist, dass eine Benachteiligung
44 von Studierenden aus bildungsfernen Elternhäusern vermieden wird.

45 Die Hessen-SPD will die soziale Öffnung der Hochschulen. Neben materiell ausreichen-
46 den Bedingungen muss es auch Unterstützung durch Beratung, Betreuung und durch
47 nach Lebenssituation differenzierte offene und flexible Bildungsangebote geben.
48

1 Wir wollen, dass unsere Studierenden nicht nur eine wissenschaftlich begründete be-
2 rufliche Qualifizierung erhalten, sondern dass sie eine umfassende Persönlichkeitsbil-
3 dung erfahren, dass kritische Reflexion und Selbstreflexion und die Entfaltung mög-
4 lichst vieler Talente gefördert werden.

6 Wir wollen eine Hochschule für alle. Dazu gehören angemessene Bedingungen für Stu-
7 dierende mit Kindern, Barrierefreiheit und Unterstützung für behinderte und chronisch
8 kranke Studierende und gezielte Förderung von Studierenden aus Migrantenfamilien
9 und ausländischen Studierenden.

11 Wir werden die Studentenwerke stärken. Sie sollen ihre vielfältigen Beratungsfunktio-
12 nen sowie die Schaffung studentischen Wohnraums und die Kinderbetreuung an den
13 Hochschulen ausbauen können. Im Bereich des studentischen Wohnungsbaus werden
14 wir auch alternative Modelle, wie z. B. Mietgarantiemodelle entwickeln, um den massi-
15 ven Bedarf auch mit privaten Investitionen gerecht zu werden.

17 Zur sozialen Öffnung der Hochschulen gehört für die SPD aber auch die Öffnung in die
18 Gesellschaft. Wir unterstützen die Einrichtungen von sogenannten Bürger-
19 Universitäten als Angebote der Hochschulen für interessierte und qualifizierte Men-
20 schen, die sich an wissenschaftlichen Diskursen beteiligen möchten.

22 **Verlässliche Finanzierung**

23 Steigende Studierendenzahlen in den nächsten fünf Jahren verlangen verlässliche
24 Rahmenbedingungen. Zusätzliche Räumlichkeiten und ein stetiger Mittelanstieg sind
25 für die Hochschulen nötig. Auch nach 2018 wird sich die Zahl der hessischen Studieren-
26 den auf hohem Niveau verstetigen. Unabhängig von zukünftig möglicherweise zurück-
27 gehenden Studierendenzahlen wollen wir das Finanzierungsniveau halten, um es für
28 Qualitätsverbesserungen zu nutzen.

30 Wir werden die Finanzierung der Hochschulen fortentwickeln und den offensichtlichen
31 Fehlentwicklungen gegensteuern. Dazu gehört, dass die Grundfinanzierung im Ver-
32 gleich zur Leistungsfinanzierung gestärkt werden muss. Die höhere Verlässlichkeit der
33 Finanzierung im Hochschulbau werden wir beibehalten und auf der Grundlage einer
34 landesweiten Hochschulentwicklungsplanung fortschreiben. Die Forschungs- und Ex-
35 zellenzförderung werden wir fortentwickeln und stärker an Programmschwerpunkten
36 wie z. B. der Gesundheits-, Mobilitäts-, Energie- und Sozial- sowie Bildungsforschung
37 ausrichten.

39 Wir stehen zur gemeinsamen Verantwortung von Bund und Ländern für die Hoch-
40 schulfinanzierung. Deswegen halten wir an dem Hochschulpakt 2020 des Bundes fest
41 und setzen uns für eine Abschaffung des sogenannten Kooperationsverbotes im
42 Grundgesetz ein. Land und Bund müssen künftig wieder gemeinsam Verantwortung
43 für die Hochschulen übernehmen dürfen.

45 **Fehler des Bologna-Prozesses korrigieren**

46 Die Ziele der Bologna-Erklärung halten wir für richtig. Die Forderung nach mehr inter-
47 nationaler Mobilität von Studierenden und Wissenschaftlerinnen und Wissenschaft-
48 lern, die europaweite Anerkennung von Studienleistungen und Abschlüssen, die Erwei-
49 terung der europaweiten Beschäftigungsmöglichkeiten von Hochschulabsolventinnen

1 und -absolventen, die schrittweise Entwicklung eines „europäischen Hochschul- und
2 Forschungsraumes“, in dem – frei von nationalen Beschränktheiten – Wissenschaft in
3 gesellschaftlicher Verantwortung betrieben werden kann, all dies geht in die richtige
4 Richtung.

6 Die internationale Mobilität von Studierenden und Lehrenden wollen wir fördern. Sie
7 sollen zusätzliche Qualifikationen erwerben. Sie sollen von und mit den Nachbarn ler-
8 nen, die kulturelle Vielfalt respektieren, den sozialen Zusammenhalt stärken und die
9 gemeinsame europäische Identität betonen und so eine friedliche, wirtschaftliche und
10 soziale Entwicklung fördern.

12 Wir werden die bei der Umsetzung von Bologna gemachten Fehler korrigieren und die
13 von den Studierenden und Gewerkschaften initiierten „Bologna-Werkstätten“ fortset-
14 zen. Die Ergebnisse wollen wir in Verhandlungen auf gleicher Augenhöhe zwischen den
15 Hochschulgremien und der Landesregierung weiterentwickeln.

17 Neben dem Zugang zur Hochschule auch ohne Abitur und dem Recht auf Zugang zum
18 Masterstudiengang wollen wir die Modularisierung der Studienangebote so überarbei-
19 ten, dass mehr Zeit für „forschendes Lernen“ möglich wird, sowie die starren Beschrän-
20 kungen der Studienzeiten aufheben.

22 Wir werden mittelfristig Studienbedingungen schaffen, die es allen Studierenden er-
23 möglicht, in angemessenen Schritten und Zeiten die angestrebten Studienabschlüsse
24 zu erzielen.

26 Die neue Studienstruktur macht es nötig, das Teilzeitstudium neu zu organisieren.
27 Hierbei müssen neue Modelle, auch neue Typen von netzbasierten Studiengängen er-
28 möglicht werden. Gegebenenfalls muss das Teilzeitstudium in einem neuen Hoch-
29 schulfinanzierungssystem gesondert berücksichtigt werden. Die Regelungen des BAföG
30 sind entsprechend anzupassen.

32 Durch die Förderung von Informations- und Mentorinnenprogrammen wollen wir den
33 Anteil von Studentinnen in den sogenannten MINT-Fächern (Mathematik, Informatik,
34 Naturwissenschaften und technische Studiengänge) erhöhen.

36 Wir wollen den Ausbau der wissenschaftlichen Weiterbildung als eine Teilaufgabe von
37 Hochschulen. Modelle kooperativer und berufsintegrierter Studiengänge an öffentli-
38 chen Hochschulen werden von uns unterstützt. Hierfür zusätzlich anfallende Kosten
39 sollen von den Arbeitgebern übernommen werden.

41 **Forschung und Lehre gehören zusammen**

42 Für die SPD sind Forschung und Lehre gleich viel wert. Sie sind stärker als bisher zu ver-
43 zahnen und als Einheit zu sehen. Das bedeutet, dass neben einer kontinuierlichen Ver-
44 besserung der Lehre an den Hochschulen auch die Forschung gestärkt werden muss.
45 Wir wollen einen gesicherten Zugang zur Promotion für alle geeigneten Studierenden.
46 Spitzenforschung und die damit verbundenen Forschungsschwerpunkte wollen wir
47 nachhaltig fördern, besondere Leistungen in der Lehre honorieren. Zur Verbesserung
48 der Lehre an den Hochschulen werden wir die Hochschuldidaktik stärken und sie zu
49 einem festen Bestandteil der Ausbildung für eine hochschulische Laufbahn machen.

Politik zurück in die Verantwortung

Die Politik kann sich der Verantwortung für eine gute Bildung nicht entziehen. Wir wollen deshalb die Rechte des Hessischen Landtags in der Hochschulpolitik stärken. Und die Steuerungsmöglichkeiten der Legislativen verbessern. Hierfür brauchen wir eine neue Art von Zielvereinbarungen, in denen der Landtag Eckpunkte beschließt. Die Landesregierung hat die Aufgabe, diese in konkrete Vereinbarungen umzusetzen. Dies setzt den klaren Rahmen für die Hochschulen, in dem wir eine neue Balance zwischen gesellschaftlicher Verantwortung für Bildung und der Autonomie der Hochschule herstellen.

Angeichts der Bedeutung der Hochschulen für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung des Landes Hessen wollen wir einen Landeshochschulentwicklungsplan erstellen, in dem wir die wesentlichen Entwicklungslinien der hessischen Hochschulen und Forschungseinrichtungen in den einzelnen Regionen sowie den Standorten beschrieben werden. Dieser Plan wird auch ein Konzept zum räumlichen Ausbau beinhalten.

Demokratische und soziale Hochschule

Wir wollen die demokratische und soziale Hochschule. Wir werden die demokratisch legitimierten Gremien der Hochschulen stärken und die Verantwortung innerhalb der Hochschule neu verteilen. Den Hochschulrat werden wir auf eine rein beratende Funktion zurückführen. Wir bleiben bei der Unterstützung der Verfassten Studierendenschaft. Eine Koppelung von Wahlbeteiligung und der Finanzierung der Verfassten Studierendenschaft lehnen wir ab.

Wir werden die Arbeitsbedingungen aller Beschäftigten an den Hochschulen verbessern. Wir werden eine konsequente Personalentwicklung beim wissenschaftlichen Nachwuchs und insbesondere bei der Förderung von Frauen in Hochschulen einschließlich von Professuren und Leitungsfunktionen betreiben. Von den Hochschulen werden wir regelmäßig Berichte über die Verteilung von Leistungsbezügen, aufgeschlüsselt nach Professorinnen und Professoren, anfordern. Wir wollen für den sog. Mittelbau den Arbeitsplatz Wissenschaft attraktiver gestalten. Für Promovierende, die keinen Mitarbeiterstatus haben, wollen wir einen eigenen Status schaffen. Wir wollen angemessen lange Vertragslaufzeiten und Stellenzuschnitte. Es muss ausreichend Zeit für die eigene Qualifikation zur Verfügung stehen und für Daueraufgaben sollen unbefristete Stellen eingerichtet werden.

Familienfreundliche Hochschulen, die die Vereinbarkeit von Familie und Studium, aber auch von Familie und Wissenschaftskarriere erleichtern, tragen auch zu mehr Chancengleichheit im Hochschulbereich bei und sind gleichzeitig ein wichtiger Standortfaktor für die hessischen Hochschulen im Wettbewerb um die klügsten Köpfe.

Nichtstaatliche Einrichtungen

Auch im Hochschulbereich hat das öffentliche System für uns Priorität. Private Einrichtungen können eine sinnvolle Ergänzung sein. Die staatliche Finanzierung des Ausbaus von Einrichtungen, die keine Innovation gegenüber öffentlichen Angeboten bieten, halten wir nicht für sinnvoll. Dies gilt insbesondere für die Law-School der EBS.

Die von der CDU betriebene Privatisierung des Universitätsklinikums Gießen und Marburg ist gescheitert. Wir wollen durch gesetzliche Personalmindeststandards für alle

1 qualitätsrelevanten Krankenhausbereiche, durch eine Stärkung der Beteiligungsrechte
2 im Universitätsklinikagesetz für Forschung und Lehre, durch Nutzung der Anteilsrechte
3 des Landes sowie durch die Durchsetzung der Einhaltung des Vertrages unmittelbar
4 nach einem Regierungswechsel zur Verbesserung der Situation in Gießen und Marburg
5 beitragen. Wenn sich eine realisierbare Möglichkeit für einen Eigentümerwechsel er-
6 gibt, wollen wir mit dem Ziel des Rückkaufs verhandeln.
7

2. Gute Arbeitsbedingungen für eine starke und innovative Wirtschaft

2.1. Ordnung auf dem Arbeitsmarkt

Sichere und faire Arbeit

Eine starke Wirtschaft in Hessen braucht Sicherheit und Ordnung auf dem Arbeitsmarkt. Nach 12 Jahren CDU-Regierung ist Hessen Spitzenreiter in unsicherer Arbeit. Sichere und faire Arbeitsverhältnisse werden immer stärker angegriffen durch Niedriglöhne, Befristungen, Werkverträge, Scheinselbstständigkeit, Niedriglöhne, Leiharbeit, Stress: Jeder und jede Vierte in Hessen arbeitet in unsicherer Beschäftigung, jede dritte Frau im Niedriglohnsektor genauso wie 90 Prozent aller Minijobberinnen und Minijobber. Wir wollen eine neue Ordnung der Arbeit, die sichere und faire Arbeit schützt und Menschen in unsicherer Arbeit nicht alleine lässt. Unsere Wirtschaft ist stark genug, um allen Menschen sichere und faire Arbeit zu ermöglichen.

Deshalb brauchen wir neben einem gesetzlichen Mindestlohn auch klare Regeln für die Leiharbeit, damit es nicht länger Beschäftigte 1. und 2. Klasse gibt. Wir sorgen dafür, dass es bei gleicher Arbeit gleichen Lohn für alle gibt. Wir wollen die Ersetzung von Stammbeschaftungen durch Leiharbeitskräfte durch gesetzliche Regelungen verhindern. Das Instrument der Leiharbeit muss wieder auf das ursprüngliche Ziel der Bewältigung von Produktionsspitzen zurückgeführt werden.

Das Geschäftsmodell „Lohndumping durch Werkvertrag“ darf keine Zukunft haben. Deshalb wollen wir auch hier präzise gesetzliche Regelungen, um Lohndumping durch Werkvertrag zu unterbinden. Wir wollen keine Berufskarrieren in befristeten Verträgen. Deshalb schaffen wir die sachgrundlose Befristung ab.

Noch immer verdienen Frauen in Deutschland durchschnittlich 23 Prozent weniger als ihre männlichen Kollegen. Der Grundsatz „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ gilt bei uns auch bei der Bezahlung von Frauen und Männern, deshalb setzen wir uns neben einem flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn für ein Entgeltgleichheitsgesetz auf Bundesebene ein.

Wir sehen in den Betriebs- und Personalräten wesentliche betriebliche Akteure für Ordnung im Betrieb, auf dem Arbeitsmarkt und für Beschäftigungssicherung.

Endlich dynamischer Mindestlohn

Wir wollen, dass Menschen von ihrer Arbeit leben können. Durch zurückgehende Tarifbindung und zunehmende Dumpingtarifverträge geraten die Löhne immer mehr unter Druck. Deshalb brauchen wir einen flächendeckenden gesetzlichen dynamischen Mindestlohn von mindestens 8,50 Euro - auch in Hessen. Deshalb werden wir Bundesratsinitiativen ergreifen, bis ein gesetzlicher Mindestlohn in Deutschland durchgesetzt ist. Sollte dies nicht zum Erfolg führen, prüfen wir die Einführung eines Landesmindestlohngesetzes nach Vorbild des Landes Bremen.

Die öffentliche Hand muss als Arbeitgeber Vorbild sein für eine gute Lohnentwicklung, Mitbestimmung und Arbeitsbedingungen sowie eine faire Arbeitszeit. Das Land muss

1 über die öffentliche Vergabe sowie die Wirtschaftsförderpolitik Einfluss darauf neh-
2 men den Niedriglohnsektor und prekäre Arbeitsverhältnisse einzudämmen. Diesen
3 Anspruch werden wir mit einem Tariftreue- und Vergabegesetz für Hessen umsetzen,
4 das bei öffentlichen Aufträgen einen Mindestlohn von mindestens 8,50 Euro garan-
5 tiert. Für die Umsetzung und weitere Anpassung werden wir eine Mindestlohnkom-
6 mission unter Beteiligung von Gewerkschaften und Arbeitgebern einsetzen. Wir wollen
7 auch im Bereich der Pflege- und Sozialberufe gerechten Lohn und gute Arbeitsbedin-
8 gungen sicherstellen, dazu muss das Land entsprechende Entgeltkosten und Pauscha-
9 len anwenden.

11 Familienfreundliche Arbeit

12 Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf muss in Hessen dringend besser werden. Dazu
13 brauchen wir flexiblere und selbstbestimmte Arbeitseinteilungen und einen Anspruch
14 auf Rückkehr in Vollzeit. Familienfreundlichkeit erfordert eine Überprüfung der gesetz-
15 lich zulässigen Arbeitszeiten, z. B. der Ladenöffnungszeiten an Sonntagen sowie der
16 Rechtmäßigkeit der hessischen Bedarfsgewerbeverordnung. Der Sonntag soll auch
17 weiterhin den Familien gehören.

18 Doch auch die Rahmenbedingungen müssen sich verbessern, etwa durch Ganztags-
19 betreuung und Ganztagschulen. Pflegende Angehörige brauchen ein Recht auf flexib-
20 le Arbeitszeiteinteilung, Kündigungsschutz, Anrechnung auf die Rente und Lohnersatz-
21 leistungen.

23 Kein Jugendlicher ohne Ausbildung

24 Wir wollen, dass in Hessen kein junger Mensch ohne Ausbildung bleibt. Eine berufliche
25 Ausbildung ist die wichtigste Zukunftsinvestition. Wir wollen eine Startgarantie für
26 alle Jugendlichen durch eine Garantie für eine berufliche Erstausbildung. Dazu gehört
27 frühzeitige Vorbereitung und Aufklärung, Unterstützung bei der Auswahl und Selbst-
28 einschätzung sowie ein Anspruch auf ein Ausbildungsplatzangebot.

30 Bekämpfung von Langzeitarbeitslosigkeit

31 Die Bereitstellung von guten Arbeitsplätzen für alle ist zuerst Aufgabe der Wirtschaft.
32 Wo ihr das nicht gelingt, muss gehandelt werden.

34 Arbeitslosigkeit, insbesondere Langzeitarbeitslosigkeit, ist die wichtigste Ursache von
35 Armut, aber auch von Krankheit und sozialer Exklusion. Arbeit ist mehr als Einkom-
36 menserwerb. Eine sozialdemokratische Landesregierung wird sich dieser Verantwor-
37 tung stellen. Jeder Langzeitarbeitslose soll die Hilfen bekommen, die erforderlich sind,
38 um Teilhabe an Arbeit, Einkommen und sozialer Teilhabe zu ermöglichen. Dazu wollen
39 wir eine regionale Arbeitsmarktpolitik und die Möglichkeiten kommunalwirtschaftli-
40 chen Handelns stärken. Die Instrumente der lokalen Akteure müssen ausgeweitet wer-
41 den. Medizinische Rehabilitation und soziale Begleitung müssen intensiviert werden.
42 Eine Stärkung der koordinierenden Rolle der Länder ist dazu unverzichtbar.

44 Mit den Instrumenten des Sozialbudgets werden wir die Unterstützungsstrukturen
45 schaffen, die auch nötig sind, um in einem sozialräumlichen Ansatz Hindernisse einer
46 Arbeitsaufnahme zu verringern.

Für diejenigen, die auf absehbare Zeit keine Chance haben, einen Arbeitsplatz auf dem ersten Arbeitsmarkt zu finden, wollen wir einen sozialen Arbeitsmarkt schaffen. Hier müssen alle politischen Ebenen, Bund, Länder und Kommunen, in einem integrierten Modell Mittel und Strukturen zusammenführen, um Arbeit und nicht Arbeitslosigkeit zu finanzieren. Dazu müssen Arbeitsagenturen, Kreisjobcenter und Sozialverwaltung auf soziale Arbeitsmarktbetriebe zurückgreifen können. Diese können längere Phasen von Beschäftigungslosigkeit überbrücken oder verkürzen, ungeforderte Beschäftigung vorbereiten und Marktersatz schaffen durch die Beschäftigung von Menschen, die dauerhaft keine Chance auf reguläre Beschäftigung haben. So wird soziale Teilhabe durch Beschäftigung ermöglicht.

Wir werden uns dafür einsetzen, die vorhandenen Mittel zusammenzuführen und zu ergänzen, um eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zu finanzieren.

Gute Arbeitsplätze durch guten Arbeitsschutz

Der Arbeitsschutz wurde unter Schwarz-Gelb in Hessen konsequent abgebaut. Gleichzeitig führen Beschleunigung und Flexibilisierung der Arbeit und ständige Verfügbarkeit an vielen Dienstleistungsarbeitsplätzen zu einer massiven Zunahme von Überlastungserkrankungen. Vor allem im Niedriglohnsektor greifen unhaltbare Arbeitsbedingungen immer weiter um sich. Wir werden deshalb in Hessen den gesundheitlichen Arbeitsschutz wieder herstellen. Der Ausbau des Arbeitsschutzes sichert gesunde Rahmenbedingungen am Arbeitsplatz. Gerade im Niedriglohnbereich sind weit umfangreichere Kontrollen zur Sicherung der Gesundheit der Beschäftigten notwendig. Regelungslücken in Arbeitsschutz werden wir aufspüren und beseitigen.

Ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Arbeit bedeutet auch Bestätigung und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Wir werden hessische Betriebe unterstützen und Programme fördern, die das Potential älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer besser würdigen und einsetzen. Arbeitsplätze müssen altersgerecht gestaltet werden, Wissen und Erfahrungen müssen ebenso wertgeschätzt werden wie körperliche Leistungsfähigkeit.

Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderung

Wir werden unsere Anstrengungen zur Schaffung von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen für Menschen mit Behinderungen weiter mit dem Ziel verstärken, möglichst vielen Menschen eine geeignete, sozialversicherungspflichtige Beschäftigung anbieten zu können. Dazu gehört die Gründung virtueller Behindertenwerkstätten, der Ausbau von Assistenzen, unterstützter Beschäftigung, persönliches Budget für Arbeit, ein flächendeckendes Angebot an Integrationsbetrieben, der Ausbau des Integrationsfachdienstes sowie die Förderung und die Bildung von Netzwerken aller Akteure auf dem Ausbildungs- und Arbeitssektor, insbesondere auch von Arbeitgebern zum Angebot entsprechender Stellen. Das Land Hessen hat als Arbeitgeber bei der Ausbildung und Beschäftigung von Behinderten eine Vorbildfunktion.

2.2. Hochschulen als Motoren für regionale Entwicklungen

Hochschulen sind mehr als Bildungseinrichtungen!

Hochschulen sind wichtige Treiber für Innovationen und für regionale Entwicklungen. Damit können sie einen wichtigen Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung Hessens leisten.

Die Hochschulforschung ist eine wichtige Ressource für wirtschaftliche und soziale Innovationen Hessens. Wir treten ein für eine transparente, plurale, kritisch-reflexive Wissenschaft, deren Ergebnisse öffentliches Gut bleiben. Dieses öffentliche Gut soll auch der gesamten Gesellschaft zur Verfügung gestellt und dort, wo es angebracht ist, auch über Patentierung und Lizenzierung einer Vermarktung zugunsten der Hochschulen zugeführt werden. Wir werden die hierfür bestehenden Einrichtungen in Hessen unterstützen und konzeptionell in eine landesweite Struktur einbinden. In Zusammenarbeit zwischen Hochschulen und Landtag sollen Regeln für die Annahme und Durchführung von Drittmittelforschung vereinbart werden. Sie sollen dafür sorgen, dass die Forschungsziele offen gelegt, die Finanzierung der Projekte und die Verwertung ihrer Ergebnisse transparent gestaltet werden.

Wir treten dafür ein, eine engere Kooperation von Grundlagenforschung, angewandter Forschung und Entwicklung und Forschung, in Universitäten und Fachhochschulen, in Forschungsinstituten und in den Forschungs- und Entwicklungsabteilungen von Unternehmen mit allen an der Forschung Interessierten zu diskutieren und zu vereinbaren. Eine regional- und strukturpolitisch begründete Landesforschungscoordination soll längerfristige Perspektiven eröffnen und damit für Synergie und Nachhaltigkeit sorgen.

Wir werden eine nachhaltige Vernetzung von Hochschulen mit regionalen Institutionen und Akteuren fördern, Forschung und Entwicklung gemeinsam betreiben, Ausgründungen und Kooperationen unterstützen, um gerade die Zukunfts- und Wettbewerbsfähigkeit vieler kleiner und mittlerer Unternehmen und die regionale Wertschöpfung zu stärken.

2.3. Unsere Wirtschaftspolitik

Wohlstand und hohe Lebensqualität für alle bleiben die zentralen Ziele sozialdemokratischer Wirtschafts- und Industriepolitik. Eine starke industrielle Basis, ein leistungsfähiger Mittelstand, gute und gerechte Arbeit und ein handlungsfähiger Staat bilden dabei die Grundlage für unser erfolgreiches Wirtschafts- und Sozialsystem. Wir wollen nachhaltigen Fortschritt, der wirtschaftliche Dynamik, soziale Gerechtigkeit und ökologische Verantwortung vereint. Gerade in Zeiten wie diesen steht keine andere Partei so eindeutig für die Soziale Marktwirtschaft wie die SPD. Doch ist sie für uns kein Selbstzweck, sondern sie muss der Gesellschaft dienen. Unternehmerische Freiheit und soziale Verantwortung gehören untrennbar zusammen. Zum wirtschaftlichen Wandel gehört für uns Sicherheit für die Beschäftigten.

CDU-Landesregierung ohne Ideen

Von der wichtigen Rolle der Hochschulen für die wirtschaftliche Entwicklung Hessens hat die hessische CDU-Landesregierung keine Vorstellung. Genauso versagt sie bei den aktuellen Herausforderungen für Wirtschaftspolitik.

Anstatt die Globalisierung zu gestalten, Hessens Stärken als Hochtechnologie-, Wissenschafts- und Forschungsstandort auszubauen und für eine Regulierung der Finanzmärkte zu streiten, um den Finanzstandort Frankfurt zu stabilisieren, ist die hessische Wirtschaftspolitik geprägt von Ideenlosigkeit und Klientelpolitik. Der starke Mittelstand, der einen großen Teil neuer Arbeitsplätze bereitstellt und einen großen Teil der betrieblichen Ausbildung schultert, ist fast völlig außerhalb des Blickfeldes.

Statt gute Arbeit zu fördern und damit privaten Wohlstand und öffentliche Haushalte zu stabilisieren, glänzt die Landesregierung durch Tatenlosigkeit. Die Landesregierung hat bisher jegliche Gesetzesinitiative über den Bundesrat zur Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes und gegen Lohndumping abgelehnt. Anstatt die Möglichkeiten von Vergaberegeln und Kontrollen zu nutzen und mit dem guten Vorbild der Landesverwaltung anständig bezahlte Arbeit zu sichern und zu schaffen, verweigert sie, diejenigen landespolitischen Instrumente zu nutzen, die bessere Arbeit ermöglichen.

Die amtierende Landesregierung hat tatenlos zugesehen, wie Jahr für Jahr Tausende junge Menschen ohne Berufsausbildung geblieben sind. Hessen ist in allen Fragen der Fachkräfteausbildung ins Hintertreffen geraten.

Anstelle Hessen auf den Demografischen Wandel vorzubereiten, durch bessere Bildung und Ausbildung – ein Leben lang – auch durch verbesserte Arbeitsbedingungen und eine Erhöhung der Produktivität sowie einer höheren Frauenerwerbsquote, bleibt die Landesregierung auch hier tatenlos. Stattdessen wirbt die aus Hessen stammende Bundesfamilienministerin für eine Herdprämie und bekommt dabei die Rückendeckung ihrer Parteifreunde vor Ort.

Anstelle Hessen durch die Forcierung der Energiewende und mithilfe einer Wachstumsstrategie, die Wachstum von Ressourcen- und Energieverbrauch abkoppelt, auf die Zukunft vorzubereiten, blockiert die Landesregierung die Umstellung auf Erneuerbare Energien und gefährdet damit mittelfristig die Bezahlbarkeit von Energie.

Innovation in der Wirtschaft

Hessen hat eine starke und innovative Wirtschaft mit einem starken industriellen Kern und einem wachsenden Dienstleistungssektor, die wir erhalten, für die wir Verantwortung übernehmen und die wir weiter entwickeln wollen. Dafür braucht Hessen eine gestaltende Wirtschaftspolitik, die zukunftsfähige und gesellschaftlich sinnvolle wirtschaftliche Schwerpunkte setzt, wie beispielsweise:

- Die Stärkung des Automobil- und Luftfahrtstandorts durch die Förderung neuer und alternativer Verkehrs- und Antriebssysteme (Elektromobilität, innovative öffentliche Verkehrssysteme, Lärmreduzierung) und Ressourceneffizienz.
- Die Förderung der Kreativ- und Netzwirtschaft z. B. durch die Schaffung eines Ansprechpartners/einer Ansprechpartnerin im Wirtschaftsministerium, die sich

zu einem der bedeutendsten Wirtschaftszweige im Rhein-Main-Gebiet entwickelt hat oder

- die Förderung des Technologie- und Wissenschaftstransfers zwischen Hochschulen/Instituten und der Wirtschaft durch eine regionale Cluster-Strategie und –Förderung (Cluster werden definiert als räumliche Konzentration miteinander direkt oder indirekt verbundener Unternehmen und Institutionen, die in einem bestimmten wirtschaftlichen Feld agieren).
- Institutionen wie das House of Logistics and Mobility (HOLM), das House of Finance, House of Pharma oder das House of IT als Beispiele für intelligente und zukunftsfähige Vernetzung verschiedener Akteure in Wissenschaft, Wirtschaft, Gesellschaft und Politik zur Stärkung der Innovationsfähigkeit des Industrie- und Forschungsstandorts Hessen.

Wir setzen uns für den Erhalt gesetzlicher Rahmenbedingungen zur Sicherung der industriellen Basis wie dem VW-Gesetz oder die Stärkung der Sozialpartnerschaft u. a. durch die betriebliche Mitbestimmung ein.

Faire Bedingungen für den Mittelstand

Etwa zwei Drittel aller hessischen Beschäftigten sind in kleineren und mittleren Betrieben beschäftigt. Der Wettbewerb um Aufträge wird immer häufiger von den Betrieben entschieden, die ihre Angebote auf der Grundlage von Lohndumping und unkontrollierten Subunternehmern abgeben. Dies behindert seit Jahren die Innovationskraft unserer hessischen Betriebe.

Wir brauchen andere Wettbewerbsfaktoren. Der Betrieb mit den besten Ideen, der qualifiziertesten Belegschaft und der innovativsten Unternehmensleitung muss wieder die Möglichkeit erhalten, bei der Auftragsvergabe die Nase vorn zu haben. Gerade kleine und mittlere Unternehmen sehen sich in einer besonderen Verantwortung für ihre Beschäftigten aber auch für die Region, in der sie ansässig sind. Ihre Existenz ist für das Wohl eines Landes unverzichtbar. Sie müssen in die Lage versetzt werden wieder ihre Stärken unter Beweis zu stellen.

Wir wollen eine Überprüfung und Neuordnung der Schwerpunktsetzung der Wirtschaftsförderung. Hessen braucht ein europarechtskonformes **Mittelstandsförderungs- und Vergabegesetz**, das auch für unsere heimischen Unternehmen faire Wettbewerbsbedingungen schafft und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vor Lohndumping schützt.

Außenwirtschaft und Standortsicherung

Um langfristig in einer globalisierten Wirtschaft Betriebe, Arbeitsplätze und Einkommen in Hessen zu sichern, müssen hessische Unternehmen Marktchancen weltweit nutzen. Auch vermag Hessen hervorragende Voraussetzungen für ausländische Firmen zu bieten, die hier investieren wollen und damit Arbeitsplätze schaffen.

Hessen muss sich profilieren als internationaler Wirtschaftsstandort, attraktiv auch für ausländische Unternehmen und zunehmend benötigte Fachkräfte, geprägt von einer Willkommenskultur und von interkulturellen Angeboten. Die Zuwanderungsregeln für ausländische Fachkräfte wollen wir erleichtern.

1 Mittelständische Firmen, die durch ihr Auslandsengagement ihren Standort in Hessen
2 und die damit verbundenen Arbeitsplätze festigen und ausbauen, brauchen Unterstüt-
3 zung bei der Erschließung von Auslandsmärkten. Wir werden gemeinsam mit der hes-
4 sischen Wirtschaft regionale Schwerpunkt festlegen und damit Verlässlichkeit in die
5 Außenwirtschaftspolitik bringen, wie sie in unserem Konzept
6 HessenGlobal beschrieben wurden.

8 Viele hessische Unternehmen haben mit innovativen Produkten und neuen Technolo-
9 gien ein großes Potential, um die weltweit wachsende Nachfrage im Bereich eines
10 nachhaltigen, ressourceneffizienten Wirtschaftens zu bedienen. Dieses Potential der
11 hessischen Wirtschaft wollen wir gezielt unterstützen.

13 Wir treten ein für eine langfristige Stärkung der hessischen Außenwirtschaftsförde-
14 rung, um gerade auf den wachstumsstarken Märkten dem hessischen Mittelstand den
15 Zugang zu erleichtern, im fairen Wettbewerb mit den entwickelten Industrienationen
16 und um den Entwicklungsländern, unseren Handelspartnern von morgen, durch solida-
17 rische wirtschaftliche und technologische Zusammenarbeit eine reale Chance zum
18 Entwickeln ihrer eigenen Marktpotentiale eröffnen zu helfen.

20 Unternehmerische Interessen und unternehmerische Verantwortung sehen wir als
21 Einheit. Im Sinne eines fairen Welthandels fordern wir weltweit die verbindliche Ein-
22 haltung von ökologischen und sozialen Mindeststandards, sichere Arbeitsbedingungen
23 und die Bezahlung gerechter Löhne. Das Vorgehen gegen Dumpinglöhne in sogenann-
24 ten Billiglohnländern dient nicht nur den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in
25 den betreffenden Ländern, sondern letztlich auch der Chancengleichheit hessischer
26 Unternehmen im internationalen Vergleich.

28 **Transparenz und Beteiligung im Planungsrecht**

29 Wir wollen durch ein neues Planungsrecht mehr Beteiligung, Transparenz und Be-
30 beschleunigung bei der Umsetzung von Großprojekten und Infrastrukturmaßnahmen
31 erreichen. Wir wollen öffentliche Beteiligung so früh, wie nur möglich. Dadurch und
32 durch eine bessere Personalausstattung der planenden Behörden wollen wir eine Be-
33 beschleunigung erreichen. Das gesamte Verfahren von Planung bis Durchführung muss
34 transparent und nachvollziehbar sein. Die zügige Umsetzung der Energie- und Ver-
35 kehrswende ist nur durch Beteiligung und Beschleunigung zu erreichen.

37 Unter Schwarz-Gelb wurde das Landesplanungsrecht bis heute weitestgehend als In-
38 strument zur Verhinderung der Energiewende, insbesondere der Windkraft genutzt.
39 Unser oberstes Ziel ist es, das vom hessischen Energiegipfel unter maßgeblicher Betei-
40 ligung der SPD festgeschriebene Ziel, zwei Prozent der Landesfläche als Windvorrang-
41 gebiete auszuweisen, in den nächsten fünf Jahren auch umgesetzt wird.

43 Für die Umsetzung des Ausbaus der erneuerbaren Energien kommt den Regionalver-
44 sammlungen in den drei hessischen Planungsregionen eine entscheidende Bedeutung
45 zu. Wir wollen ihre Rechte und ihren Einfluss bei der Ausweisung von Windvorrangflä-
46 chen wieder stärken. Die Regionalversammlungen sind eine wichtige Klammer zwi-
47 schen Kommunen und Land, um möglichst mit den Menschen die Energiewende um-
48 zusetzen. Auch in der Regionalplanung wollen wir die Bürgerbeteiligung ausbauen.

Ausbau des Breitbandnetzes

Die SPD setzt sich für einen beschleunigten Ausbau des Breitbandnetzes in allen Teilen des Landes ein. Ein schneller Internetzugang ist Grundvoraussetzung für die Teilnahme an der digitalen Gesellschaft. Wir halten eine generelle Grundversorgung als Daseinsvorsorge für unabdingbar. Ziel ist eine 100prozentige Versorgung des Landes. Wir wollen eine gesetzlich verbindliche Grundversorgung und unabhängig von den regionalen Gegebenheiten einen gleichen Zugang für alle. Wir setzen uns für eine finanzielle Förderung unterversorgter Gebiete gemeinsam mit Bundesprogrammen ein.

Tourismus

Hessische Regionen mit attraktiven und reizvollen Landschaften wollen wir in ihrer touristischen Entwicklung fördern. Wir sehen noch große Potentiale neue Einkommensquellen zu erschließen, Arbeits- und Ausbildungsplätze zu schaffen, um damit die Wertschöpfung in der Region zu erhöhen. Wir wollen die touristische Infrastruktur durch gezieltes Marketing fördern.

Wir wollen, dass unser Radwegenetz den modernen Anforderungen genügt. Intakte Radwege erlauben einen sicheren Radverkehr und eröffnen darüber hinaus vielerorts touristische Entwicklungsmöglichkeiten im strukturschwachen Raum.

Dem Fachkräftemangel begegnen

Die hessische Wirtschaft ist auf gut ausgebildete Fachkräfte angewiesen. Durch ein Bildungssystem, das alle Kinder optimal fördert, eine Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie die Erhöhung des Frauenerwerbsanteils und eine aktive Integrationspolitik wirken wir dem Fachkräftemangel entgegen.

2.4. Finanzen für die Zukunftssicherung

Finanzplatz Frankfurt/Rhein-Main

Eine starke Wirtschaft, vor allem die mittelständische, braucht hinter sich ein Bankensystem, das sich als Dienstleister der Realwirtschaft versteht. Wir stehen für das Drei-Säulen-Modell in der Bankenlandschaft, das private Geschäftsbanken, den Genossenschaftssektor und das öffentlich-rechtliche Kreditwesen wie die Sparkassen nebeneinander enthält.

Der Finanzplatz Frankfurt ist über die Stadt und Region hinaus ein wichtiger Teil der hessischen Wirtschaft. Um ihn zu stärken, seine Arbeitsplätze zu erhalten und zukunftssicher zu machen, wollen wir stärkere Regeln für die Finanzmärkte im Bundesrat durchsetzen. Wir wollen über die Börsenaufsicht des Landes eine Stärkung des Handels an der Börse und eine Zurückdrängung des außerbörslichen Handels und damit eine stabilere und transparentere Finanzwirtschaft erreichen.

1 Neue Herausforderungen

2 Die Sparkassen sind für die Menschen und Betriebe in allen Teilen des Landes ein ver-
3 lässlicher und zugleich innovativer Partner. Die Sparkassen haben sich - gemeinsam
4 mit dem ebenfalls dezentral aufgestellten Genossenschaftsbanken - insbesondere in
5 der Finanzkrise als verlässlich erwiesen und ihre Kreditaktivitäten sogar aufgestockt.
6 Die Landesbank Hessen-Thüringen ist im Unterschied zu manchen anderen Landes-
7 banken gut durch die Krise gekommen, dank einer vorher bereits risikoarm ausgeleg-
8 ten Orientierung sowie einer Ausrichtung auf die Region.

9
10 Die Herausforderungen für das nächste Jahrzehnt sind hoch:

11
12 Die klassischen Banken werden in der Folge der Finanzkrise nur noch einen geringeren
13 Teil der Kreditnachfrage der Wirtschaft bedienen können, nicht zuletzt weil gestiegene
14 aufsichtsrechtliche Anforderungen sie zu Recht davon abhalten, ihre Bilanzen immer
15 weiter auszuweiten; das wird insbesondere den langfristigen Kredit für die Modernisie-
16 rung der Infrastruktur treffen und den größeren Mittelstand, der für die deutsche Wirt-
17 schaft mit ihren Exporterfolgen bedeutsam ist.

18
19 Die hessische Infrastruktur muss dringend modernisiert und weiterentwickelt werden
20 und die Wirtschaft bei Investitionen in innovativen Feldern unterstützt werden, und
21 das in Zeiten extrem angespannter öffentlicher Finanzen. Der Umbau der Energiewirt-
22 schaft erfordert hohe Investitionen in dezentrale Steuerungs- und Regelsysteme in den
23 Gemeinden und Stadtquartieren. Die Modernisierung der Verkabelung, um eine flä-
24 chendeckende Breitbandversorgung zu erreichen, die Erneuerung und Erweiterung des
25 schienengebundenen öffentlichen Verkehrs, die Energieeffizienz in Gebäuden und die
26 Modernisierung des Wohnungsbestandes sowie der selektive Neubau in den Zuzugs-
27 regionen skizzieren die Herausforderungen. Die Sparkassen in der Kommune und Regi-
28 on sind aufgerufen, ihre Aktivitäten auszuweiten. Die Landesbank muss auf Ebene des
29 Landes gemeinsam mit den anderen Säulen des Bankenwesens ein aktiver Partner in
30 ihrer Rolle als Geschäftsbank bleiben und sich stärker der Infrastrukturfinanzierung
31 zuwenden. Die WI-Bank als Förderbank muss ihre wettbewerbsneutralen Aktivitäten,
32 die allen zu gleichen Bedingungen zur Verfügung stehen, im Rahmen von Förderpro-
33 grammen für diese Ziele ausweiten.

35 Sparkassen

36 Sparkassen sind als Zugang für alle Bevölkerungskreise zu Bankdienstleistungen un-
37 entbehrlich. Wir wollen die Sparkassenlandschaft in Hessen leistungsfähig und regio-
38 nal verankert erhalten. Sie gehört zu einer guten, an den Bedürfnissen der Menschen
39 wie der kleinen und mittelständischen Unternehmen orientierten Infrastruktur. Wir
40 werden die öffentlich-rechtlichen Sparkassen für die Zukunft sichern und die enge Ver-
41 bindung mit ihren kommunalen Trägern fördern.

42
43 Die Sparkassen waren maßgeblich daran beteiligt, dass es in der Krise in Hessen zu kei-
44 ner Kreditklemme für die kleineren und mittleren Unternehmen kam. Eine Konzernbil-
45 dung im Sparkassenwesen lehnen wir ab, weil wir die dezentrale Geschäftspolitik stär-
46 ken wollen, die unmittelbar an den Bedürfnissen der Menschen und der Wirtschaft vor
47 Ort ausgerichtet ist.

Landesbank Hessen-Thüringen (Helaba)

Wir unterstützen die Zusammenarbeit im Verbund zwischen Sparkassen und der Landesbank Hessen-Thüringen (Helaba) mit einer regionalen Schwerpunktsetzung der Helaba, bei gleichzeitigem Zugang zu europäischen und weltweiten Märkten der Refinanzierung und Finanzierung. Dieses überlegene und in der Krise bewährte Geschäftsmodell werden wir gemeinsam mit den kommunalen Trägern der Sparkassen weiterentwickeln. Nur mit dem einerseits europatauglichen, andererseits aber auch vorsichtigen Verhalten kann langfristig die Helaba auch in ihrer relativen Position zu anderen Landesbanken und der Finanzplatz Frankfurt insgesamt gestärkt werden.

Angesichts der Herausforderungen zur Begleitung einer erhöhten Investitionstätigkeit für Wirtschaft und Infrastruktur in Hessen und Deutschland befürworten wir die Stärkung einer in diesem breiten Sinne ausgerichteten Geschäftsbank-Sparte der Helaba. Sie stützt zudem das Drei-Säulen-Modell des deutschen Bankensystems: Genossenschaftsbanken, öffentlich-rechtliche Banken und Sparkassen sowie Privatbanken. Wir befürworten deshalb auch den Ausbau der Zusammenarbeit mit Sparkassen über das Stammgebiet der Bank in Hessen und Thüringen hinaus, was die Sparte der Verbundbank der Helaba stärkt und die Verankerung der Bank im Sparkassenwesen verbreitert.

WI-Bank wird zur Hessenbank

Die WI-Bank als zentrale Förderbank innerhalb der Helaba ist als Instrument der Wirtschafts-, der Infrastruktur- und der Wohnungsbauförderung sowie der Innovationsfinanzierung notwendiger denn je. Ihre Aktivitäten müssen auch in Zukunft strikt wettbewerbsneutral und diskriminierungsfrei ausgelegt sein, aber auch dem erhöhten Bedarf Rechnung tragen. Es muss auf Dauer sichergestellt werden, dass das Land Hessen allein für die strategische Steuerung dieser Sparte der Helaba zuständig ist.

Die Kernbedingungen eines in die Helaba integrierten Förderinstituts sind für die Sozialdemokratie:

- Das Land kann seine günstigen Refinanzierungsbedingungen auch für die Fördervorhaben ausdehnen.
- Das Land übernimmt die Gewährträgerhaftung und entscheidet im Gegenzug über Ausrichtung und Volumen der Förderaktivitäten, wobei es sich auf die Bankexpertise der Helaba stützt.
- Das Fördervermögen bleibt unangetastet und steht dauerhaft für landespolitisch gestaltete Förderaktivitäten zur Verfügung.

Für eine leistungsfähige Landesentwicklungsgesellschaft

Eine zukunftsfähige steuernde und gestaltende Wirtschaftspolitik benötigt die Unterstützung einer effizienten Wirtschaftsförderungsgesellschaft. Diese ist am effektivsten, wenn viele Instrumente der Wirtschaftsförderung in einer Steuerungsinstanz gebündelt und monetäre sowie nicht-monetäre Förderung zusammengefasst werden.

Die Hessen-Agentur hat dies nicht erfüllen können. Dies ist nicht das Versagen der engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, sondern liegt an der Organisationsstruktur.

1 tur. Wir werden daher die Hessen-Agentur auflösen, ohne dass die Beschäftigten Angst
2 um ihre Arbeitsplätze haben müssen.
3
4 **Wir wollen wesentliche Aufgaben der Hessen-Agentur in die Wirtschafts- und Infra-**
5 **strukturbank integrieren.** Dazu gehören insbesondere die Landes- und Kommunalent-
6 wicklung, die unternehmensnahe Technologieförderung und die Wirtschafts- und Re-
7 gionalforschung. Die Wirtschafts- und Infrastrukturbank soll zu einer Landesentwick-
8 lungsgesellschaft weiterentwickelt werden, um Ziele einer gestaltenden Wirtschafts-
9 politik optimal unterstützen zu können. Dazu gehört eine **Stabstelle Cluster-**
10 **Management und Regionalentwicklung.** In die Landesentwicklungsgesellschaft wird
11 die Hessische Landgesellschaft integriert.

2.5. Neue Energie für Hessen!

Abschalten allein reicht nicht

Mit dem endgültigen Ende des ältesten deutschen Atomkraftwerks in Biblis haben die hessische Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten eine ihrer wesentliche Forderung erfüllt. Aber ein Atomausstieg allein ist keine Energiewende. Hessen ist noch immer Schlusslicht unter den bundesdeutschen Flächenländern in Bezug auf die Erzeugung Erneuerbarer Energien und die Energieeffizienz.

Energiewende als Chance

Die Energiewende wird zu einem zweiten Wirtschaftswunder in Deutschland – wenn jetzt die Weichen richtiggestellt werden. Wir sehen im vollständigen Umstieg auf eine Versorgung aus Erneuerbarer Energie und der gleichzeitigen Steigerung der Energieeffizienz eine große wirtschaftliche Chance für Hessen, die wir aktiv gestalten wollen. Bis spätestens 2050 wollen wir unser Bundesland im Strom- und Wärmebereich zu 100 Prozent aus Erneuerbaren Energien versorgen. Dies wollen wir gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern, den Kommunen sowie den Industrie- und Dienstleistungsunternehmen aller Größenklassen und der Energiewirtschaft schaffen.

Es muss bezahlbar bleiben

Wir sind überzeugt: Nur die Energiewende garantiert langfristig stabile Energiepreise. Durch die Endlichkeit der fossilen Energieträger wie Kohle und Gas würde es ohne Energiewende zu erheblichen Kostensteigerungen im Energiebereich kommen, so wie die Kostensteigerungen der letzten Jahre vor allem auf die steigenden Kosten fossiler und atomarer Energieträger zurückzuführen sind.

Aber auch auf dem Weg zur vollständig vollzogenen Energiewende hin zu Erneuerbaren Energien muss Energie selbstverständlich bezahlbar bleiben. Das gilt sowohl für die Industrie als auch für alle privaten Haushalte. Entlastungen für die Industrie dürfen aber nicht auf die privaten Haushalte umgelegt werden. Ebenso sollten die Belastungen für Mieterinnen und Mieter bei energetischen Haus- und Wohnungssanierungen die eingesparten Energiekosten nicht überschreiten. Entlastungen für die Industrie sind strikt auf solche energieintensive Unternehmen zu begrenzen, die im internationalen Wettbewerb stehen, und müssen an Effizienzsteigerungen geknüpft werden.

Chance für Kommunen

Die Energieversorgung ist ein Teil der Daseinsvorsorge und gehört somit in öffentliche Hand. Eine Schlüsselrolle für die Umsetzung der Energiewende hat die kommunale Ebene. Die dezentrale Energieproduktion macht uns unabhängig von den großen Versorgern, fördert den Mittelstand und das Handwerk, schafft kommunale Wertschöpfung, zahlreiche neue Arbeitsplätze und führt zu neuen Einnahmequellen für die Kommunalhaushalte. Wir wollen die Kreise, Städte und Gemeinden in die Lage versetzen, selbst verstärkt Akteure bei der Energieerzeugung zu werden.

1 Wir werden die kommunale Selbstverwaltung stärken. Kommunen benötigen Hand-
2 lungsspielräume, um die Energiewende mit maßgeschneiderten Konzepten für die Be-
3 lange vor Ort gestalten zu können. Dazu werden wir die rechtliche Grundlage für die
4 wirtschaftliche Betätigung der Kommunen in den Bereichen Erzeugung, Netz und Ver-
5 trieb schaffen. Gleichzeitig geben wir den Kommunen das Satzungsrecht, um Energie-
6 und Solarsatzungen zu erlassen. Wir werden Kommunen, die ihre Netze rekommunali-
7 sieren wollen, um wieder mehr Einfluss auf die Energieproduktion zu gewinnen, früh-
8 zeitig durch Beratungsangebote, insbesondere in Rechts- und Finanzfragen, zur Seite
9 stehen.

10
11 Wir werden die landespolitischen Rahmenbedingungen dafür setzen, dass der Rück-
12 kauf der hessischen Regionalversorger E.ON Mitte und SÜWAG zusammen mit starken
13 Partnern aus der Kommunalwirtschaft ermöglicht wird.
14

15 **Chance für Demokratie**

16 Die Energiewende bietet die Chance zur Demokratisierung der Energieversorgung. Die
17 Bürgerinnen und Bürger sollen auf allen Stufen beteiligt werden - durch eine frühzei-
18 tige Einbeziehung, durch Informationen im Vorfeld, durch Beteiligung am Ausbau und
19 Betrieb der Erneuerbaren Energien vor Ort sowie an den finanziellen Gewinnen. Bei
20 allen Formen der dezentralen Energieerzeugungen unterstützen wir die Gründungen
21 von Bürgerbeteiligungsgesellschaften oder Genossenschaften. Wir werden Beteili-
22 gungsformen für Bürgerinnen und Bürger so ausgestalten, dass sich diese bereits mit
23 geringen Beträgen aktiv an der Energiewende beteiligen können.
24

25 Weiterhin werden wir den Kommunen die rechtliche Grundlage geben, um freiwillig
26 lokale Energieräte zu errichten.
27

28 **Keine Investitionen in die Vergangenheit**

29 Wir brauchen keine neuen Kohlekraftwerke. Bei den bestehenden Blöcken des Kraft-
30 werks Staudinger in Großkrotzenburg werden wir die bestehenden Vollzugsdefizite im
31 Umweltrecht auflösen und so eine vollständige Kontrolle der gesundheitlichen und
32 umweltbezogenen Auswirkungen durch den Anlagenbetreiber sicherstellen. Der gas-
33 betriebene Block IV sollte modernisiert werden, und als flexible Reserve zur Verfügung
34 stehen.
35

36 Techniken wie die Verpressung von CO₂ in den Boden (CCS) oder wie die derzeit in
37 Nordhessen geplante Suche nach Erdgas durch das Verpressen von Chemikalien ins
38 Erdreich, dem sogenannten „Fracking“-Verfahren, dessen Folgen für Mensch und Um-
39 welt noch gar nicht abzusehen sind, lehnen wir ebenfalls ab.
40

41 Energieeffizienz: Energie sparen mit Gewinn. Ohne eine Steigerung der Energieeffi-
42 zienz wird die Energiewende teurer und langwieriger. Wir werden ein neues gebündel-
43 tes Energieeinspar- und Energieeffizienzprogramm des Landes Hessen für den Gebäu-
44 debestand auflegen, in dem Beratungs- und Förderleistungen mit angemessenen und
45 sozialverträglichen Verpflichtungen der Gebäudeeigentümer zur Energiewende kom-
46 biniert werden. Förderprogramme zur energetischen Gebäudesanierung wirken wie ein
47 Konjunkturprogramm, insbesondere für das mittelständisch strukturierte Handwerk.
48 Wichtig ist zudem, dass Mieterinnen und Mieter durch energetische Gebäudesanie-

1 rungen nicht zusätzlich finanziell belastet werden, aber auch die Vermieter einen An-
2 reiz zur Sanierung erhalten.

3
4 **Wir werden die Förderung der energetischen Gebäudesanierung verbessern.** Ein wich-
5 tiger Schritt wäre der Verzicht auf eine Gewinnausschüttung der KfW in Höhe von 2
6 Mrd. Euro. Diese Mittel sollten für Förderprogramme eingesetzt werden, mindestens
7 50 Prozent der Mittel sollten für den Sozialwohnungsbau reserviert werden. Selbst der
8 Landesanteil an der KfW-Ausschüttung würde immer noch 150 Millionen Euro bringen.
9 Der Landesanteil wird von uns zweckgebunden verwendet und nicht im Haushalt ver-
10 einnahmt.

11
12 Das Land Hessen soll bei der energetischen Sanierung eine Vorreiterrolle einnehmen.
13 Wir werden den Zustand und die Sanierungsrate der hessischen Liegenschaften analy-
14 sieren und anschließend einen Sanierungsfahrplan aufstellen. Dabei wollen wir, dass
15 die angestrebte Sanierungsrate über der von der EU-Energieeffizienzrichtlinie vorgege-
16 benen Rate von drei Prozent liegt.

17
18 Als Geber von Aufträgen jeglicher Art ist das Land Hessen auch wirtschaftlich ein wich-
19 tiger Akteur. Ziel muss es sein, eine energieeffiziente Vergabekultur zu entwickeln.

20
21 Eine Energieberatung im weitesten Sinn ist häufig der erste Schritt zu energie- und
22 kosteneffizientem Verhalten und führt zum Einsatz von sparsamen Technologien und
23 Prozessen. Wir werden durch ein hessisches Zertifizierungs- und Qualifizierungssystem
24 dafür sorgen, dass Verbraucherinnen und Verbraucher gut qualifizierte Energieberater
25 erkennen und somit der Energieberatung ermöglichen, ihr Potential als wichtiges In-
26 strument voll zu entfalten.

27 28 **Die Vielfalt bringt es**

29 Um die mittelfristige Vollversorgung mit Erneuerbaren Energien zu erreichen, setzen
30 wir auf die Kombination aller Erzeugungsarten der Erneuerbaren Energien. Bis zu einer
31 100-Prozent-Versorgung aus Erneuerbaren Energien sind dezentrale Gaskraftwerke mit
32 Kraftwärmekopplung eine wichtige Brückentechnologie. Gaskraftwerke können so-
33 wohl mit Erdgas als auch mit Biogas betrieben werden. Den Bau von Gas-und-
34 Dampfturbinen-Kraftwerken (GuD) zur Laststeuerung werden wir im Einzelfall prüfen.

35
36 **Windkraftnutzung an Land** ist die derzeit preisgünstigste und effektivste Form der
37 Stromerzeugung aus Erneuerbaren Energien. Daher haben wir das Ziel, mindestens 2
38 Prozent der Landesfläche zur Erzeugung von Windstrom zu nutzen. Diese Vorgabe
39 werden wir verbindlich festschreiben. Wir setzen uns für den Ausbau von Kleinwind-
40 kraftanlagen ein.

41
42 **Windkraft im Wald** ist ein wichtiger Baustein für die Energiewende. 42 Prozent der Flä-
43 che Hessens ist Wald. Eine höhere Verpachtungsrate mit entsprechendem Gewinn für
44 den Landeshaushalt ist möglich. Allerdings sind die benachbarten Kommunen von
45 Windkraftanlagen des Hessen-Forstes – nach dem Vorbild von Rheinland-Pfalz an den
46 Pachteinahmen zu beteiligen.

47
48 Wir sehen in Hessen ein großes Potential für den Ausbau der **Photovoltaik** nach dem
49 Vorbild der Solarregion Nordhessen. Wir werden die im Energiegipfel beschlossenen
50 Maßnahmen beschleunigen und mit ambitionierten Plänen zur Umsetzung unterle-

1 gen. Der Schwerpunkt des Ausbaus sollte auch weiterhin in der Nutzung der vielen
2 noch ungenutzten Dachflächen liegen. Wir werden das Hessische Denkmalrecht so
3 ändern, dass der Denkmalschutz nicht als Verhinderungsinstrument missbraucht wird.
4 Wir werden die Hessische Bauordnung so ändern, dass die Statik von neu gebauten
5 Logistikhallen und Industriebauten so ausgelegt werden muss, dass sie Anlagen der
6 Photovoltaik und Solarthermie tragen. Zusätzlich werden wir darauf hinwirken, dass
7 vor allem die Streifen entlang der Autobahnen und Bahnstrecken sowie Lärmschutz-
8 wände und Einhausungen für die Photovoltaik genutzt werden. Wir werden Hessen
9 zum Vorreiter beim Thema intelligente Netze machen. Darüber hinaus werden wir Pro-
10 jekte zur Steigerung des Eigenverbrauchs des Stroms aus Photovoltaik unterstützen.

11
12 Wir werden die Energiegewinnung aus landwirtschaftlichen Rohstoffen und Abfällen
13 der „Biomasse der zweiten Generation“, die nicht in Konkurrenz zur Nahrungsmittel-
14 produktion stehen, durch ordnungspolitische Maßnahmen und gezielte Förderung vo-
15 ranbringen. In diesem Bereich gibt es noch viele ungenutzte Potentiale, wir wollen die
16 Forschung an hessischen Hochschulen insbesondere im Bereich von Energiepflanzen
17 stärken. Als wissenschaftlich-technischen Grundstock für die wachsende Bedeutung
18 energetischer und stofflicher Biomassenutzung gründen wir eine öffentliche Saatgut-
19 bank.

20
21 Wir werden die Wasserkraft in hessischen Flüssen im Rahmen der von der EU geforder-
22 ten Bewirtschaftungspläne in Abstimmung mit den hessischen Umweltverbänden re-
23 aktivieren. Mehr als 5 Prozent des hessischen Stromverbrauchs könnten mit Wasser-
24 kraft gedeckt werden. Hierfür kann an vielen Flüssen die bereits vorhandene Querver-
25 bauung genutzt werden. Wir werden auch die Vergabe und die Nutzung der Wasser-
26 rechte auf den Prüfstand stellen. Die Potentiale der Fließgeschwindigkeit bestehender
27 Wasser- und Abwasserleitungen sind zu heben.

28
29 Wir werden ein vollständiges Landeskataster für Erneuerbare Energien einführen, um
30 allen Bürgerinnen und Bürgern einen direkten Zugriff auf notwendige Informationen
31 zu ermöglichen. In dem Kataster werden sowohl die regionalen Voraussetzungen für
32 den Einsatz aller Erzeugungsarten der Erneuerbaren Energien dargestellt, als auch po-
33 tenzielle Orte für die Errichtung von Pump- und Druckluftspeichern und Fließwasser-
34 kraftwerke erfasst.

36 **Neue Speicher und Netze**

37 Die Schaffung verschiedenster Kurz- und Langzeitenergiespeicher ist einer der wich-
38 tigsten Bausteine zur hundertprozentigen Umstellung auf Erneuerbare Energien. For-
39 schung und Entwicklung müssen in diesem Bereich stärker gefördert werden. Hier gibt
40 es zum Beispiel am Fraunhofer-Institut für Windenergie und Energiesystemtechnik
41 (IWES) in Kassel Forschungen im Bereich der Umwandlung von Windstrom in Methan,
42 das in unserem Erdgasnetz transportiert und gespeichert werden kann.

43
44 Eine wesentliche Rolle bei der Energiewende spielt der Aus- und Umbau des Stromnet-
45 zes. Wir setzen auf dezentrale Energieerzeugung, um Wertschöpfung in der Region zu
46 erreichen und lange Transportwege und die damit verbundenen Energieverluste zu
47 vermeiden. Je mehr Strom verbrauchsnahe erzeugt wird, umso geringer ist der Zubau
48 neuer Übertragungsnetze. Wir werden mit den Netzbetreibern ein landesweites Szena-
49 rio für das Verteilnetz entwickeln und die Öffentlichkeit hierbei einbinden. Wir stehen
50 für einen intensiven Dialog und echte Bürgerbeteiligung. Die Energiewende ist eine

gemeinschaftliche Aufgabe, die wir zusammen mit den Bürgerinnen und Bürgern realisieren wollen.

Die Verteilnetze sind grundsätzlich als Erdkabel auszubauen, um den Landschaftsverbrauch und die Belastungen der Anwohnerinnen und Anwohner zu reduzieren. Auch bei Höchstspannungsverbindungen müssen die Möglichkeiten für Erdkabel so weit es geht genutzt werden. Schließlich müssen für Stromtrassen verbindlich Abstandsregelungen zu Wohnhäusern festgelegt werden.

Forschung

Wir werden Forschung und Entwicklung im Bereich der Erneuerbaren Energien und der Energieeffizienz ausbauen. Die Ausgaben hierfür sind derzeit in Hessen noch unterdurchschnittlich. Wer jedoch Innovation und Fortschritt will, der muss in Forschung und Entwicklung investieren. Hessen braucht kluge Köpfe und Konzepte, um bei den Themen Erneuerbare Energien, Energieeffizienz und Energiespeicher die Nase vorn zu haben. Daher werden wir bestehende Einrichtungen wie z. B. das Institut dezentrale Energietechnologien (IdE) und das IWES weiter stärken.

Intelligenter Verkehr

Die Energiewende ist nur mit einer Wende im Verkehrssektor realisierbar. Daher setzen wir uns für einen Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs sowie einer flächendeckenden Versorgung mit Tankstellen für Elektrofahrzeuge ein. In Zusammenarbeit mit den hessischen Hochschulen unterstützen wir die hessischen Automobilhersteller bei der Entwicklung neuer energiesparsamer Fahrzeuge mit alternativen Antriebsformen wie Erdgas und Strom. Wir werden eine Enquete-Kommission zur Zukunft und Entwicklung des Verkehrs in Hessen einsetzen.

2.6 Mobilität sichern

Mobilität ist gerade in Hessen eine Zukunftsaufgabe, die mit mehreren Herausforderungen konfrontiert ist. Mobilität muss bezahlbar sein, sowohl für Privatpersonen als auch für Unternehmen. Mobilität muss nachhaltig sein, sie ist deshalb Teil der Energiewende. Mobilität darf nicht krank machen, deshalb ist u. a. Lärmschutz von elementarer Bedeutung. Mobilität braucht moderne Infrastruktur. Mobilität ist im ländlichen Raum konzeptionell und organisatorisch mit anderen Herausforderungen als im Ballungsraum konfrontiert. Mobilität braucht alle Verkehrsträger und muss vernetzt sein.

Schwarz-gelbe Politik der Worthülsen

Die Landesregierung in Hessen ist im Bereich Mobilität und Verkehr nicht durch innovative Konzepte, sondern durch Tatenlosigkeit, den Wortbruch beim Nachtflugverbot und Worthülsen wie „Staufreies Hessen“ aufgefallen. CDU und FDP leben hier von der Hand in den Mund: Schon die aus unserer Sicht selbstverständliche Weiterreichung von Bundesmitteln wird als Erfolg verkauft.

Bei notwendigen Schienenprojekten herrscht seit Jahren Stillstand: Der mehr als überfällige Ausbau der Bahnstrecke Fulda – Frankfurt kommt nicht voran; bei der ICE – Verbindung Rhein-Main – Rhein-Neckar gibt es keine Bewegung. Eine Perspektive für den notwendigen S-Bahn Anschluss an das Terminal 3 am Frankfurter Flughafen ist nicht absehbar. Bei der „Mitte-Deutschland-Verbindung“ hat ein Abbau von Verbindungen stattgefunden, statt dass sie attraktiver geworden wäre.

Die Bedeutung des ÖPNV in Hessen - unter sozialdemokratischer Regierungsverantwortung noch vorbildlich mit eigenen Landesmitteln gefördert – hat unter Regierungsverantwortung von CDU und FDP abgenommen. Es gibt auf Landesebene kein Konzept, wie der ÖPNV in Zukunft die unterschiedlichen Herausforderungen z. B. im Ballungsraum und ländlichen Raum bewältigen soll.

Hessen als Bundesland in der Mitte Europas mit hohen Ansprüchen an die Mobilität in seinen ländlichen Regionen und Ballungsräumen, braucht ein zukunftsfähig finanziertes und alle Verkehrsträger umfassendes und verbindendes Verkehrskonzept.

Der Ausbau der A 44 und der Ausbau der A 49 sind wichtige Infrastrukturmaßnahmen, die wir unterstützen und vorantreiben werden. Leider gab es beim Ausbau der A 44 wegen nicht gerichtsfester Planfeststellungsbeschlüsse erhebliche Verzögerungen. Dafür ist die schwarz-gelbe Landesregierung verantwortlich. Bei der A 49 ist die Finanzierung der gesamten Maßnahme noch nicht gesichert.

Beim Zustand der Verkehrsinfrastruktur in Hessen liegen Anspruch und Wirklichkeit weit auseinander. Hier bekommt Hessen katastrophale Beurteilungen. Beim Bundesländerranking Mobilitätsindex liegt Hessen auf dem letzten Platz. In Hessen gibt es die höchste Anzahl an sanierungsbedürftigen Brücken. Insgesamt beträgt der Sanierungsstau bei der Straßeninfrastruktur in Hessen bei mindestens 4 Milliarden Euro. Allein für überregionale Schienenausbauprojekte fehlen in Hessen über 6 Milliarden Euro.

Alle Aspekte der Mobilitätsentwicklung in Hessen fassen wir in einem jährlichen Mobilitätsbericht zusammen.

Moderne Verkehrspolitik

Hessen ist das wichtigste Transitland Deutschlands und Europas. Der Sanierungsbedarf der Verkehrswege ist dramatisch hoch, die bisherigen Finanzierungsvolumen und -wege reichen nicht aus, um den Substanzverlust der Verkehrsinfrastruktur zu sichern. Hessen braucht mehr Mittel und ein größeres Gewicht in Berlin. Außerdem braucht Hessen ein integriertes Verkehrssystem. Unser Ziel ist Mobilität aus einem Guss, bei der sich die jeweiligen Verkehrsträger sinnvoll ergänzen. Hierbei soll das HOLM (House of Logistics and Mobility) eine wichtige Rolle spielen.

Internationale Bauausstellung "Moderne und gesundheitsverträgliche Mobilität"

Die besonderen Herausforderungen der Verkehrs- und Infrastrukturpolitik erfordern besondere Wege. Daher schlagen eine IBA "Moderne und gesundheitsverträgliche Mobilität" vor. Internationale Bauausstellungen haben in der Vergangenheit modellhafte Lösungen für Wohnungs- und Stadtentwicklungsfragen über ein Jahrzehnt entwickelt und umgesetzt. Wir wollen dieses Konzept für die Lösung der neuen Herausforderung

1 bei der Vernetzung von Mobilität nutzen. Gerade im Ballungsraum Frankfurt/Rhein-
2 Main existieren enorme Gegensätze durch die Verkehrsdrehkreuze Frankfurter Flugha-
3 fen, Schienenverkehr und Autobahnen. Vernetzung, Sicherheit, Lärmschutz, Infrastruk-
4 turverbesserung, Nachhaltigkeit und Bezahlbarkeit sind die sechs zentralen Themen
5 einer IBA Mobilität.

7 **Schienenverkehr**

8 Die bestehenden Kapazitäten im Schienenverkehr reichen nicht aus, um den zukünftigen
9 Bedarf im Personen- und Güterverkehr zu bewältigen. Die Kapazitäten müssen
10 deutlich erhöht werden.

11 Neben der Unterstützung für den Neu- und Ausbau bestehender Verbindungen werden wir
12 die Reaktivierung stillgelegter Bahnstrecken prüfen.

13 Der in den letzten Jahren gestiegene Bahnverkehr führt für die Anwohnerinnen und
14 Anwohner an den betroffenen Strecken durch die Zunahme von Bahnlärm zu gesundheitlichen
15 Beeinträchtigungen. Wir werden alle Maßnahmen, auch die Prüfung von
16 Alternativstrecken und den Einsatz lärmarmen Güterwaggons unterstützen, die zur
17 Reduzierung von Bahnlärm führen.

19 **Verlagerung von Güterverkehr**

20 Allein von 1992 – 2008 ist der Güterverkehr auf den Straßen um 92 Prozent gestiegen.
21 Irgendwann werden die Straßen diese Belastungen nicht mehr bewältigen können. Mit
22 dem wachsenden LKW-Verkehr steigen auch die gesundheitlichen Beeinträchtigungen
23 der Menschen. Der steigende Güterverkehr wird die Mobilität von Menschen und Gü-
24 tern einschränken, wenn wir nicht gegensteuern. Hessen braucht ein Logistikkonzept.

26 Wir werden den Ausbau von Güterverkehrszentren und regionalen Logistikzentren
27 fördern, um möglichst viele Güter auf andere Verkehrsträger wie Schiene und Wasser
28 zu lenken. Insbesondere ist hier ein Angebot für kleine und mittlere Unternehmen zu
29 machen.

31 **Ballungsraum und ländlicher Raum**

32 Die regionale Verflechtung bestimmt das Verhältnis von Wohnen, Arbeiten und Freizeit.
33 Die große Herausforderung ist, dass sowohl im Ballungsraum als auch in den
34 Kommunen auf dem Land die Menschen ihre Arbeitsplätze in zumutbaren Zeiten und
35 zu bezahlbaren Konditionen erreichen und ihr Alltagsleben meistern können. So muss
36 eine angemessene Grundversorgung vor Ort erhalten bleiben. Auch dürfen fehlende
37 Verkehrsanbindungen nicht dazu führen, dass Bildungschancen beeinträchtigt werden.

38 Die verschiedenartigen Herausforderungen verlangen unterschiedliche Antworten. Wir
39 setzen im Ballungsraum auf einen leistungsstarken ÖPNV, um hier Mobilität zu gewährleisten.
40 Wir setzen uns dafür ein, dass der ländliche Raum aus den Großstadtregionen
41 auch spät abends noch mit öffentlichen Verkehrsmitteln erreicht werden kann.

42 Um die Mobilität vom ländlichen Raum in den Ballungsraum zu gewährleisten, ist eine
43 bessere Verzahnung der verschiedenen Verkehrsträger notwendig, die das Umsteigen

1 von einem Verkehrsträger auf den anderen erleichtern. Daher werden wir z. B. den
2 Ausbau der „Park and Ride“ und Mitfahrer-Parkplätze forcieren.

3 Im ländlichen Raum werden wir innovative Konzepte, wie zum Beispiel die Einrichtung
4 von Bürgerbussen, wenn dies vor Ort gewünscht wird, unterstützen.

6 **Hessische Verkehrsverbünde**

7 Die hessischen Verkehrsverbünde haben in der Vergangenheit wesentlich dazu beige-
8 tragen, vor Ort ein qualitativ hochwertiges ÖPNV Angebot vorzuhalten. Die Verbünde
9 können die Situation vor Ort am besten beurteilen und zielgenaue Lösungen anbieten.
10 Wir werden daher die bewährte Struktur der hessischen Verkehrsverbünde weiterent-
11 wickeln.

13 **Sanierungsstau abarbeiten**

14 In Hessen ist unter CDU/FDP Verantwortung aufgrund von unterlassenen Sanierungs-
15 maßnahmen ein riesiger Sanierungsstau im Bereich der Verkehrsinfrastruktur entstan-
16 den. Wenn wir hier nicht gegensteuern, hinterlassen wir nachfolgenden Generationen
17 einen unverantwortlichen Werteverzehr bei der Infrastruktur. Hier müssen zukünftig
18 Prioritäten gesetzt werden.

19 Zur Finanzierung der notwendigen Sanierungsmaßnahmen ist eine Ausweitung der
20 LKW-Maut auf alle Straßen notwendig. Ein LKW verursacht im Bereich der Straßeninf-
21 rastruktur Schäden im Gegenwert von 60000 PKW. Nach dem Verursacherprinzip ist es
22 folgerichtig, den Verursacher stärker als bisher an den Sanierungskosten zu beteiligen.
23 Eine LKW-Maut auf allen Straßen wird auch dazu führen, dass die ärgerlichen Aus-
24 weichverkehre zukünftig entfallen.

26 **Menschen bei Infrastrukturmaßnahmen mitnehmen**

27 Die Beteiligung der Menschen vor Ort im Vorfeld des Planungsprozesses von Infra-
28 strukturmaßnahmen kann die Akzeptanz der jeweiligen Maßnahme erhöhen. Ziel
29 muss sein, die immer häufiger auftretenden Konflikte zwischen der Politik und den
30 Bürgern zu entschärfen. Für uns steht eine umfassende Beteiligung der betroffenen
31 Bürgerinnen und Bürger nicht unbedingt im Gegensatz zu kurzen Planungs- und Bau-
32 zeiten. Im Gegenteil: Umfassende Information und Beteiligung im Vorfeld der Maß-
33 nahme kann spätere langwierige gerichtliche Auseinandersetzungen ersparen.

35 **Lärmschutz**

36 Der Verkehr in Hessen muss leiser werden. Wir werden uns für Lärmreduktion durch
37 alle technisch möglichen Maßnahmen und Betriebsweisen in allen Verkehrsbereichen
38 einsetzen, die den Lärm weitest möglich reduzieren. Maßnahmen zur Verringerung der
39 sonstigen Emissionen von Verkehr (CO₂, Luftschadstoffe) werden wir unterstützen.

40 Lärm spielt als Gesundheitsrisiko eine bedeutende Rolle. Das gilt insbesondere für den
41 Frankfurter Flughafen, die Bahnstrecke im Mittelrheintal und den LKW-Verkehr. Wir
42 setzen uns dafür ein, dass Verursacher von Lärm für einen ausreichenden Lärmschutz

1 sorgt. Aktiver Lärmschutz hat bei uns Vorrang vor Maßnahmen des passiven Schall-
2 schutzes.

3 Wir wollen, dass ab 2020 keine lauten Güterwagen mit Grauguss-Bremssohlen in Hes-
4 sen mehr verkehren und setzen uns daher dafür ein, dass der Güterwagenbestand
5 rasch umgerüstet wird und Grauguss-Bremssohlen spätestens ab 2020 die europäische
6 Zulassung entzogen wird.

8 **Verkehrssicherheit**

9 Die Verbesserung der Verkehrssicherheit war kein Schwerpunkt der schwarz-gelben
10 Landesregierung; in vielen Regionen Hessens sind die Unfallzahlen und auch die Zahl
11 der Verkehrstoten erstmals seit Langem wieder angestiegen. Wir werden die Ursachen
12 analysieren und alles tun, um die Verkehrsunfälle und ihre Folgen zu reduzieren. Die
13 Gemeinden erhalten wieder mehr Spielräume zur Gestaltung von innerörtlichen Tem-
14 polimits und Durchfahrtsverboten. Wir werden mit einer Bundesratsinitiative die Mög-
15 lichkeiten zur örtlichen Entscheidung über innerörtliche Tempolimits unterstützen.

16 Beim öffentlichen Nahverkehr wollen wir die Sicherheit erhöhen, sodass insbesondere
17 Frauen auch in den Abend- und Nachtstunden die Verkehrsangebote mit einem siche-
18 ren Gefühl nutzen können. Dieses Ziel ist auch bei der Neugestaltung von Bahnhöfen
19 und Haltestellen zu beachten (etwa durch ausreichende Beleuchtung, Notrufsäulen).

21 **Fahrradverkehr**

22 Immer mehr Menschen begeistern sich für das Radfahren. Auch unter Umweltaspekten
23 kommt dem Radverkehr eine zunehmende Bedeutung zu. Unsere Zielvorgabe ist Rad-
24 fahren unter guten Verkehrsbedingungen auf einem sicheren und attraktiven Radwe-
25 genetz in Hessen zu ermöglichen. Hierbei setzen wir auf die Verbesserung der Beleuch-
26 tungssituation, der Fahrbahndecken und den Ausbau von Fahrradabstellanlagen. Ins-
27 besondere an Schulen und ÖPNV Haltestellen. Wir werden kontinuierlich das Radwe-
28 genetz in Hessen ausbauen und für eine bessere Beschilderung sorgen. Wir unterstüt-
29 zen die Nutzung von Elektrofahrrädern (Pedelecs) unter anderem durch den Ausbau
30 von Ladestationen. Wir werden im Verkehrsministerium einen Ansprechpartner/eine
31 Ansprechpartnerin für den Radverkehr schaffen.

33 **Fußgängerinnen und Fußgänger**

34 Fußgängerinnen und Fußgänger haben im Verkehrssystem die geringste Lobby, umfas-
35 sen aber meist gerade die schwächsten Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer wie
36 etwa Kinder und ältere Menschen. Fast die Hälfte der Todesfälle bei Kindern ist auf sol-
37 che Verkehrsunfälle zurückzuführen. Fußgängerzonen und Wege dürfen nicht länger
38 als Restfläche von Auto- und Fahrradwegen betrachtet werden. Wir wollen eine Stadt-
39 planung, in der der Fußverkehr einen Anspruch auf kurze, logische und sichere Wege
40 hat, die miteinander verbunden und allein dem Fußverkehr vorbehalten sind.

42 **Ehrliche Politik für Flughafen und Region**

43 Der Frankfurter Flughafen ist die größte Betriebsstätte der Bundesrepublik Deutsch-
44 land und bietet vielen Zehntausend Menschen direkt und indirekt Arbeit und Einkom-

men. Gleichzeitig steht er in der Region u. a. durch die hohen Lärmpegel für eine große Belastung der Anwohnerinnen und Anwohner. Im Bewusstsein dieser Doppelstellung hat sich die rot-grüne Landesregierung unter Hans Eichel in der Wahlperiode 1995-1999 für ein Mediationsverfahren entschieden. Am Ende stand ein 5-Punkte-Plan, dessen einzelne Bestandteile untrennbar miteinander verbunden waren. Das Mediationsergebnis bestand aus den Komponenten Optimierung des Systems, Kapazitätserweiterung durch Ausbau, Nachtflugverbot, Anti-Lärm-Pakt und dem Regionalem Dialogforum.

Wir haben die abgewogene Entscheidung der Mediationsgruppe zur Entwicklung des Frankfurter Flughafens begrüßt und als einzige Partei bis heute mitgetragen und verteidigt.

Weil eine Mehrbelastung durch die Landebahn absehbar war, hätten aus unserer Sicht bereits mit dem Beginn des Ausbaus auch die Lärmschutzmaßnahmen in Gang gesetzt und Transparenz für die Flugrouten hergestellt werden müssen, damit bei Inbetriebnahme der neuen Bahn die Schutzmaßnahmen des Mediationsergebnisses insbesondere zum aktiven und passiven Lärmschutz greifen.

Die Proteste der Bürgerinnen und Bürger sind vor dem Hintergrund der faktischen Belastung sowie dem Verhalten und der Ignoranz der Landesregierung verständlich und begründet, auch wenn wir nicht alle Forderungen teilen.

Die schwarz-gelbe Landesregierung hat das Mediationsergebnis zunächst ignoriert, dann dagegen geklagt und setzt nun halbherzige Maßnahmen mit jahrelanger Verspätung um. Der Vertrauensverlust in der Region wird nachhaltig und dauerhaft sein.

Die Trickereien der schwarz-gelben Landesregierung gehen aber weiter. Mit der sogenannten Planklarstellung hat sie zukünftigen Regierungen und der Region die rechtlichen Möglichkeiten des Landes für weitergehende Regelungen auf der Landesebene genommen. Dies ist das Ergebnis eines Rechtsgutachtens zur Bewertung der Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts und des Umgangs der Regierung Bouffier/Hahn mit dieser Entscheidung.

Landespolitische Handlungsmöglichkeiten

Das Gutachten zeigt uns drei Wege auf: Änderungen von Bundesgesetzen, Antrag der Fraport auf Änderung der Betriebsgenehmigung und ein neuer freiwilliger regionaler Konsens unter allen Akteuren. Die Handlungsoptionen einer Landesregierung aus eigener Rechtskraft sind allerdings durch das Manöver mit der Planklarstellung fast ausgeschöpft. Das Aktienrecht macht eine Weisung der öffentlichen Anteilseigner (Land Hessen/Stadt Frankfurt) an den Vorstand unmöglich. Aus diesem Grund werden wir eine Initiative aus bundesrechtlichen Änderungen und einem neuen regionalen Konsens ergreifen.

Neuer Flughafenkonsens

Wir brauchen einen ernst gemeinten Dialog über die Rahmenbedingungen der Flughafenentwicklung, da die Region weder auf den Flughafen noch der Flughafen auf die Region verzichten kann. Die Voraussetzungen dafür sind angesichts der faktischen, rechtlichen und regionalen Ausgangslage sehr schwer. Für uns ist aber klar: Die prognostizierte und vom Planfeststellungsbeschluss am Ausbauende ermöglichte Lärmbelastung ist zu hoch. Der Schutz aller Bürgerinnen und Bürger vor der Lärmbelastung muss Priorität haben.

1 Vorrangiges Ziel ist daher für uns die Durchsetzung von Lärmobergrenzen, womit wir
2 auch eine Entkopplung von Flugbewegungen und Lärmbelastung erreichen wollen. Wir
3 werden über die Frage wie Lärmobergrenzen definiert werden ebenso wie über die
4 Durchsetzungsinstrumente unverzüglich in Gespräche mit allen Beteiligten (Bürgerini-
5 tiativen, Kommunen, Airlines und Flughafen) gehen. Dabei müssen auch andere Lärm-
6 quellen mitberücksichtigt werden.

8 Wir halten an der strikten Einhaltung der Nachtruhe in der sog. Mediationsnacht von
9 23:00-05:00 Uhr fest. Für viele Menschen in der Region ist sie eine wirkliche Entlas-
10 tung, die ohne das Mediationsergebnis nicht möglich wäre. Weitere Entlastungen
11 durch ein Anschwellen zwischen 5:00 und 6:00 Uhr sowie Abschwellen zwischen 22:00
12 und 23:00 Uhr, durch geänderte An- und Abflugverfahren, durch belastungsärmere
13 Flugroutenplanung sowie eine konzentrierte Nutzung des Bahnsystems (Lärmpausen)
14 müssen konsequent genutzt werden. Ausnahmegenehmigungen wollen wir strikt be-
15 schränken.

17 Die Planungen für den Bau des Terminals 3 müssen im Lichte der aktuellen wirtschaft-
18 lichen und regionalen Entwicklungen überprüft und angepasst werden. Das Terminal 3
19 ist aus heutiger Sicht überdimensioniert.

21 Wir wollen den Vorrang von aktivem vor passivem Schallschutz. Die lärmabhängigen
22 Landegebühren müssen ständig weiter angepasst werden. Besonders laute Flugzeug-
23 typen wollen wir gänzlich von Frankfurt fernhalten.

25 Wir wollen passiven Schallschutz für die gesamten betroffenen Gebäude und ein Im-
26 mobilienmanagement für besonders Betroffene sowie eine Ausweitung des Casa-
27 Programms. Für soziale Einrichtungen werden wir ein Lärmschutzsofortprogramm ini-
28 tiieren. Sowohl die Fraport als auch die öffentlichen Anteilseigner müssen sich weiter-
29 hin auch der finanziellen Verantwortung für den passiven Lärmschutz stellen. Dies gilt
30 sowohl für Sozial- und Bildungseinrichtungen als auch für Privathäuser. Dazu werden
31 wir in Verbindung mit kommunalen und landeseigenen Wohnungsunternehmen neue
32 Modelle prüfen.

34 Die Lärmschutzstudie NORAH soll belastbare Daten für eine Weiterentwicklung des
35 Lärmschutzes liefern.

38 Bundes- und europapolitische Initiativen

39 Wir setzen uns auch weiterhin für ein abgestimmtes nationales und europäisches
40 Flughafensystem ein, genauso wie für eine bundesdeutsche Lärmschutzgesetzgebung,
41 die die Nachtruhe der Menschen besser schützt. Dazu werden wir Initiativen im Bun-
42 desrat einbringen. Entsprechende Beschlüsse wurden bereits auf dem Bundesparteitag
43 der SPD im Dezember 2012 auf Antrag der hessischen und rheinland-pfälzischen SPD
44 gefasst.

46 Wir werden ebenfalls im Bundesrat aktiv, um endlich den Lärmschutz auch im Luftver-
47 kehrsrecht zu verankern und um zukünftig sicher zu stellen, dass Bürgerinnen und Bür-
48 ger bei der Planung von Flugrouten und An- und Abflugverfahren beteiligt werden. Alle
49 Akteure der Luftverkehrswirtschaft müssen sich dem Thema Lärmschutz stärker stel-
50 len, dies gilt insbesondere auch für die Deutsche Flugsicherung.

Gute Arbeitsbedingungen am Flughafen

Der in Teilen ruinöse Wettbewerb in der Luftverkehrswirtschaft darf nicht auf dem Rücken der Region und der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (z. B. bei den Bodenverkehrsdiensten) ausgetragen werden. Mehr Arbeitsplätze und gut bezahlte Arbeit sind das zentrale Interesse der Sozialdemokratie am Flughafen, auch und insbesondere daran werden wir die Entwicklungen am Flughafen bewerten. Auch deshalb wollen wir einen neuen Flughafenkonsens. Im Interesse der Region und im Interesse des Flughafens!

Regionalflughafen Kassel-Calden

Der im April 2013 fertiggestellte Regionalflughafen Kassel-Calden, zu dem sich die Region nach wie vor bekennt, ist ein wichtiger Baustein für die nordhessische Regional- und Strukturentwicklung. Um die Wirtschaftlichkeit des Flughafen Kassel-Calden zu erhöhen, werden wir den vom Hessischen Landtag gefassten Beschluss umsetzen und mit der Wirtschaft, der Universität Kassel und dem HOLM ein Konzept zur Ansiedlung für luftfahrtaffine technologieorientierte Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen entwickeln sowie eine Beteiligung der nordhessischen Wirtschaft an der Trägergesellschaft einfordern.

3. Soziale Gerechtigkeit und Zusammenhalt wieder stärken

3.1 Soziale Gerechtigkeit

14 Jahre soziale Verantwortungslosigkeit

Seit 1999 wurden in Hessen zentrale Elemente eines ausgleichenden und vorsorgenden Sozialstaats zerschlagen. Die Sozialpolitik von CDU und FDP ist geprägt von organisierter Verantwortungslosigkeit: Den Sozialhaushalt machten Roland Koch und Volker Bouffier zum Steinbruch der Haushaltspolitik. Das Land hat sich etlicher Aufgaben entledigt und sie an die unterfinanzierten Kommunen abgeschoben. Wichtige Koordinierungs- und Kooperationsstrukturen wurden beseitigt. In puncto Krippenplätze versäumt es die amtierende Landesregierung den tatsächlichen Bedarf zu ermitteln. Bei einem Bedarf für 40 Prozent der unter-3-jährigen fehlen in Hessen mindestens 15.000 Krippenplätze. Lange Wartezeiten erschweren die Vereinbarkeit von Familie und Beruf vor allem für hessische Frauen erheblich. Übrig bleiben im Wesentlichen Schaufensterprojekte ohne dauerhafte Konsequenzen und teure PR-Aktionen ohne nennenswerten Mehrwert wie die „Familienkarte Hessen“.

Unser Leitbild: Eine solidarische Gesellschaft

Nur in einer solidarischen, gerechten Gesellschaft ist der soziale Frieden gewährleistet. Jede und jeder soll die gleiche Chance auf ein erfülltes Leben haben und die zentralen Freiheits- und Chancenversprechen unserer Zeit nutzen können - unabhängig von Geburt, Geschlecht, sozialer Herkunft, Alter, Konstitution und Einkommen. Dazu benötigen wir einen aktiven und einen vorbeugenden Sozialstaat.

Der aktive Sozialstaat unterstützt und fördert so weit wie nötig, ohne zu bevormunden. Der vorbeugende Sozialstaat beseitigt Benachteiligungen, bevor sie entstehen, und baut Ungleichheiten ab, wenngleich Unterschiedlichkeiten bestehen bleiben können. Er hilft damit nicht nur denen, die er fördert, sondern vermeidet für die ganze Gesellschaft zukünftige Reparaturkosten, wie sie etwa durch Krankheit, Arbeitslosigkeit oder Kriminalität entstehen. Der Sozialstaat garantiert Inklusion durch Teilhabe und Partizipation für alle.

Inklusion ist der Leitbegriff unserer Sozialpolitik. Inklusion bedeutet, dass die durch Geburt, Geschlecht, soziale Herkunft, Alter, Konstitution und Besitz hervorgerufenen Unterschiede so ausgeglichen werden, dass jeder und jede die gleiche Chance auf ein selbstbestimmtes und erfülltes Leben hat.

Die zentrale Aufgabe der Landessozialpolitik ist die soziale Infrastruktur, ohne die ein Leben in Freiheit und Gerechtigkeit nicht möglich ist. Kindertagesstätten und Jugendhilfe, Krankenhäuser und Altenhilfe, Frauenhäuser und Frauennotrufe, Gesundheitsschutz und Prävention, Hilfsangebote für Menschen mit Behinderungen, Arbeitsförderung, Beratungsangebote, sozialer Wohnungsbau, diese Angebote der Daseinsvorsorge schaffen Sicherheit und Stabilität und ermöglichen ein selbstbestimmtes Leben. Mit

1 einem nachhaltig finanzierten Sozialbudget werden wir die unter Schwarz-Gelb besei-
2 tigte soziale Infrastruktur gemeinsam mit den Betroffenen, Wohlfahrtsverbänden und
3 Kommunen wieder aufbauen und eine neues soziales Netz für Hessen knüpfen.

4
5 Gute soziale Arbeit ist nur bei guten Arbeitsbedingungen möglich. Wir werden uns
6 deshalb dafür einsetzen, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den sozialen Ein-
7 richtungen angemessen entlohnt und vor zu hohen Belastungen geschützt werden.

8
9 Wir werden eine Sozialberichterstattung schaffen, die diesen Namen verdient. Sie ist
10 die Grundlage einer bedarfsgerechten sozialen Förderung in ganz Hessen. Sie muss
11 konsequent Armut, Reichtum und differenzierte soziale Indikatoren landesweit abbil-
12 den.

13
14 Ein neues soziales Netz für Hessen kann niemals allein von der Landespolitik geknüpft
15 werden, sondern nur in enger Zusammenarbeit mit den Trägern, Verbänden und Orga-
16 nisationen der freien Wohlfahrtspflege, den Kirchen, den Sozialpartnern, dem Land und
17 den Kommunen sowie dem Landeswohlfahrtsverband. Mit uns wird das Land mit den
18 Trägern der Wohlfahrtspflege in Dialog und Kooperation im Haus des Sozialen Hessens
19 zusammenarbeiten und verloren gegangenes Vertrauen neu aufbauen.

21 **Hessen zum Familienland machen**

22 Familie ist dort, wo Kinder sind und dort, wo Menschen unterschiedlicher Generatio-
23 nen füreinander eintreten. Unsere Familienpolitik ermöglicht und fördert die Ent-
24 scheidung für Familie und für die Übernahme familiärer Verantwortung für Kinder und
25 für Pflegebedürftige. Wir wollen, dass Frauen und Männern sich in jeder Lebenssituati-
26 on für Kinder entscheiden können. Eine sozialdemokratische Landesregierung wird
27 deshalb die Vereinbarkeit von Beruf und Familie konsequent fördern und dabei mit
28 ihren Beschäftigten in der Landesverwaltung eine Vorbildfunktion übernehmen. Wir
29 werden das Studieren mit Kind an hessischen Hochschulen erleichtern. Eine gute und
30 umfassende Kinderbetreuung ist fester Bestandteil in unserem „Haus der Bildung“.

31
32 Wir wollen, dass Familie zu werden von Anfang an erfolgreich ist. Deshalb werden wir
33 ein flächendeckendes Angebot aufsuchender Hilfen durch Familienhebammen und
34 Familienhelfer in Hessen etablieren und entsprechende Ausbildungskapazitäten schaf-
35 fen. Ein solches Angebot muss ein diskriminierungsfreies Hilfsangebot sein und weit
36 über die bestehenden Angebote und Strukturen hinausgehen.

38 **Kinder und Jugendliche im Zentrum**

39 Bestmögliche emotionale und soziale Förderung von Kindern ist weit mehr als die tra-
40 ditionell krisenorientierte Kinder- und Jugendhilfe. Sie muss angemessen ausgebaut
41 werden. Deshalb werden wir ein flächendeckendes Angebot sozialer Arbeit in der Schu-
42 le schaffen. Dadurch wird Schule zur ganzheitlichen Bildung erweitert, die Inklusive
43 Schule gefördert und die Brücke zur außerschulischen Jugendarbeit als eigenständige
44 Bildungssäule hergestellt. Die strukturelle Förderung der außerschulischen Jugendar-
45 beit wollen wir nachhaltig sichern. Die Einbindung von Jugendverbänden und Sport-
46 vereinen halten wir für unverzichtbar für die Gestaltung von Ganztagschulen als Le-
47 bensmittelpunkt von Kindern und Jugendlichen.

1 Die neue Landessozialpolitik, die sich am ortsteilbezogenen Bedarf orientiert, unter-
2 stützt auch die Kommunen in ihrer „offenen Jugendarbeit“. Wir reduzieren Jugendar-
3 beit nicht auf die Frage, welche Probleme Jugendliche machen, sondern wollen, dass
4 darauf eingegangen wird, welche Probleme Jugendliche haben. Gemeinsam mit den
5 Trägern politischer Jugendbildung wollen wir die politische Bildungsarbeit weiterent-
6 wickeln.

7
8 Die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen im kommunalen Kontext und die Mitbe-
9 stimmung von Kindern und Jugendlichen am Schulleben werden wir stärken.

10
11 Bei uns steht das Kindeswohl im Mittelpunkt. Daher werden wir ein **Netzwerk Kinder-**
12 **schutz** bilden, das Maßnahmen bündelt, um Gewalt und Missbrauch von Kindern ent-
13 gegenzuwirken. Wir werden deshalb zuerst unseren Vorschlag für einen **Landesakti-**
14 **onsplan gegen Kindesmissbrauch** mit klaren Zielen und einem präzisen Zeitplan um-
15 setzen und laufend die Umsetzung kontrollieren. Mit den Jugendverbänden werden
16 wir ein **Landesprogramm Starke Kinder** zur Verbesserung der Prävention von Miss-
17 brauch und Vernachlässigung schaffen.

18
19 Mit Aufklärungs- und Präventionsangeboten werden wir Kinder und Jugendliche vor
20 Drogen- und Suchtgefahren schützen. Wir unterstützen die verstärkte Zusammenar-
21 beit von Gewerbeaufsichtsdienst, Ordnungsamt, Jugendamt und Polizei, um zu kontrol-
22 lieren, dass kein Ausschank alkoholischer Getränke an Kinder und Jugendliche erfolgt.

23
24 Wir werden die vollständige Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention in Hessen in
25 Hinblick auf besonderen Schutz, bestmögliche Entwicklung sowie altersgerechte For-
26 men der Beteiligung vorantreiben und ihre eigenständige Verankerung in der hessi-
27 schen Verfassung prüfen. Die Einrichtung einer/eines Landeskinderbeauftragten wer-
28 den wir prüfen.

30 Politik für Ältere und Senioren

31 Immer mehr Menschen werden immer älter. Sie sollen in Hessen leben können, wo und
32 wie sie wollen, in Selbstbestimmung und größtmöglicher Selbstständigkeit, durch eine
33 entsprechende **Wohn- und Versorgungsstruktur für Seniorinnen und Senioren**. Viele
34 Ältere sind fit und nehmen gleichberechtigt und aktiv am gesellschaftlichen und kul-
35 turellen Leben teil. Sie sind eine wichtige Stütze des Zusammenlebens. Aber auch bei
36 Krankheit, Pflegebedürftigkeit und Unterstützungsbedarf gilt es, die Autonomie und
37 die Selbstbestimmung von Seniorinnen und Senioren zu schützen.

38
39 Immer mehr Menschen wollen in ihrer Wohnung alt werden. Deshalb werden wir ge-
40 meinsam mit der Wohnungswirtschaft Maßnahmen zur Anpassung von Wohnungen
41 an die Bedürfnisse der älter werdenden Gesellschaft fördern. Älter werdende Men-
42 schen wollen so lange wie möglich in ihrer bisherigen Wohnung und in ihrer vertrauten
43 Umgebung bleiben. Wir werden sie dabei unterstützen:

- 44 - Durch gezielte Wohnberatung und Wohnraumanpassung,
 - 45 - durch eine landesweite Vernetzung der Beratungsangebote und durch den Bau
 - 46 von barrierefreien Wohnungen,
 - 47 - durch entsprechende Förderprogramme auch für genossenschaftliche und/oder
 - 48 generationsübergreifende Wohnprojekte.
- 49

1 Die Nahversorgung muss von den Bedürfnissen der betroffenen Menschen her ge-
2 dacht, entworfen und aufgebaut werden. Besonders in den ländlichen Räumen gibt es
3 hier dringenden Handlungsbedarf. Dies gilt nicht nur für die Dinge des täglichen Le-
4 bens, sondern gerade auch für Gesundheits- und Pflegedienstleistungen.

5
6 Wir wollen, dass Ältere sich in allen gesellschaftlichen Bereichen beteiligen können.
7 Dazu gehört die Förderung des lebenslangen Lernens genauso wie Chancen, in der
8 nachberuflichen Phase ihr Erfahrungswissen zum Wohle unserer Gesellschaft einbrin-
9 gen zu können. Wir werden flächendeckend Seniorenbeiräte als Instrument politischer
10 Selbstvertretung einführen.

11
12 Wir wollen Selbstbestimmung auch dann, wenn Menschen pflegebedürftig werden. Es
13 gilt: Jede und jeder soll so lange wie möglich in den eigenen vier Wänden leben kön-
14 nen. Pflegende Angehörige werden wir durch vermehrte Angebote in der Kurzzeit- und
15 Tagespflege, aber auch durch Qualifizierung unterstützen. Für Menschen, die in einer
16 stationären Einrichtung leben, werden wir das Hessische Heimgesetz novellieren. Wir
17 werden die Mitwirkung verbessern und den Rechtsanspruch auf ein Einzelzimmer
18 durchsetzen.

19
20 Wir werden uns entschieden gegen jede Form der Altersarmut einsetzen. Wir unter-
21 stützen die Einführung einer steuerfinanzierten Solidarrente. Dabei müssen vor allem
22 Erziehungs- und Pflegezeiten stärker berücksichtigt werden. Wir werden außerdem ein
23 Landesaktionsprogramm gegen die Folgen von Altersarmut starten. Damit wollen wir
24 die Teilhabe am sozialen und gesellschaftlichen Leben, Mobilität, gemeinsamen Aktivi-
25 täten und guter Versorgung für alle sichern.

27 **Aktionsprogramm Armutsbekämpfung und Sozialbudget**

28 Die Zahl der armen oder an der Armutsgrenze lebenden Menschen hat in den letzten
29 Jahren kontinuierlich zugenommen. Insbesondere Familien mit Kindern, vor allem Al-
30 leinerziehende, zunehmend jüngere Erwachsene, Seniorinnen und Senioren und Men-
31 schen mit Behinderung sind betroffen. Probleme durch Arbeitslosigkeit, Überschul-
32 dung oder Sucht bedingen zahlreiche weitere Probleme und den Verlust der sozialen
33 Integration, bis hin zu Obdachlosigkeit.

34
35 Unser Ziel ist es, Strukturen und Angebote zu gewährleisten, die die Armutsfolgen und
36 Armutswirkungen beseitigen und allen eine gleiche Teilhabechance ermöglichen. Eine
37 zentrale Aufgabe der Armutsbekämpfung ist Teilhabe an Arbeit. Wir wollen, dass allen
38 Menschen in Hessen Zugang zu Bildung, Mobilität, gesundheitlicher Versorgung und
39 kulturellen Angeboten, Sport und Begegnung möglich ist.

40
41 Wir werden die durch die „Operation düstere Zukunft“ von der CDU zerschlagene so-
42 ziale Infrastruktur zur Vermeidung und Bekämpfung von Armut und Armutsfolgen
43 wieder aufbauen. Dazu werden wir ein Aktionsprogramm zur Armutsbekämpfung auf-
44 legen. Wir werden dazu insbesondere die Kinder- und Familienarmut und das drama-
45 tisch hohe Armutsrisiko von Alleinerziehenden und Rentnerinnen sowie armutsbeding-
46 te Obdachlosigkeit bekämpfen.

47
48 Wir werden dazu ein Sozialbudget einrichten. Auf der Grundlage der Ergebnisse der
49 sozialpolitischen Kommission für Hessen der Friedrich-Ebert-Stiftung werden wir ge-
50 meinsam mit Wohlfahrtsverbänden, Kirchen, Sozialpartnern und Betroffenenvertre-

tungen gemeinsam ein neues soziales Netz für Hessen stricken. Dazu gehören die Neuordnung und Unterstützung von Gemeinwesenarbeit und Armutsbekämpfung, Schuldnerberatung, Obdachlosenhilfe und Hilfe für Haftentlassene, Lokale Beschäftigungsinitiativen und Jugendberufshilfe, Frauenhäuser, Frauennotrufe und Frauen in besonderen Lebenslagen, Projekte gegen Gewalt an Kindern und Notruftelefone, Mädchenarbeit und Jungenarbeit, Mütterzentren und Erziehungsberatung, Suchthilfe, Sozial-Psychiatrische Dienste, Psychiatrieerfahrene und Angehörige, und alle Formen der Ermächtigung und Hilfe zur Selbsthilfe durch Selbsthilfearbeit und vieles mehr.

Gesundheitsland Hessen

Wir wollen eine gute, flächendeckende ambulante und stationäre Versorgung für alle Patientinnen und Patienten, gute Arbeitsbedingungen im Gesundheitswesen, eine Stärkung der Patientenrechte und einen modernen Arbeitsschutz im Gesundheitswesen erreichen. Das gilt auch für die psychiatrische und psychotherapeutische Versorgung.

Wir verstehen gesundheitliche Prävention als Querschnittsaufgabe für alle Politikbereiche. Deshalb werden wir bei allen öffentlichen Maßnahmen auch die gesundheitsbezogenen Wirkungen beachten.

Eine kluge Gesundheitspolitik blendet auch die sozialen Ursachen von Krankheit nicht aus: Armut und Arbeitslosigkeit machen viele Menschen krank. Je nach Einkommen und sozialem Status eines Menschen unterscheidet sich seine bzw. ihre Lebenserwartung derzeit um 10 Jahre. Wir wollen diesen Unterschied in Hessen senken. Konsequente Armutsbekämpfung ist deshalb auch Gesundheitsvorsorge.

Wir werden eine gute Versorgung für alle sichern. Dazu gehören gut erreichbare Krankenhäuser und eine sichere ambulante haus- und fachärztliche Versorgung in ganz Hessen. Die Kommunen müssen gestärkt werden, um sich z. B. an ärztlichen Zentren sowohl im ländlichen Raum wie in sozial benachteiligten Quartieren beteiligen zu können. Gesundheitliche Versorgung ist Daseinsvorsorge, deshalb ist dazu eine deutlich Ausweitung der Kompetenzen der Länder für Planung und Organisation der gesundheitlichen Versorgung in allen Sektoren unverzichtbar. Die Rolle des öffentlichen Gesundheitsdienstes muss gestärkt und auf die neuen Herausforderungen ausgerichtet werden. Wir wollen Hausärztinnen und -ärzte in ihrer Rolle als Lotse im Gesundheitssystem stärken und dafür ausbilden. Palliativmedizinische Angebote und Hospizarbeit haben für uns eine große Bedeutung. Die psychotherapeutische Versorgung muss dem erheblich gestiegenen Bedarf angepasst werden. Insbesondere bei Kindern und Jugendlichen sind monate- bis jahrelange Wartezeiten auf angemessene Hilfe inakzeptabel.

Vor allem die kommunalen Krankenhäuser, wesentlich unterstützt durch die freigemeinnützigen Einrichtungen, sichern die hochwertige, wirtschaftliche und flächendeckende Krankenhausversorgung in Hessen. Wir werden sie auf Grundlage eines an gesundheitspolitischen Kriterien orientierten Konzepts unterstützen und damit eine weitere Privatisierung verhindern. Das System der Fallpauschale ist dringend zu überprüfen. Für die psychiatrische Behandlung sind sie nicht angebracht.

Wir sorgen für gute Arbeitsbedingungen im Gesundheitswesen und in der Altenpflege. Dazu gehören gesetzliche Personalmindeststandards und andere Qualitätsregelungen.

1 Weiterem Personalabbau, Leiharbeit in der Pflege und ähnliche Entwicklungen werden
2 wir entschieden entgegentreten.

3
4 Wir wollen eine Stärkung der Patientenrechte. Ein Hessischer Patientenbeauftragter
5 mit angemessener Ausstattung ist Ansprechpartner und Ombudsmann in allen Fragen,
6 in denen Patientinnen und Patienten Zweifel an angemessener Versorgung haben.

7
8 Wir werden einen Entwurf für ein modernes hessisches Psychisch-Kranken-Gesetz vor-
9 legen, das dem Grundsatz Hilfe vor Zwang angemessen Rechnung trägt und endlich
10 die neue Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts angemessen umsetzt. Dazu
11 gehören auch Mindeststandards für die sozialpsychiatrischen Dienste und präventive
12 aufsuchende Hilfen.

13
14 Wir wollen in Hessen ein Gesundheitswesen, das für alle Menschen erreichbar und für
15 alle Menschen bezahlbar ist. Qualität und Wirtschaftlichkeit der Versorgung sind daher
16 zwei gleichrangige Ziele unserer Gesundheitspolitik. Wir wollen die Zwei-Klassen-
17 Medizin beenden. Um unser Gesundheitswesen leistungsfähig zu erhalten, muss es auf
18 eine gerechtere, solidarische und dauerhaft stabile Finanzierungsgrundlage gestellt
19 werden. Deshalb setzen wir uns für die Einführung der solidarischen Bürgerversiche-
20 rung ein.

21
22 Wir werden in Hessen auch die flächendeckende Versorgung mit Entbindungsstatio-
23 nen und Geburtshäusern umsetzen. In diesem Rahmen setzen wir uns auch dafür ein,
24 dass Hebammen finanziell entlastet werden, so z. B. in der Haftpflichtversicherung.

26 **Leitbild Inklusion: Politik für Menschen mit Behinderung**

27 Menschen mit Behinderung haben Anspruch auf ein selbstbestimmtes Leben in unse-
28 rer Gesellschaft und auf Unterstützung und Hilfe. Der Geltungsbereich des Hessischen
29 Gleichstellungsgesetzes muss daher auf die Kommunen ausgedehnt werden. Wir wer-
30 den mit den Betroffenen den Aktionsplan zur Umsetzung der UN-
31 Behindertenrechtskonvention weiterentwickeln und Gesetze, Erlasse und Richtlinien
32 auf ihre Übereinstimmung mit der Konvention überprüfen. Die Zusammenarbeit mit
33 Selbsthilfegruppen und –verbänden werden wir ausbauen.

34
35 Wir schaffen Barrierefreiheit für Menschen mit körperlichen, psychischen und chroni-
36 schen Einschränkungen in allen Bereichen der Landespolitik. Wir werden alle wesentli-
37 chen Veröffentlichungen des Landes auch in leichter Sprache vorhalten. Wir wollen
38 einen Rechtsanspruch auf Bescheide und Dokumente hessischer Behörden in leichter
39 Sprache einführen.

40
41 Wir werden die Frühförderung, Betreuung im Regelkindergarten und gemeinsamen
42 Unterricht in der Regelschule so weiterentwickeln, dass jedem Kind entsprechende An-
43 gebote wohnortnah zur Verfügung stehen. Dies erfordert neben der Barrierefreiheit
44 auch die Ausstattung der Bildungseinrichtungen mit den notwendigen therapeuti-
45 schen, pflgerischen und sächlichen Mitteln.

46
47 Wir setzen uns dafür ein, dass arbeitsfähige Menschen mit Behinderungen, die bei ih-
48 ren Eltern leben, bei der Höhe der Regelleistungen nach ALG II nicht schlechter gestellt
49 werden, als gleichaltrige nicht behinderte Leistungsempfänger, die ebenfalls mit ihren
50 Eltern zusammenleben.

Wir werden das Wunsch- und Wahlrecht von Menschen mit Behinderung stärken. Dazu gehört das Recht, den Wohnort selbst zu bestimmen. Dazu werden wir ein differenziertes Angebot an Wohnformen für Menschen mit Behinderung voranbringen. Auch die Wahlfreiheit zum persönlichen Budget soll gestärkt werden. Dazu bedarf es eines flächendeckenden Systems für Information, Beratung, Motivation und Begleitung.

Auch in Zukunft halten wir den Landeswohlfahrtsverband als überörtlichen Träger der Sozialhilfe, insbesondere mit seiner Zuständigkeit für die stationäre Behindertenhilfe und das betreute Wohnen, sowie als Träger der Kriegsopferfürsorge, der Schwerbehindertenhilfe und als Krankenhaus- und Einrichtungsträger für die Sicherung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Hessen für unverzichtbar.

Wir werden die politische Vertretung und die Mitspracherechte von Behinderten auf allen Ebenen stärken und ausbauen. Die Interessenvertretung von Menschen mit Behinderung soll auf allen politischen Ebenen durch die Wahl oder Berufung von Behindertenräten oder –beiräten sowie Behindertenbeauftragten gestärkt werden. Dies gilt auch für die Bildung von Psychiatriebeiräten und anderen demokratischen Formen der Mitbestimmung wie Besuchskommissionen und Beschwerdestellen. Die Struktur des Landespsychiatriebeirates ist zu überprüfen. Landesbehindertenrat und Landesbehindertenbeirat sollen zusammengeführt und angemessen ausgestattet werden. Sie schlagen den Landesbehindertenbeauftragten vor.

3.2. Sport verbindet

Sport ist mehr als nur physische Aktivität. Er ist wesentlicher Bestandteil einer gesunden Lebensführung, bereichert die Lebensqualität und schafft Gemeinschaft in hessischen Dörfern und Städten.

Sport leistet mit seiner verbindenden Wirkung einen bedeutenden Beitrag zur Inklusion. Er vereinigt Menschen verschiedenster Herkunft, jeden Alters und mit oder ohne Behinderung. Um seine vielfältigen Potentiale zur Wirkung zu bringen, kann Sportpolitik nicht nur Fachpolitik sein, sondern muss zukünftig u. a. in die Planungs-, Sozial-, Jugend-, Bildungs-, Umwelt-, Arbeits- und Gesundheitspolitik eingebunden werden.

Sport ist Bildung und trägt zur Persönlichkeitsentwicklung bei. Sportliches Engagement fördert Kreativität, Teamfähigkeit, aber auch Toleranz, Konfliktfähigkeit und leistet einen wichtigen Beitrag zum Erlernen sozialer Kompetenz und demokratischer Prinzipien. Die vorhandenen Strukturen für „Mehr Bewegung in die Kitas“ und für die Zusammenarbeit von Vorschulen, Schulen und Sportvereinen und Trägern der Erwachsenenbildung wollen wir weiterentwickeln.

Die umfassende Bedeutung des Sports erfordert ein sportfreundliches Umfeld. Daher ist es für uns wichtig, dass eine entwickelte Sportstätten-Infrastruktur, ein umfangreiches Sportangebot sowie eine zukunftsorientierte Förderung des Vereins-, Breiten- und Spitzensports sichergestellt wird. Die Erhaltung und Modernisierung vorhandener Sportstätten – barrierefrei und so weit wie möglich multifunktional – unterstützen wir genauso wie die verantwortungsvolle Erschließung neuer Räume für Sport und Bewegung.

Der Sport in den Vereinen wird nach wie vor getragen vom freiwilligen und ehrenamtlichen Engagement vieler Frauen und Männer. Gleichmaßen sind Fachkompetenzen und beruflich entwickeltes und eingesetztes Know-how unentbehrlich geworden. Beides werden wir unterstützen durch die Weiterentwicklung einer Anerkennungskultur, die Förderung von Netzwerken sowie von Maßnahmen in der Personal- und Organisationsentwicklung.

Die Förderung von Wettkampf- und Spitzensport muss jungen Menschen die Möglichkeit der freien Entwicklung ihrer Talente geben. Wir bekennen uns zum humanen Leistungssport ohne Doping.

Gleichmaßen wollen wir sicherzustellen, dass für ältere Menschen angemessene und wohnortnahe Bewegungsangebote bereitgehalten werden. Richtig dosierter Sport und richtig dosierte Bewegung dienen dem Erhalt und der Wiederherstellung der Gesundheit und der Bekämpfung von Krankheiten. Wir setzen uns dafür ein, dass Sport und Bewegung anerkannte Bestandteile des deutschen Gesundheitssystems werden.

Ehrenamt macht Spaß

Rund 36 Prozent der Bevölkerung engagieren sich ehrenamtlich, in Sportvereinen, Jugendgruppen, Seniorenbeiräten, der Kinderbetreuung und der Bildung, der Betreuung hilfebedürftiger Älterer und von Menschen mit Behinderungen, in der freien Wohlfahrtspflege und der Jugendhilfe oder den Rettungsdiensten, weil sie Freude und Bestätigung bei der Erfüllung ihrer Aufgaben finden. Dieses Engagement als Motor für Lebensqualität werden wir anerkennen, unterstützen und stärken, z. B. durch eine flächendeckende Ehrenamtsberatung vor Ort. Auch hierzu ist es wichtig, die finanzielle Handlungsfähigkeit der Kommunen etwa im Bereich des Brandschutzes, des Sports, der Kultur und der allgemeinen Vereinsförderung zu stärken.

Das Ehrenamt darf jedoch nicht überfordert werden und darf auch nicht an begrenzten eigenen Mitteln scheitern. Das setzt voraus, dass Ehrenamtliche durch hauptamtliche Strukturen unterstützt werden. Ehrenamtliches Engagement bietet einen Mehrwert für die Gesellschaft, darf aber nicht als Argument missbraucht werden, um den Abbau sozialer Infrastruktur zu rechtfertigen. Das Ehrenamt ist nicht der Ausfallbürge der öffentlichen Aufgabenwahrnehmung. Denn wir wollen, dass in Zukunft Ehrenamt Spaß macht!

Ehrenamtliches Engagement von Kindern und Jugendlichen und die Nachwuchsarbeit der Vereine kennen wir an. Wir fördern sie, indem wir die Jugendleitercard und Ehrenamts-card für Kinder und Jugendliche weiterentwickeln und der Kooperation von Schulen mit Vereinen und Verbände in unserem Ganztagschulkonzept breiten Raum und Unterstützung geben.

3.3 Gutes Wohnen für alle

Bezahlbare Wohnungen

Wohnen ist Grundbedürfnis aller Menschen in Hessen. Deshalb wollen wir, dass alle Menschen gut leben und somit wohnen können. Wohnungspolitik ist damit ein Kern-

1 bereich der Daseinsvorsorge. In Hessen ist, bedingt durch die demografische Entwick-
2 lung, die Situation in den einzelnen Landesteilen sehr unterschiedlich zu beurteilen.
3 Dem muss eine zukünftige Wohnraumentwicklung Rechnung tragen. Nach der Fördera-
4 lismusreform liegt die alleinige Verantwortung für die Wohnraumversorgung beim
5 Land Hessen. Deshalb werden wird ein Wohnraumfördergesetz vorlegen, das folgen-
6 den Kriterien gerecht wird:

- 7
- 8 • Ausbau öffentlicher Wohnbauförderung,
- 9 • Ausbau des sozialen Wohnungsneubaus und dementsprechend höhere Mittel-
- 10 zuweisung an die Kommunen,
- 11 • staatliche Förderung alternativer Wohnkonzepte wie beispielsweise „Wohnen
- 12 für Hilfe“, Mehrgenerationenhäuser,
- 13 • verpflichtende Evaluationen von Förderprogrammen und -projekten,
- 14 • Nachhaltige energetische Qualifizierung von Wohnraum bei Neu- und Umbau-
- 15 ten und
- 16 • Kooperation von Kommunen mit Energieversorgern.
- 17

18 Die Kündigungssperrfrist nach Umwandlung einer Miet- in eine Eigentumswohnung
19 darf nicht dadurch unterlaufen werden, dass die Vermieterinnen und Vermieter aus
20 „sonstigem berechtigten Interesse“ kündigen. Wir werden uns über den Bundesrat da-
21 für einsetzen, dass diese Lücke geschlossen wird. Wir wollen, dass für Gebiete mit ge-
22 fährdeter Wohnraumversorgung wieder die 10jährige Kündigungssperrfrist eingeführt
23 wird.

24
25 Für uns ist der Erhalt und Neubau von bezahlbarem Wohnraum in allen Landesteilen
26 Kernpunkt unserer Wohnungspolitik. Dazu bedarf es einer offensiven Wohnungsförde-
27 rung, die dem massiven Rückgang von Sozialwohnungen entgegen wirkt. Wir werden
28 die Zahl der jährlich zu fördernden Sozialwohnungen in der nächsten Legislaturperiode
29 verdoppeln. Diese Aufgabe wird durch eine Schwerpunktsetzung im Sondervermögen
30 „Wohnen“ der WI-Bank sichergestellt. Darüber hinaus bedarf es aber auch eines eige-
31 nen Engagements der Kommunen, in denen neue Sozialwohnungen benötigt werden.

32
33 Wir werden darüber hinaus die Einrichtung eines Landesförderprogramms für bezahl-
34 baren Wohnraum prüfen. Insbesondere in der Metropolregion Rhein-Main können sich
35 kleine und mittlere Einkommen keinen Wohnraum mehr leisten. Dem muss durch ei-
36 nen zweiten Förderweg Rechnung getragen werden.

37
38 Die SPD wird sich für die Wiedereinführung eines Wohnraumzweckentfremdungsge-
39 setzes in Hessen einsetzen. Dabei muss die Entscheidung für eine entsprechende
40 kommunale Satzung den Gemeinden überlassen bleiben. Wir werden mit geeigneten
41 landespolitischen Maßnahmen (Genehmigungsvorbehalt) einer Verdrängung von
42 Mietwohnungen durch Eigentumswohnungen begegnen.

43
44 Wir fördern Wohnen in genossenschaftlich organisierten Formen. Hier sind Bewohne-
45 rinnen und Bewohner durch ihre Anteile Eigentümer der Genossenschaft und genießen
46 dadurch tendenziell mehr Mitbestimmungsrechte. Mit dieser Beteiligung am Eigentum
47 geht ein höherer Mieterschutz einher, den es zu fördern gilt.

48
49 Wir wollen, dass Familien hinreichend großen und bezahlbaren Wohnraum finden.
50

1 Die demografische Entwicklung zwingt Wohnungswirtschaft und Stadtplanung sich
2 zukünftig auf die zunehmende Zahl älterer Menschen einzustellen. Wir wollen selbst-
3 bestimmtes Wohnen im Alter ermöglichen. In Städten und Landkreisen muss erreicht
4 werden, dass eine zukünftige kommunale Altenhilfeplanung eine kleinräumige Pla-
5 nung vorsieht, die diese Kriterien erfüllt.

7 Wir begrüßen, dass immer mehr junge Menschen den Weg in ein qualifiziertes Studi-
8 um in Hessen suchen. Deshalb setzen wir uns für den Ausbau der sozialen Infrastruktur
9 bei den Studentenwerken, insbesondere dem **Neubau von Studentenwohnungen** ein.
10 In Anbetracht der steigenden Mietpreise an den hessischen Hochschulstandorten muss
11 hier ein deutlicher Akzent gesetzt werden. Wir benötigen mindestens ein Drittel mehr
12 Wohnheimplätze als momentan vorhanden. Wir werden daher sowohl durch ein eige-
13 nes Landesprogramm als auch durch die Unterstützung privater Aktivitäten der stu-
14 dentischen Wohnungsnot entgegen wirken.

16 Die Wohnungspolitik ist ein in hohem Maße unterschätzter Politikbereich, wenn es um
17 den Einfluss auf Klimaschutz geht. Doch die Möglichkeiten, über sozialen Wohnungs-
18 bau, Förderungen von energetischen Maßnahmen und die Förderung des Einsatzes
19 von regenerativen Energien sind enorm. Wir wollen darüber hinaus Projekte fördern,
20 die direkt den persönlichen Energieverbrauch beeinflussen. Für alle öffentlichen Woh-
21 nungen müssen bereits jetzt Energiepässe erstellt werden.

23 Wir wollen auf Bundesebene Mietpreisbegrenzungen nicht nur für Bestands-, sondern
24 auch für Neuvermietungen einzuführen.

26 Öffentliche Wohnungswirtschaft

27 Wir haben gemeinsam mit den Gewerkschaften und dem Hessischen Mieterbund den
28 Verkauf der Unternehmensgruppe **Nassauische Heimstätte (NH)** verhindert. Hessen
29 braucht auch in Zukunft eine starke öffentliche Wohnungswirtschaft. Die NH leistet
30 dazu einen wesentlichen Beitrag. Wir wollen das Unternehmen der NH darin unter-
31 stützen, als Impulsgeber für eine fortschrittlich Wohnraumentwicklung in Hessen wir-
32 ken zu können. Wir streben an, die Städte und Gemeinden auch mit weiteren, eigenen
33 Gesellschafteranteilen in die Gesamtverantwortung des Unternehmens mit einzube-
34 ziehen.

36 Der NH ProjektStadt als einem der zentralen Projektentwickler in den Bereichen der
37 Integrierten Stadtentwicklung, der Innenstadtentwicklung, der Infrastrukturentwick-
38 lung im ländlichen Raum sowie in der Sozialen Stadt kommt für die konzeptionelle Ar-
39 beit eine tragende Rolle zu. Dazu zählt auch die Erarbeitung von Dienstleistungsange-
40 boten, sowie die Vernetzung von kleinräumlichen und gesamtstädtischen Klima-
41 schutzkonzepten für den Wohnungsbestand auf der Stadt-, der Quartiers- und Gebäu-
42 deebene. Das Unternehmen Nassauische Heimstätte und die NH ProjektStadt werden
43 damit ein wichtiges Instrument des Landes Hessen im Bereich des Klimaschutzes und
44 der Energiewende. Dies wollen wir erhalten und vor allem fortentwickeln.

46 Soziale Stadt

47 Unsere Politik ist auf Teilnahme und Autonomie gerichtet. Wir wollen Menschen hel-
48 fen, ihr Leben selbst in den Griff zu bekommen und ihnen dabei so viel Hilfe wie nötig

1 geben. Dazu werden wir eine am jeweiligen Sozialraum orientierte Politik voranbrin-
2 gen.

3
4 Wir werden den Kommunen bei der kleinräumigen Erstellung von Stadtteil- und Quar-
5 tierskonzepten Hilfestellung geben, um die Gestaltung von Wohnquartieren zu errei-
6 chen. Wir setzen uns für den Fortbestand des Bund-Länder-Programms „Soziale Stadt“
7 ein. Das Programm „Soziale Stadt“ soll zum Leitprogramm für alle Städtebauförder-
8 programme werden. Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf müssen auch in
9 Zukunft gezielt gefördert werden, um die Lebensbedingungen der Menschen vor Ort
10 zu verbessern und weitere Negativentwicklungen aufzuhalten. Das Programm der „So-
11 zialen Stadt“ wird dabei gezielt auf Maßnahmen im städtebaulichen, infrastrukturel-
12 len, barrierefreien und ökonomischen Bereich angewendet. Soziale Faktoren und nach-
13 barschaftliches Engagement sowie Maßnahmen der sozialen Vielfalt werden gezielt
14 gefördert. Die Basis, auf der diese Maßnahmen umgesetzt werden, ist auf kommunaler
15 Ebene angesiedelt und somit sehr bürgernah. Gefördert werden also städtebauliche,
16 stadtplanerische sowie soziale Projekte.

18 **Schutz der Mieterinnen und Mieter**

19 Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist in Zeiten rückläufiger Zahlen
20 von Eigenheimbesitzern und steigenden Zahlen von Mietverhältnissen eine zentrale
21 Aufgabe der Schutz der Mieterinnen und Mieter. Alle Zeichen sprechen dafür, dass
22 schwarz-gelbe Koalitionen die Verantwortung weiterhin auf das Individuum übertra-
23 gen wollen und bei all den Freiheitsrufen die soziale Absicherung und Verantwortung
24 der Politik gegenüber der Gesellschaft gänzlich verkennen. Doch Fragen nach überteu-
25 erten Mietpreisen, Rechten und Pflichten von Mieterinnen und Mietern gegenüber den
26 Vermieterinnen und Vermietern, Zwangslagen wie finanzielle Nöte und deren Folgen
27 u. v. m. lösen sich nicht von alleine. Eine SPD-geführte Landesregierung wird über den
28 Bundesrat einen mieterfreundlichen Mieterschutz durchsetzen.

29 Darüber hinaus unterstützen wir die Initiative, dass in Zukunft Maklerkosten nicht von
30 den Mieterinnen und Mietern, sondern von den Vermieterinnen und Vermietern getra-
31 gen werden.

4. Gutes Leben in Stadt und Land

Hessen ist Stadt und Land, beide brauchen einander. Um gleichwertige Lebensverhältnisse erreichen zu können, benötigen wir eine solidarische Partnerschaft zwischen Stadt und Land. Das Land Hessen steht den Kommunen dabei als Partner zur Seite.

Es geht darum, gute Zugänge zu Bildung, Arbeit und Kultur, verbunden mit einer guten Infrastruktur, zu erhalten. Wir werden die Anpassungs- und Entwicklungsprozesse bei der Siedlungs- und Infrastrukturentwicklung ebenso begleiten wie die Pflege und Nutzung der Kulturlandschaft. Wir stehen für eine kontinuierliche, gesicherte Finanzierung, um Handlungsspielräume und Entwicklungsmöglichkeiten zu sichern.

4.1. Den ländlichen Raum fördern

14 Jahre Schwarz-Gelb schaden dem ländlichen Raum

14 Jahre schwarz-gelbe Politik in Hessen haben auch im ländlichen Raum dunkle Spuren hinterlassen: Gemeinden, Städte und Kreise sind inzwischen chronisch unterfinanziert und hoch verschuldet, Landesbehörden und Gerichte wurden zentralisiert und verschwinden aus der Fläche und mit ihnen Kaufkraft und viele Arbeitsplätze. Die Zentralisierung von Landeseinrichtungen wollen wir stoppen und setzen uns für den Erhalt von Behördenstandorten in der Fläche ein.

Zudem wurde das Dorferneuerungsprogramm von CDU und FDP zusammengestrichen und der Zugang zu den Fördermitteln erschwert. Auch wenn sich CDU und FDP als Heilsbringer für den ländlichen Raum aufspielen: Schwarz-Gelb entzieht den Kommunen jährlich 344 Millionen Euro aus dem Kommunalen Finanzausgleich und zwingt viele mit dem Kommunalen Schutzschirm unter ein Spardiktat. Das in der Verfassung verankerte Konnexitätsprinzip wird von Schwarz-Gelb missachtet: Das Land überträgt immer mehr Aufgaben an die Kommunen, ohne die Finanzierung sicherzustellen. Um die Einnahmesituation der Kommunen dauerhaft zu verbessern, wollen wir den Kommunalen Finanzausgleich unter der Berücksichtigung der Bedürfnisse des ländlichen Raums weiterentwickeln.

Unser Ziel ist ein gerechtes Hessen: Ein Land, das partnerschaftlich mit seinen Kommunen umgeht, die politische und finanzielle Handlungsfähigkeit der Kommunen sichert und insbesondere den ländlichen Raum fördert. Denn etwa zwei Drittel der hessischen Bevölkerung lebt auf dem Land.

Gerechtes Hessen: Partnerschaft solidarisch gestalten

Wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sehen unsere Aufgabe darin, gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Räumen Hessens zu schaffen. Damit stellen wir uns auch weiterhin in die Tradition von Georg August Zinn. Viele Menschen leben gerne auf dem Land und möchten dies auch in Zukunft: Sie engagieren sich für ihre Heimat, ihre Region, für ihr Lebensumfeld.

Wir stellen für alle ländlichen Räume und zu allen politischen Handlungsfeldern, die mit der Raumentwicklung zu tun haben, Ziele und konkrete Maßnahmen auf. Diese

1 bilden den Rahmen, um daraus wiederum die für die ländliche Regionalentwicklung
2 wichtigen Infrastruktur- und Investitionsprogramme zu entwickeln.

3 „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ in allen Regionen Hessens, das ist für uns die Kon-
4 sequenz eines „gerechten Hessens“. So vielfältig der ländliche Raum ist, so vielfältig
5 sind auch die damit verbundenen Herausforderungen. Die Menschen auf dem Land
6 brauchen daher eine Politik, die regional spezifische Lösungsansätze ermöglicht und
7 gleichzeitig die Verantwortung des Landes betont. Der ländliche Raum steht in allen
8 Themenbereichen wie Arbeit, Gesundheit, Versorgung, Mobilität und Kultur vor enor-
9 men Veränderungen, die wesentlich im Demografischen Wandel begründet sind. Da-
10 her werden wir den ländlichen Raum in diesen Veränderungsprozessen unterstützen
11 und begleiten. Wir sprechen uns daher für eine Stärkung der integrierten regionalen
12 Entwicklung ländlicher Regionen aus und werden europäische, nationale, hessische
13 Förderinstrumente zur Entwicklung der ländlichen Räume einsetzen. Ebenso werden
14 wir auch sicherstellen, dass erfolgreiche LEADER-Regionen ihre Arbeit fortsetzen kön-
15 nen.

16
17 Der ländliche Raum wird von uns gefördert. Insgesamt benötigen wir aber nicht nur
18 einzelne Entwicklungs- und Förderprogramme, sondern ein ineinander greifendes Kon-
19 zept, das die verschiedenen Programme bündelt und ländliche Räume endlich in ihrer
20 Gesamtheit sieht und unterstützt. Die Zentralisierung von Landeseinrichtungen wollen
21 wir stoppen.

22 23 Öffentliche Daseinsvorsorge erhalten

24 Zentral für die Zukunftsfähigkeit ländlicher Räume sind der Erhalt, die Entwicklung und
25 die Sicherung der Lebensqualität. Die Bevölkerung hat – genauso wie in den Ballungs-
26 gebieten – das Recht auf öffentliche Daseinsvorsorge. Der Zugang zu Arbeit, Bildung,
27 Betreuung, Gesundheitsversorgung, Kultur und Sport muss möglich sein. In den ländli-
28 chen Gebieten, die eher durch Strukturschwäche, abnehmende Bevölkerung und eine
29 deutliche Altersstrukturverschiebung gekennzeichnet sind, stellt die Sicherstellung der
30 Daseinsvorsorge eine besondere Herausforderung dar. Wir werden daher diese Regio-
31 nen dabei unterstützen, Konzepte für die Sicherung der Grundversorgung und die Be-
32 reitstellung öffentlicher Infrastruktur zu erarbeiten und zu realisieren, ähnlich den An-
33 sätzen der Modellvorhaben der Raumordnung MORO, die dies bspw. im Werra-
34 Meißner-Kreis bereits erfolgreich umgesetzt haben.

35
36 Wir halten eine gute Bildungs- und Betreuungsinfrastruktur für die Gewährleistung
37 gleichwertiger Lebensverhältnisse für unverzichtbar. Wir müssen den Kindern in allen
38 Teilen Hessens die bestmögliche Bildung und Betreuung ermöglichen. Wir werden die
39 Kommunen deshalb darin unterstützen, ausreichend ganztägige und verlässliche
40 Betreuungsangebote im Bereich Krippe und Kita zu schaffen. Wir werden wohnortnahe
41 Bildungsangebote, z. B. in der Grund- und Sekundarstufe, erhalten. Mit dem „Haus der
42 Bildung“ entwickelt die SPD sie gezielt für den ländlichen Raum zu einem flächende-
43 ckenden, vollständigen Bildungsangebot weiter. Darüber hinaus wollen wir uns für
44 universitäre Strukturen einsetzen, die auch für die ländlichen Räume gezielte Angebote
45 machen. Zudem wollen wir die Universitäten beim Wissenstransfer in die ländlichen
46 Räume unterstützen.

1 **Mobilität** ist und bleibt ein Grundbedürfnis, das allen Bürgerinnen und Bürgern zu-
2 steht. Die Politik muss deshalb eine angemessene und bedarfsgerechte **Versorgung mit**
3 **öffentlichen Verkehrsangeboten** sicherstellen. Alternative, flexible Verkehrssysteme,
4 die das bestehende ÖPNV-Angebot ergänzen (z. B. Anruf-Sammel-Taxi, Rufbus, zivilge-
5 sellschaftliche Verkehrsangebote wie Fahrdienste) wollen wir besonders fördern.

6 Wichtig für die Lebensqualität im Ländlichen Raum ist besonders die flächendeckende
7 **Versorgung mit Waren und Dienstleistungen** des täglichen Bedarfs. Hierzu werden wir
8 gezielt Projekte zur Sicherstellung der Nahversorgung, z. B. durch Dorfläden und mobi-
9 ler Einkaufsgelegenheiten, fördern. Gerade bei sinkender Einwohnerzahl muss auch die
10 Infrastruktur im Bereich der Ver- und Entsorgung angepasst werden.

11 Wir werden uns der Herausforderungen des **Demografischen Wandels** annehmen.
12 Hierzu gehört die Gewährleistung einer umfassenden, **wohnnahen Gesundheitsver-**
13 **sorgung**. Hier müssen Landes- und Bundespolitik ineinander greifen und mit Akteuren
14 wie der Kassenärztlichen Vereinigung tragfähige Zukunftskonzepte erarbeiten, etwa
15 bei dem Vergütungssystem für Landärzte, der Vernetzung von Gesundheitsangeboten,
16 der Förderung primärärztlicher Versorgungszentren. Wir verstehen die Gesundheits-
17 versorgung in ländlichen Räumen auch als Teil einer ganzheitlichen Strategie, die das
18 selbstbestimmte Altern in der gewohnten Umgebung ermöglichen soll. Bei einer Alter-
19 strukturverschiebung hin zu einer deutlich älter werdenden Bevölkerung, benötigen
20 wir ein altersgerechten Umbau in den ländlichen Gebieten. Wir werden Angebote wie
21 betreutes Wohnen, dezentrale Pflege, altersgerechte Assistenzsysteme, neue Wohn-
22 formen, barrierefreie (Wohn-)Gebäude, fachqualifizierter Wohnberatung und dezen-
23 trale Lebensmittellieferung fördern und unterstützen. Dabei gilt für uns in der Pflege
24 der Grundsatz „ambulant vor stationär“. Der ländliche Raum muss Lebensraum für alle
25 Generationen bleiben: Der Dialog zwischen Jung und Alt ist insgesamt zu stärken.

27 Eine gute Internetversorgung muss als Teil der kommunalen Daseinsvorsorge aufge-
28 fasst werden, denn Breitband und Internet sind eine Grundvoraussetzung für den pri-
29 vaten Informationszugang, den Zugang zu Bildung, zu Kultur und zu Arbeitsplätzen
30 sowie Voraussetzung für die wirtschaftliche Entwicklung in ländlichen Räumen. Wir
31 werden die Hessische Gemeindeordnung dementsprechend anpassen und hessische
32 Förderprogramme weiterentwickeln. Die Verzahnung von kommunalen Fördermaß-
33 nahmen mit Landes-, Bundes- und EU-Programmen zur flächendeckenden Versorgung
34 mit einem leistungsfähigen Breitbandnetz ist unerlässlich.

36 **Arbeit, Wirtschaft und Wertschöpfungsprozesse fördern**

37 Im ländlichen Raum müssen wir **Arbeit, Wirtschaft und Wertschöpfung** sichern und
38 entwickeln, um in allen Teilen Hessens wohnortnahe Arbeitsplätze zu erhalten und zu
39 schaffen. Die Chancen des ländlichen Raums liegen dabei bei den regenerativen Ener-
40 gien, den kleinen und mittelständischen Unternehmen, der Land- und Forstwirtschaft,
41 dem Tourismus und der ortsnahe Verwaltung. Dazu gehört der Erhalt und Ausbau von
42 Bildungseinrichtungen und Infrastruktur auf dem Land sowie eine weitere Stärkung
43 des Tourismus in Hessen.

45 Ebenso finden sich Potentiale in der regionalen Vermarktung landwirtschaftlicher und
46 forstwirtschaftlicher Produkte. Wir werden daher den **Aufbau regionaler Wertschöp-**
47 **fungsketten** unterstützen und hierzu gezielte Initiativen anbieten.

1 Wichtige Zukunftsbranchen wie die Energiewirtschaft müssen in den ländlichen Räu-
2 men weiterentwickelt werden. Nur eine dezentrale Energiewende wird eine erfolgrei-
3 che Energiewende sein, die zugleich größere Wertschöpfung und mehr Arbeitsplätze
4 im ländlichen Raum entstehen lässt. Wir möchten das Potential des ländlichen Raums
5 im Bereich der Erneuerbaren Energien fördern, indem wir Kommunen die wirtschaftli-
6 che Betätigung in diesem Bereich erleichtern und eine Anlaufstelle gründen, die den
7 verschiedenen kommunalen Projekten die nötige Hilfestellung bieten. Wir setzen dabei
8 auf unterschiedliche Formen der erneuerbaren Energien unter größtmöglicher Beteili-
9 gung der Bürgerinnen und Bürger. Wir sprechen uns für den interkommunalen Aufbau
10 von Windparks sowie die wirtschaftliche Stärkung der Kommunen über die konse-
11 quente Nutzung vorhandener kommunaler Dachflächen für Solaranlagen, betrieben
12 über Bürger-Solargenossenschaften aus. Den Rückkauf und damit die (Re-
13)Kommunalisierung der Stromnetze begrüßen wir.

15 **Innenentwicklung hat Priorität**

16 Um Dörfer, Gemeinden und Städte attraktiv zu erhalten, muss die Innenentwicklung
17 durch das Land unterstützt werden. Damit Ortskerne und Stadtzentren auch in Zukunft
18 Mittelpunkt gemeinschaftlichen Zusammenlebens bleiben, benötigt jeder Ort einen
19 Kommunikationsort. Die Dorfgemeinschaftshäuser, die in Tradition von Georg August
20 Zinn die Dörfer aufgewertet haben, müssen in ihren Funktionen weiterentwickelt wer-
21 den. Wir wollen vor allem die sozialen Prozesse und Konzepte zur Belebung unterstüt-
22 zen. Dorfgemeinschaftshäuser sollen in Zukunft noch stärker als dauerhaft belebte
23 Kommunikationsorte gestaltet und wenn möglich als Multifunktionszentren (Café,
24 kleiner Laden, Veranstaltungsräume, Praxisräume, etc.) dienen.

26 Wir werden daher gezielt Förderinstrumente für die Entwicklung der Dörfer zur Verfü-
27 gung stellen. So wollen wir das Dorferneuerungsprogramm mit den Programmen der
28 einfachen Stadterneuerung neu aufstellen und die Regionalentwicklungsrichtlinien um
29 neue Instrumente erweitern, mit denen in erster Linie die Kernprobleme in ländlichen
30 Räumen zügig bewältigt werden. Dazu bedarf es auch einer ausreichenden Co-
31 Finanzierung aus Landesmitteln. Außerdem werden wir darauf achten, dass der Zu-
32 gang zum Programm erleichtert wird. In diesem Rahmen werden wir auch bürger-
33 schaftliches Engagement unterstützen und in der Ausrichtung der Förderinitiativen
34 explizit berücksichtigen.

35 Um in diesem Bereich aktiv werden zu können, ist der Denkmalschutz als strategischer
36 Partner zu gewinnen. Außerdem werden wir die energetische Sanierung sowie den al-
37 tersgerechten Umbau von Alt-Gebäudesubstanz zu einem Förderziel machen.

40 **4.2. Städtische Zentren und den Ballungsraum Rhein-Main ges- 41 talten**

43 **Gegen die soziale Spaltung**

44 Wir wollen eine Stadt- und Regionalpolitik, die die zentralen Handlungsfelder unserer
45 Ballungsräume aufgreift und in Partnerschaft mit dem ländlichen Raum gerecht löst.

1 Eines unserer wichtigsten Ziele muss es sein, der sozialen Spaltung in unseren Städten
2 entgegen zu wirken. Wir wollen die Durchmischung der Wohnviertel, die integrative
3 Stadtentwicklungsplanung und eine sozialräumlich orientierte Gemeinwesenarbeit.
4 Präventionsarbeit und Integration der verschiedenen Gruppen der Stadtgesellschaft ist
5 für uns wichtig, denn eine gelungene Integration ist die beste Präventionsarbeit und
6 sorgt für sichere Städte.

8 Wir setzen uns für bezahlbaren Wohnraum und bezahlbare Mobilität in unseren Städ-
9 ten ein. Viele Städte und insbesondere der Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main ist
10 nach wie vor von Wachstum geprägt. Dieses Wachstum auch für unterschiedliche Ziel-
11 gruppen gerecht zu gestalten, wird unsere Aufgabe sein.

13 Wichtiges Handlungsfeld auch in Großstädten ist die Verkehrspolitik. Mobilität, die
14 sich allein auf das Auto konzentriert, löst die Probleme nicht. Wir wollen integrierte
15 Verkehrssysteme, die das Umsteigen auf den öffentlichen Verkehr erleichtert. Des Wei-
16 teren setzen wir uns im Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main für einen Ausbau des
17 ÖPNV im Randgebiet ein, um hier die Verkehrsverbindungen in der Metropole zu stär-
18 ken. Wir wollen schnellere S-Bahn-Querverbindungen, die Regionaltangente West, das
19 3. Gleis Frankfurt-Friedberg, die verbesserte Anbindung an den Flughafen, Terminal 3
20 sowie die Darmstadt-Frankfurt-Wallauer-Spange.

21 Unser Einsatz für die Energiewende hat Konsequenzen auch für Großstadtpolitik, denn
22 Städte haben einen immensen Energiebedarf wie aber auch große Energieeinsparpo-
23 tentiale.

24 Wir wollen eine aktive städtische Energiepolitik sowie kommunale Erzeugergesell-
25 schaften mit Bürgerbeteiligung für Erneuerbare Energien. Wir sprechen uns für die
26 Kommunalisierung der Stromnetze aus.

28 Sozialdemokratische Stadtpolitik ist immer eine Politik mit den Bürgerinnen und Bür-
29 gern. Wir wollen den Dialog und die Teilhabe und werden auf Landesebene neue Betei-
30 ligungsmöglichkeiten wie bspw. die Einführung stadtteilbezogener Bürgerhaushalte
31 stärken. Hier können Bürgerinnen und Bürger direkt über die Verwendung von öffentli-
32 chen Mitteln in ihrem Stadtteil, ihrem Quartier mitentscheiden.

34 Die Regionen gestalten

35 Wir wissen jedoch auch, dass sich der Lebens- und Berufsalltag der Menschen stärker
36 regional orientiert. Weitere Strecken bis zum Arbeitsplatz zu pendeln, Freizeitgestal-
37 tung und der Besuch kultureller Veranstaltung in der Region sind üblich. Auch Freun-
38 deskreise werden nicht mehr nur am Wohnort gepflegt, sondern physisch und auch
39 virtuell über größere Entfernungen.

41 Insbesondere für Menschen, die in Ballungsgebiete zugezogen sind, hat häufig eher die
42 Region als die Kommune die größere Bedeutung. Gewachsene administrative Abgren-
43 zungen entsprechen diesem Alltag in der Regel nicht mehr.

45 Wir wollen diesem Sachverhalt daher in Hessen auf verschiedenen Ebenen begegnen.
46 Zum einen wissen wir um die vielfältigen Verflechtungen zwischen Städten und ihrem
47 Umland/Gemeinden des Umlandes. Wir benötigen eine adäquate finanzielle Ausstat-
48 tung in den Regionen, in den Ballungsgebieten vor allem für besondere Herausforde-
49 rungen in den Bereichen Innovation, Mobilität und Forschung.

1 In einer Politik für Städte und Regionen gestalten wir immer auch Heimat für Bürge-
2 rinnen und Bürger, hier sind die Orte an denen sich Gemeinschaft bildet. Die Identi-
3 tätsbildung ist ein wichtiger Faktor für die Entwicklung von Städten und Regionen, die-
4 se muss vor allem vor Ort geschehen. Wir unterstützen jedoch Ansätze wie bspw. in der
5 Metropolregion Frankfurt/Rhein-Main die Durchführung einer Internationalen Bauaus-
6 stellung oder einem „Rhein-Main-Tag“.

8 Darüber hinaus sind wir Sozialdemokraten in Hessen der Auffassung, dass sich die
9 Strukturen stärker den heutigen Anforderungen anpassen müssen. Wir werden daher
10 **kooperative Ansätze in Regionen und interkommunale Zusammenarbeit stärken.** Dar-
11 über hinaus sprechen wir uns dafür aus, informelle Verflechtungen stärker in formale
12 Strukturen zu überführen.

14 Die Städte und Gemeinden sollen grundsätzlich die Möglichkeit haben in eigener Ver-
15 antwortung zu bestimmen, wie und mit welchen anderen Kommunen sie ihre Aufga-
16 ben erfüllen wollen. Auch neue Zusammenschlüsse zu regionalen Verbünden sollen
17 **möglich sein.**

18 Dazu wollen wir die Landesgesetze anpassen, damit insbesondere die finanzielle Aus-
19 stattung und die Ausgleichsmechanismen die gleichen Ergebnisse erzielen wie vor den
20 Umstrukturierungsprozessen.

21 Die Verwaltungsstrukturen des Landes müssen den Menschen dienen und nicht die
22 Menschen den Strukturen. Daher wollen wir Flexibilität in den Verwaltungsstrukturen
23 des Landes. Regionalpolitik für die Metropolregion Frankfurt/Rhein-Main wird zudem
24 zwingend anders aussehen als für den Ballungsraum Kassel. Wir werden die bisherige
25 Blockadehaltung von Schwarz-Gelb beenden und auf Basis der von Stadt und Landkreis
26 Kassel geleisteten Vorarbeit die Voraussetzungen für die Bildung eines Regionalkreises
27 Kassel schaffen.

29 In der Legislaturperiode 2014-2019 streben wir eine Enquete-Kommission des Landta-
30 ges unter Beteiligung der Gewerkschaften zu einer umfassenden Staatsmodernisie-
31 rung an.

34 **Region Rhein-Main**

35 Die Metropolregion Frankfurt/Rhein-Main ist die Metropolregion, die Hessen durch
36 ihre wirtschaftlich und gesellschaftliche Dynamik prägt. Allerdings verfügt die Metro-
37 polregion nach wie vor über keinen ausreichenden organisatorischen Rahmen, daran
38 hat auch das von der CDU-FDP-Regierung in 2011 verabschiedete Metropolgesetz nichts
39 geändert.

41 Wir Sozialdemokraten fordern daher die Neuordnung der Rhein-Main-Region. Dabei
42 geht es weniger um organisatorische und räumliche Zuschnitte, sondern darum einen
43 Prozess zu organisieren, der die Zusammenarbeit in der Region stärkt. Mit der Rück-
44 nahme des Regionalkreiskonzepts hat die SPD den Weg für eine tragfähige Konsenslö-
45 sung frei gemacht.

47 Wir wollen dabei die demokratische Legitimation erhöhen und werden die Einführung
48 eines direkt von den Bürgerinnen und Bürgern gewählten „Regionalparlamentes“ vor-
49 sehen.

1 Der Regionalverband wird als Pflichtverband ausgestaltet. Es bleibt bei der bisherigen
2 Abgrenzung, aber Wiesbaden soll endlich aufgenommen werden. Für weitere Kommunen besteht die Möglichkeit beizutreten.

5 Der Regionalverband wird Steuerungsinstanz für alle regionalen Gesellschaften. Er soll
6 im Kernbereich alleine zuständig für die Regionalplanung sein, so dass Doppelzuständigkeiten, wie sie bisher der Fall waren, vermieden werden.

9 Zusätzlich soll der Regionalverband regionale Aufgaben übernehmen. Die Aufgaben
10 sind die Wirtschaftsförderung und das Standortmarketing, Energie, Verkehr und Mobilität, Landschaftsplanung, Regionalpark, Sport/Freizeit/Erholung, Kultur, Tourismusmarketing, Innovation und Wissenstransfer sowie Europa. Weitere Zuständigkeiten könnten folgen.

15 Dem Regionalverband können Kommunen außerhalb des Kernbereichs freiwillig beitreten, z. B. durch direkten Anschluss an das Planungsgebiet als auch durch Beitritt zu einzelnen Gesellschaften. Der räumliche Wirkungskreis der Gesellschaften kann daher vom Planungsbereich des Regionalverbandes abweichen.

20 Wir Sozialdemokraten halten es zudem für erforderlich, auch stärker emotional in der Metropolregion Frankfurt/Rhein-Main zusammen zu rücken. Wir benötigen viel stärker als bisher gelebt, ein gemeinsames Zukunftsbild von der Metropolregion Frankfurt/Rhein-Main, das durch die Akteure getragen und von den Menschen gelebt wird. Wir benötigen dazu einen Selbstverständigungsprozess, wie es die Durchführung einer IBA ermöglichen kann. Das Abbrechen der Vorbereitungsprozesse zur Durchführung einer IBA durch die CDU-FDP-Landesregierung war ein Fehler. Wir werden die IBA als ein wichtiges Projekt unter Federführung eines neuen Regionalverbandes Frankfurt/Rhein-Main durchführen.

33 4.3. Kommunen stärken

35 Die SPD ist die Kommunalpartei in Hessen. Wir stellen die Mehrzahl der direkt gewählten Bürgermeisterinnen, Bürgermeister, der Landrätinnen und Landräte. In Frankfurt, Kassel, Gießen, Offenbach, Hanau und Marburg regieren sozialdemokratische Oberbürgermeister bzw. Oberbürgermeisterinnen. Wir sind in den großen Städten Hessens und in den ländlichen Räumen tief verwurzelt.

41 Deshalb wissen wir: Die Politik der CDU-/FDP-Landesregierung verschärft die Probleme der kommunalen Haushalte. Hessens Kommunen tragen die Hauptlast dieser falschen Politik. Wir werden daher den Kommunen wieder eine solide finanzielle Ausstattung garantieren.

46 Das in der Verfassung verankerte Konnexitätsprinzip - wer eine Leistung bestellt, muss sie auch bezahlen - wird unter unserer Verantwortung endlich Beachtung finden. Weitere Aufgabenübertragungen und Standarderhöhungen ohne finanziellen Ausgleich wird es unter sozialdemokratischer Führung nicht geben.

1 Die Wiederherstellung der Handlungsfähigkeit unserer Städte, Gemeinden und Kreise
2 ruht auf sechs Säulen: Konsolidierung, Aufgabenüberprüfung und Effizienzsteigerung,
3 nachhaltigen Investitionen, einer gesicherten Einnahmebasis, erfolgreicher wirtschaft-
4 licher Betätigung und bürgerschaftlichem Engagement.

5
6 Wir bekennen uns zu dem Ziel ausgeglichener kommunaler Haushalte. Diese sind seit
7 Jahren strukturell unterfinanziert. Trotz engagierter Bemühungen der verantwortli-
8 chen Kommunalpolitiker konnte der Haushaltsausgleich deshalb in den meisten der
9 hessischen Städte und Gemeinden nicht erreicht werden.

10
11 Dennoch bleibt Ausgaben- und Aufgabenkontrolle selbstverständlich unabdingbar.
12 Die Einführung einer kommunalen Schuldenbremse lehnen wir, wegen der großen Be-
13 deutung kommunaler Investitionen für die Bürgerinnen und Bürger und für die örtliche
14 Wirtschaft, entschieden ab. Wir wollen die Möglichkeiten interkommunaler Zusam-
15 menarbeit verbessern, um öffentliche Leistungen effektiver zu erbringen und die Bür-
16 gerfreundlichkeit kommunaler Verwaltungen zu stärken. Dieses Ziel soll dadurch un-
17 terstützt werden, dass angemessene finanzielle Anreize zu dieser Art der Zusammen-
18 arbeit gesetzt werden.

19
20 Erforderliche Investitionen, wie zum Beispiel in Schulen, Sportanlagen, Schwimmbäder,
21 Bibliotheken, Feuerwehren und Kindertagesstätten dürfen wir auch im Sinne der Gene-
22 rationengerechtigkeit nicht auf morgen verschieben. Eine gut ausgebaute kommunale
23 soziale Infrastruktur ist auch wichtig für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, dem
24 Schutz bei familiärer Gewalt und sozialen Notlagen. Nach den zum Teil sehr schmerz-
25 haften Einsparbeschlüssen auf kommunaler Ebene ist deshalb klar, dass die Einnah-
26 memöglichkeiten der Kommunen deutlich verbessert werden müssen.

27
28 Wir werden daher die finanzielle Ausstattung der Kommunen verbessern. Den struktu-
29 rellen Entzug von über 344 Mio. Euro aus dem Kommunalen Finanzausgleich werden
30 wir im Interesse aller hessischen Städte und Gemeinden u. a. durch die Erhöhung der
31 Finanzausgleichsmasse korrigieren.

32
33 Darüber hinaus werden wir den Kommunalen Finanzausgleich so weiterentwickeln,
34 dass er sich stärker am Finanzbedarf der Kommunen orientiert.

35 Wir stehen für den Erhalt und die Sicherung der Gewerbesteuer. Auf Bundesebene
36 werden wir daher eine Initiative zur Reform der Gewerbesteuer starten, die die Gewer-
37 besteuer auf eine breitere Grundlage stellt.

38
39 Wir werden uns dafür einsetzen, dass auch der Bund seinen Beitrag zur Sicherung der
40 finanziellen Leistungsfähigkeit der Kommunen leistet. Deshalb wollen wir, dass der
41 Bund schrittweise die Kosten der Unterkunft für SGB II – Bezieherinnen und Bezieher
42 und den Kosten der Eingliederungshilfe finanziell übernimmt. Dazu werden wir im
43 Bundesrat eine entsprechende Initiative ergreifen.

44
45 Wir wollen die Voraussetzungen der Möglichkeiten wirtschaftlicher Betätigung der
46 Kommunen verbessern. Die wirtschaftliche Betätigung der Kommunen muss in ihrem
47 Aufgabenbereich erweitert werden (u. a. Energieversorgung und Verteilung, Woh-
48 nungsbau, Breitbandversorgung).

49 Bürgerinnen und Bürger haben in den vergangenen Jahren vielfältige Aufgaben zur
50 Gestaltung ihres Gemeinwesens ehrenamtlich übernommen. Wir schätzen und unter-
51 stützen diesen Einsatz. Vieles wurde dadurch überhaupt erst zusätzlich ermöglicht.

1 Dieser Einsatz darf nun aber nicht zum Abbau der sozialen Infrastruktur unter Verweis
2 auf bürgerschaftliches Engagement missbraucht werden.

3
4 Die Menschen erleben vor Ort in den Städten, Gemeinden und Kreisen unmittelbar die
5 Ergebnisse politischer Entscheidungen. Deshalb ist es uns so wichtig, die Handlungs-
6 möglichkeiten der Kommunen auf allen Feldern zu stärken. Nach unserem Verständnis
7 haben z. B. auch die Kommunen das Recht, einen Beitrag zur Entwicklungszusammen-
8 arbeit zu leisten.

9
10 Für eine gute kommunale Entwicklung, auch zur Sicherung und Schaffung von Ar-
11beitsplätzen, ist eine nachhaltige kommunale Investitionspolitik auf der Grundlage
12 ausreichender Einnahmen und solider Haushaltsführung unverzichtbar.

13
14 Damit die Bürgerinnen und Bürger die Ergebnisse unserer Politik auch überprüfen kön-
15nen, wollen wir für mehr Transparenz sorgen. Deshalb werden wir Informationen über
16 den Stand und die Entwicklungen in den verschiedenen Handlungsfeldern vorlegen, bei
17 dem die wichtigsten Entwicklungen mit messbaren Ergebnissen versehen sind. Dies
18 können neben üblichen Statistiken auch Indikatoren für die ökonomische, ökologische
19 und die soziale Entwicklung sein. Für die Kommunen wird die bisherige Kommunalsta-
20tistik in Richtung einer solchen dreidimensionalen (Ökologie, Ökonomie, Gesellschaft /
21 Soziales) Berichterstattung weiterentwickelt.

5. Hessens demokratische und liberale Tradition stärken

5.1 Solidarisches Zusammenleben und Gleichberechtigung

Ein Schlüssel zum solidarischen Zusammenleben aller Menschen in Hessen ist die Gleichberechtigung von Mann und Frau und der Abbau von Diskriminierung. Nach wie vor werden Frauen in wichtigen Bereichen unserer Gesellschaft benachteiligt. Die CDU-geführte Landesregierung hat in den letzten 14 Jahren dafür gesorgt, dass sich daran nichts ändert: Die Frauenförderung wurde weiter zurückgefahren. Angebote zum Wiedereinstieg in den Beruf wurden gestrichen. Beratungs- und Hilfsangebote wie Frauenhäuser und Schwangerenkonfliktberatung wurden massiv gekürzt.

Die CDU hält im Bund wie in Hessen weiter an der „Versorgerehe“ fest, wie sich etwa an der neuen Arbeitsmarkt-Fernhalteprämie, dem Betreuungsgeld, zeigt.

Unser Sozialstaat erwartet aber von jeder erwerbstätigen Person bis zum Rentenalter Erwerbstätigkeit. Dies setzt eine partnerschaftliche, egalitäre Aufgabenteilung in der Ehe voraus. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie muss deshalb Angelegenheit von beiden Elternteilen werden. Wir nehmen nicht länger hin, dass Erwerbsunterbrechungen, Teilzeitarbeit und Minijobs das Armutsrisiko von Frauen erhöhen.

Nach wie vor verdienen Frauen für gleichwertige Arbeit fast ein viertel weniger als Männer. Wir stehen zum Grundsatz „Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit.“ In Zusammenarbeit mit Wirtschaft und Tarifparteien werden wir Kampagnen für Lohn-gleichheit zwischen Frauen und Männern und für mehr Frauen in Führungsfunktionen durchführen. Wir setzen uns im Bund für die Einführung eines Entgeltgleichheitsgesetzes ein. Zugleich unterstützen wir eine bessere Entlohnung in den typischen „Frauenberufen“. Die von der SPD geforderte Einführung eines allgemeinen gesetzlichen Mindestlohns wird vor allem im von Frauenarbeit dominierten Niedriglohnsektor den schlimmsten Auswüchsen einen Riegel vorschieben.

Wir setzen uns für die Abschaffung des Ehegattensplittings ein. Von ihm profitieren hauptsächlich Gutverdiener-Ehen mit traditioneller Rollenteilung. Deshalb fordern wir eine Reformierung der Einkommensbesteuerung mit dem Ziel einer Individualbesteuerung.

5.1.1 Ein neuer frauenpolitischer Aufbruch für Hessen ist notwendig!

Wir wollen eine emanzipative Frauenpolitik, die in allen gesellschaftlichen Bereichen für Geschlechtergerechtigkeit sorgt. Die Frauenperspektive muss in allen Politikbereichen eingebracht werden und erkennbar sein. Frauenpolitik ist Querschnittsaufgabe, Frauenförderung ist Führungsaufgabe. Wir stehen hinter der Gleichheitspolitik der EU und unterstützen die Strategien des Gender-Mainstreaming und des Gender-Budgeting in der Landespolitik sowie eine geschlechtersensible Haushaltsführung in Kreisen und Kommunen. Alle Gesetzesinitiativen müssen nach Genderaspekten überprüft werden.

1 Wir setzen uns auch zukünftig dafür ein, dass das alte Rollenbild in der Gesellschaft
2 aufgebrochen wird. Ohne die Änderung der gesellschaftspolitischen und gesetzlichen
3 Rahmenbedingungen kann Diskriminierung nicht überwunden werden. Dies beinhaltet
4 auch, dass wir dafür Sorge tragen, dass Männer bislang weiblich geprägte Berufe
5 der Erziehung und Pflege ergreifen und Frauen sich stärker in „typisch männliche“ Be-
6 rufe wagen.

7 Im ständigen Dialog mit den in den Verbänden, Gewerkschaften, Kommunen und Insti-
8 tutionen aktiven Frauen wollen wir eine Wahl- und Gestaltungsfreiheit von Frauen für
9 alle Phasen des Lebensverlaufs erreichen. Denn nach wie vor sind Frauen jeden Alters
10 und in jeder Lebenssituation von den Nachteilen der Geschlechterungerechtigkeit be-
11 troffen.

12 Wir fördern eine emanzipatorische Jugendarbeit für Mädchen, weil zur Persönlich-
13 keitsentwicklung junger Frauen geschützte Räume notwendig sind, und fördern eine
14 Jungenarbeit, die frühzeitig überkommene Geschlechterklischees aufbricht.

15 Wir wollen den Wiedereinstieg in den Beruf nach Pflege- oder Erziehungsphasen er-
16 leichtern. Die berufliche Förderung von Frauen in ländlichen Regionen unterstützen
17 wir. Wir helfen Frauen mit Behinderung, indem wir die Schaffung von barrierefreien
18 Arbeitsplätzen unterstützen. Und wir erarbeiten ein Integrationsprogramm, das die
19 speziellen Lebenslagen von zugewanderten Frauen und Mädchen berücksichtigt und
20 sie durch Sprach- und Integrationskurse unterstützt. Frauenbildungsprojekte und
21 Frauennetzwerke fördern wir auf verlässlicher Basis.

22 Wir werden das Hessische Gleichberechtigungsgesetz (HGIG) wieder zu einem zeitge-
23 mäßen Instrument der qualitativen Frauenförderung und Personalplanung im öffentli-
24 chen Dienst machen. Die Vorschriften müssen verbindlicher werden und den Frauen-
25 beauftragten konkrete Sanktionsmöglichkeiten eröffnen. Eine Stärkung der Frauenbe-
26 auftragten, eine angemessene Ausstattung sowie Kontrollmechanismen müssen im
27 HGIG festgeschrieben und der Geltungsbereich des Gesetzes erweitert werden.

28 Wir wollen, dass bei der Besetzung von allen Gremien Frauen entsprechend repräsen-
29 tiert sind. Wir setzen uns auf Bundesebene für die Einführung gesetzlicher Frauenquo-
30 ten in Aufsichtsräten und Vorständen ein. Zur Erhöhung des Frauenanteils in Kommu-
31 nalparlamenten wollen wir Möglichkeiten zur Einführung von Frauenquoten im Kom-
32 munalwahlgesetz überprüfen.

33 Die paritätische Besetzung von Positionen ist gleichzeitig auch integraler Bestandteil
34 unserer Regierungspolitik. Wir sind uns als SPD unserer eigenen Vorbildfunktion be-
35 wusst und werden daher unseren Anspruch bei der eigenen Besetzung von politischen
36 Ämtern, Gremien, öffentlichen Aufsichtsräten und wichtigen Positionen entsprechend
37 umsetzen.

38 Auch an den hessischen Hochschulen muss der Anteil der weiblichen Führungskräfte
39 ausgebaut werden. Obwohl der Anteil von Frauen an den Studierenden ständig gestie-
40 gen ist, sind Professorinnen immer noch eher Ausnahme denn Regel. Wir werden weib-
41 liche Führungskräfte an den hessischen Hochschulen gezielt fördern und setzen uns
42 darüber hinaus für eine Frauenquote bei der Besetzung der Leitungsebenen der Hoch-
43 schulen ein.

44
45 Wir bekämpfen Gewalt gegen Frauen konsequent. Wir treten für einen Rechtsanspruch
46 für von Gewalt betroffene Frauen und Kinder auf Schutz, Zuflucht, Beratung und Un-
47 terstützung ein. Die Präventions-, Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit, die sich mit Ge-
48 walt gegen Frauen befasst, soll verstärkt werden. Unser Augenmerk gilt auch den von

1 Gewalt betroffenen Frauen und Mädchen mit Behinderungen. Hierfür bedarf es beson-
2 derer Hilfsangebote.

3 Die Gewalt gegen Frauen wirkt sich immer auch auf die in der Familie lebenden Kinder
4 aus. Sie benötigen ebenfalls die Einbeziehung in besondere Schutz- und Beratungsset-
5 tings. Hier brauchen wir den Ausbau der Absprachen zwischen den Einrichtungen der
6 Frauenhäuser und der Jugendhilfe.

7 Polizeibeamtinnen und -beamten wollen wir für Maßnahmen zur Verhinderung von
8 häuslicher Gewalt qualifizieren.

9 Wir treten dafür ein, dass die Genitalverstümmelung bei Frauen zum Straftatbestand
10 wird, und wollen Hilfsangebote für Opfer von Menschenhandel verstärken.

11 12 13 **5.2. Für ein tolerantes Hessen**

14 Hessen hat lange genug unter einer Politik der Intoleranz gelitten. Die Ablehnung von
15 Minderheiten ist Stilmittel der konservativ-liberalen Landesregierung gewesen. Damit
16 wird Schluss sein.

17
18 Wir wollen eine Politik der Toleranz in Hessen. Deshalb streiten wir für eine weltoffene
19 Haltung gerade in Fragen der sexuellen Identität. Eine SPD geführte Landesregierung
20 wird einen Aktionsplan gegen sexuelle Diskriminierung in Hessen einführen. Es ist die
21 Aufgabe moderner Gesellschaften, Diskriminierungen und Ausgrenzungen aufgrund
22 von Geschlecht, sexueller Identität, Alter, Lebensweise, ethnischer Herkunft und Welt-
23 anschauung entgegenzuwirken. Hessen als eine der führenden Regionen Europas muss
24 wieder tolerant und weltoffen geführt werden. Und dafür steht die SPD.

25
26 Wir stehen für eine tolerante und offene Gesellschaft, in der die Menschen ihr Leben
27 unabhängig von ihrer sexuellen Identität gleichberechtigt gestalten können. Deshalb
28 werden wir uns für eine Gleichbehandlung aller Lebensgemeinschaften stark machen.
29 Das gilt auch für die hessischen Beamtinnen und Beamten. Der Familienzuschlag muss
30 seit Einführung des Lebenspartnerschaftsgesetzes 2001 rückwirkend gewährt werden.

31
32 Eine SPD geführte Landesregierung wird sich zudem für eine Ergänzung des Antidis-
33 kriminierungsartikels 3 Abs. 3 des Grundgesetzes, sowie Art. 1 des Hessischen Verfas-
34 sung um dem Zusatz „der sexuellen Identität“ einsetzen.

35
36 Die hessischen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stehen für Weltoffenheit
37 und Menschenrechte. Deswegen ist es selbstverständlich, dass wir uns der Berliner Ini-
38 tiative zur Rehabilitation der Menschen, die nach 1945 nach dem § 175 StGB verurteilt
39 worden sind, anschließen werden.

40
41 Die Grundlagen für ein tolerantes Miteinander werden früh gelegt. In den Schulen sol-
42 len alle Lebensweisen wertneutral vermittelt werden, mit dem Ziel sexuelle Diskrimi-
43 nierung zu ächten. Zur sozialen Kompetenz gehört die Fähigkeit, unterschiedliche Le-
44 bensentwürfe, Beziehungsformen und sexuelle Identitäten zu akzeptieren. Wir werden
45 hier die Umsetzung der Bildungs- und Unterrichtsrichtlinien zum Thema „Homosexua-
46 lität“ einleiten. Hierbei setzen wir gleichermaßen auf die Förderung der Zusammenar-
47 beit und Vernetzung zwischen Schulen, Universitäten, Organisationen, Jugendhilfe und
48 Eltern. Weiterhin wollen wir eine qualifizierte Ansprechperson für Schülerinnen und
49 Schüler in den Schulen. Daher wollen wir Fortbildung für Lehrerinnen und Lehrer, Sozi-

1 alarbeiterinnen und Sozialarbeiter sowie Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen.
2 Ferner werden wir für eine frühkindliche weltoffene Wertevermittlung sorgen.
3 Wir wollen jungen Menschen in der Phase der Selbstfindung ihrer sexuellen Identität
4 helfen, diese diskriminierungsfrei zu erleben. Dazu sollen auch im ländlichen Raum
5 Möglichkeiten für Beratung und Begleitung in diesem Prozess geschaffen werden.

6
7 Wir wollen Beratungsangebote bei Diskriminierungen am Arbeitsplatz, bei Arbeitslo-
8 sigkeit und zur Erlangung beruflicher Selbstständigkeit fördern.

9
10 Wir werden uns zudem für ein würdiges Leben im Alter für Lesben, Schwule, Bisexuelle
11 und Transgender (LSBT) einsetzen. Es ist nicht hinzunehmen, dass Menschen im Alter
12 auf Grund ihrer sexuellen Orientierung wieder diskriminiert werden.

13
14 Regenbogenfamilien sind in Hessen keine Ausnahme, in der Bundesrepublik Deutsch-
15 land gibt es derzeit rund 700 000 Kinder in LSBT Familien. Die Stiefkindadoption er-
16 möglicht den gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerinnen und -partnern Verantwor-
17 tung für ein Kind zu übernehmen. Leider gibt es immer wieder Hindernisse für LSBT
18 Familien in unserer Gesellschaft. Auch eine normale Adoption ist derzeit nicht möglich,
19 deshalb brauchen wir ein volles Adoptionsrecht für eingetragene Lebenspartnerinnen
20 und -partner.

21
22 Darüber hinaus wird sich eine SPD-geführte Landesregierung dafür einsetzen, die voll-
23 ständige Gleichstellung von Lebenspartnerschaften mit der Ehe zu erreichen. Die SPD
24 setzt sich für die Öffnung der Ehe auch für gleichgeschlechtliche Paare ein. Ehe – als
25 gesellschaftliche Institution und Organisation des Zusammenlebens – muss heterose-
26 xuelle wie homosexuelle Paare umfassen.

27 28 29 **5.3. Weltoffenes Hessen**

30 **14 Jahre vergebene Chancen für die Integration**

31 Integrationspolitik reduziert sich unter der amtierenden Landesregierung auf eine Mi-
32 schung aus einzelnen Schaufensterprojekten bei gleichzeitiger Stagnation in den zent-
33 ralen Bereichen. Beispielhaft hierfür sind etwa die „Modellregionen Integration“. Die
34 vielleicht positiven Erkenntnisse aus den Modellregionen können nur dann hilfreich
35 sein, wenn sie in eine langfristige Politik umgesetzt werden und Kommunen und freie
36 Träger finanziell vom Land dabei unterstützt werden. All dies ist in Hessen nicht er-
37 kennbar. Die Integrationspolitik der Landesregierung ist auf medienwirksame Projekt-
38 finanzierung beschränkt, es geht mehr um Eigenvermarktung als um dauerhaften Er-
39 folg. Die ausländerfeindliche Kampagne der Hessen-CDU von 1999, an der sich auch
40 der amtierende Ministerpräsident beteiligt hat, bleibt unvergessen.

41 Die endlosen Verzögerungen bei der Einführung des bekenntnisorientierten islami-
42 schen Religionsunterrichts zeigen beispielhaft die Handlungsunfähigkeit der Landesre-
43 gierung in Integrationsfragen auf. Insbesondere der starke rechtskonservative Flügel
44 der Hessen-CDU stemmt sich gegen nahezu jede Maßnahme für erfolgreiche Integrati-
45 on in Hessen und hängt wie ein "Klotz am Bein" einer offenen Gesellschaft.

Mehr Integration für Hessen - Unser Grundverständnis

Integration ist eine Aufgabe, die sich nicht nur Menschen mit Migrationshintergrund stellt – alle Menschen sehen sich vor der Aufgabe, einen eigenen Platz in unserer Gesellschaft zu finden.

Bezogen auf Migration ist Integration die Verständigung und der Interessenausgleich zwischen lang ansässiger Bevölkerung und den in sich wiederum sehr unterschiedlichen Gruppen von Zuwanderern über die Grundlagen, Formen und Regeln des Zusammenlebens. Ihre Grundlagen sind Gleichberechtigung, Toleranz, gegenseitiger Respekt und die Anerkennung von eigenständiger kultureller Identität und Diversität.

Menschen mit Migrationshintergrund müssen die Chance zur gleichberechtigten aktiven Teilhabe am gesamten politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Leben der Gesellschaft auf allen gesellschaftlichen und staatlichen Ebenen haben. Unser Ziel ist das gleichberechtigte, von gegenseitiger Wertschätzung geprägte Zusammenleben aller Menschen unabhängig von Herkunft, Religion, Geschlecht, sexueller Identität und sozialem Hintergrund in einer am Grundgesetz ausgerichteten Rechts- und Wertegemeinschaft, die für Einheimische und Zugezogene die selbstverständliche Grundlage für ein freiheitliches Zusammenleben bilden muss.

Integration ist keine Einbahnstraße. Damit Integration gelingt, sind beide Seiten in der Verantwortung. Sie müssen die Voraussetzungen für Austausch und Teilhabe Aller gemeinsam schaffen. Integration ist also ein wechselseitiger Prozess, der alle Teile der Bevölkerung und alle gesellschaftlichen und staatlichen Ebenen, Institutionen und Organisationen erfassen muss.

Die meisten Probleme, denen sich Menschen mit Migrationshintergrund konfrontiert sehen und die das gleichberechtigte Zusammenleben nach wie vor erschweren, entspringen deren sozioökonomischer und soziokultureller Lage. Dies ist bedeutsam für die Frage des richtigen Ansatzes einer sinnvollen Integrationspolitik.

Zur konsequenten Umsetzung unserer integrationspolitischen Konzepte wollen wir eine verbindliche landesgesetzliche Grundlage schaffen.

Integration durch Bildung und Sprache

Unsere Integrationspolitik setzt einen Schwerpunkt bei Kindern und Jugendlichen. Möglichst frühe und individuelle Förderung von Kindern in gut ausgestatteten Einrichtungen der frühkindlichen Betreuung, Erziehung und Bildung ist eine wesentliche Voraussetzung dafür, dass späterer Bildungsmisserfolg vermieden werden und jedes Kind seine Begabungen und Neigungen voll entfalten kann. Wir unterstützen deshalb den verstärkten und möglichst frühen Besuch von Kindern mit Migrationshintergrund in Einrichtungen der frühkindlichen Bildung. Er ist sowohl unter dem Aspekt der sozialen Integration als auch unter dem Aspekt des zukünftigen Bildungserfolgs dringend erforderlich. Wir wollen die gezielte Ansprache und verstärkte Beratung der Eltern und verbesserte Eltern- und Familienbildung und eine stärkere Einbeziehung der Eltern in die Arbeit der Einrichtungen anregen.

In Hessen gibt es eine Vielzahl von Kindern aus unterschiedlichen Herkunftsländern. Das gemeinsame Lernen all dieser Kinder in den Kindergartengruppen und Schulklassen ist alltägliche Realität. Wir wollen die Lehrerinnen und Lehrer sowie die Fachkräfte in den Kitas dabei unterstützen, sich das Know-how für den täglichen Umgang mit unterschiedlichen Kulturen, Religionen und Mentalitäten anzueignen. Wir werden interkulturelle Kompetenz und Mehrsprachigkeit zu einem Schwerpunkt der Lehrer- und

1 Erzieheraus- und -fortbildung machen und Anstrengungen unternehmen, um mehr
2 Lehr- und Erziehungskräfte mit Migrationshintergrund zu gewinnen.

3 Die Beherrschung der deutschen Sprache ist eine zentrale Voraussetzung für Integrati-
4 on. Unser Ziel ist es, dass Angebote zur Sprachförderung für alle Kinder bedarfsgerecht
5 in den Alltag der Kindertagesstätten und der Schuleingangsstufe integriert entwickelt
6 werden.

7 Mehrsprachigkeit ist die kulturelle Realität vieler Kinder und der Einrichtungen insge-
8 samt. Wir betrachten sie nicht als Problem, sondern vorrangig als Chance: Die sichere
9 Beherrschung von zwei Sprachen ist eine wesentliche Ressource für zukünftigen per-
10 sönlichen und beruflichen Erfolg. Wir wollen deshalb, dass Mehrsprachigkeit in der Ar-
11 beit der Einrichtungen nicht lediglich geduldet, sondern ermutigt und gefördert wird.
12 Die SPD spricht sich daher in ihrem Schulgesetzentwurf dafür aus, Herkunftssprachen
13 im Rahmen des Regelunterrichts anzubieten.

14 Außerdem wollen wir für die Fachkräfte in den Einrichtungen entsprechende Schu-
15 lungsangebote bereitstellen. Insgesamt wollen wir, dass die pädagogische Praxis in
16 den Einrichtungen auf mehr Sprach- und Lesefreude und -kompetenz ausgerichtet
17 wird.

18 Zentral für das Gelingen von Integration von Kindern und Jugendlichen mit Migrati-
19 onshintergrund ist ein Ende der aussondernden, trennenden Schulpolitik von CDU und
20 FDP. Das SPD-Schulkonzept „Haus der Bildung“ ermöglicht es den Schulen besser, auf
21 die individuellen Bedürfnisse der Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund
22 einzugehen und erleichtert den Übergang von der Kita in die Schule und von der Schule
23 in den Beruf. Es ermöglicht über ein flächendeckendes Angebot von Ganztagschulen
24 und die Verzahnung mit der Jugendsozialarbeit, alle Kinder zu fördern und Schulabbrü-
25 che und schulisches Scheitern von vornherein zu vermeiden. Unser Ziel: Kein Kind wird
26 mehr zurückgelassen.

28 **Zugangschancen zum Arbeitsmarkt verbessern**

29 Eine weitere zentrale Aufgabe unserer Integrationspolitik ist die gezielte Förderung
30 von Ausbildungs- und Arbeitsmarktchancen von Jugendlichen und jungen Erwachse-
31 nen aus Migrantenfamilien. Unser besonderes Augenmerk gilt dabei dem erfolgreichen
32 Übergang von der schulischen in die berufliche Ausbildung. Dabei hilft unser Pro-
33 gramm „Jugendarbeitslosigkeit Null“. Wir forcieren die abschlussorientierte Nachquali-
34 fizierung so genannter „Altfälle“. Jungen Erwachsenen ohne Schul- oder Berufsab-
35 schluss wollen wir neue Chance eröffnen, um zum Beispiel einen Schulabschluss nach-
36 zuholen.

37
38 Der Zugang zum Arbeitsmarkt muss für die dringend benötigten Personen erleichtert
39 werden, die ihre Berufsabschlüsse im Ausland erworben haben und nun in Deutsch-
40 land arbeiten wollen. Das „Berufsqualifikationsfeststellungsgesetz“ des Bundes, das
41 für die erleichterte Anerkennung ausländischer Abschlüsse sorgen soll, ist dabei nur ein
42 erster Schritt. Eine Anlaufstelle, die Betroffenen erste Informationen und Unterstüt-
43 zung bietet, fehlt. Wir haben für das entsprechende Landesgesetz und somit für die in
44 die Zuständigkeit der Länder fallenden Berufe gefordert, einen Beratungsanspruch si-
45 cherzustellen und den Betroffenen auch bei Nichtanerkennung Möglichkeiten für die
46 erforderlichen Anpassungs- und Nachqualifizierungsmaßnahmen zu eröffnen. Die
47 Hessische Landesregierung hat diese Änderungsvorschläge der SPD dem Gesetzent-

wurf übernommen. Damit ist eine gute Lösung erreicht worden. Wir werden die Umsetzung des Gesetzes kritisch begleiten.

Wir setzen uns mit Nachdruck für eine interkulturelle Öffnung der Verwaltung ein. Der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund ist im öffentlichen Dienst gemessen an ihrem Anteil an der Erwerbsbevölkerung sehr gering. Wenn sie denn in der Verwaltung tätig sind, besetzen sie nur sehr selten Führungspositionen. Wir wollen deshalb, dass Ausschreibungsverfahren entsprechend ausgestaltet werden. Zudem muss das Personal grundsätzlich eine Qualifizierung im Bereich der interkulturellen Kompetenz erhalten.

Diskriminierung, Rassismus und Antisemitismus, Hass und Gewalt konsequent bekämpfen

Das geltende Aufenthalts- und Staatsangehörigkeitsrecht wirkt nach wie vor integrationshemmend bzw. -verhindernd. Wir wollen, dass ordnungsbehördliche und integrative Maßnahmen so ausgestaltet werden, dass den betroffenen Menschen der Zugang erleichtert wird und sie sich willkommen fühlen.

Diskriminierung, Rassismus, Hass und Gewalt können sich unabhängig vom sozialen Status gegen jeden Menschen mit Migrationshintergrund richten. Wir werden diskriminierende rechtliche und tatsächliche Barrieren für das gleichberechtigte Miteinander abbauen und fremdenfeindlichen und rassistischen Einstellungen in der Bevölkerung entgegen wirken. Die konsequente Bekämpfung und Verfolgung von Diskriminierung, Rassismus und Antisemitismus, Gewalt und Terror ist ein elementarer Bestandteil von Integrationspolitik.

Wir werden ein Landesantidiskriminierungsgesetz vorlegen, um sicherzustellen, dass sich Betroffene auch in Bereichen rechtlich besser zur Wehr setzen können, die nicht vom Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) des Bundes abgedeckt sind, wie beispielsweise im öffentlichen Bildungsbereich.

Flüchtlinge

Niemand flieht freiwillig. Viele Menschen verlassen ihr Heimatland, weil sie dort verfolgt, misshandelt oder gefoltert werden oder sie vor Bürgerkrieg, Hunger und Naturkatastrophen, (auch nicht-staatlicher) geschlechtsspezifischer Verfolgung oder vor drückender wirtschaftlicher Not flüchten müssen. Die hessische Flüchtlingspolitik ist jedoch nach wie vor von sehr restriktiven Ansätzen geprägt.

Die Residenzpflicht für Asylbewerberinnen und -bewerber hat die Integration bislang stark beeinträchtigt. Für die Pflege sozialer und familiärer Kontakte, aber auch für die Möglichkeit der Arbeitsaufnahme setzt sie mitunter hohe bürokratische Hürden. Wir setzen uns für länderübergreifende Regelungen sowie eine bundesweite Aufhebung der Residenzpflicht ein.

Gerade beim Personenkreis der Geduldeten handelt es sich vielfach um qualifizierte Arbeitskräfte, die heute dringend benötigt werden. Ihnen wird derzeit über Jahre der Zugang zum Arbeitsmarkt verwehrt. Wir wollen Geduldeten den Zugang zu Beschäftigung erleichtern.

Wir wollen Ausländerbehörden zu Integrationsbehörden entwickeln, die Betroffenen auch als Servicestelle dienen können. Wir setzen uns außerdem für eine umfassende Neuregelung des Aufenthaltsrechts ein, die unter anderem auch Langzeitgeduldeten einen schnelleren Weg zur Erlangung eines rechtmäßigen Aufenthaltstitels ermöglicht. Nur Menschen, die hier eine verlässliche Perspektive haben, können auch erfolgreich integriert werden.

Politische Teilhabe als Schlüssel

Gleichberechtigung setzt politische Teilhabe voraus, durch politische Teilhabe wird Gleichberechtigung realisiert. Wir wollen das kommunale Wahlrecht für alle hier lebenden Menschen einführen und die Ungleichbehandlung zwischen EU-Bürgerinnen und -Bürger und den Menschen aus Nicht-EU Staaten beenden.

Ausländerbeiräte sind als die einzige gewählte und daher demokratisch legitimierte Vertretung der Menschen ohne deutschen Pass wichtige Ansprechpartner für Politik und Gesellschaft. Deshalb setzen wir uns für eine Erweiterung der Rechte der Ausländerbeiräte in der Hessischen Gemeindeordnung ein. Solange es strukturelle Benachteiligungen und akute Diskriminierungen von Ausländerinnen und Ausländern gibt, sind die Beiräte eine Notwendigkeit und ein Element von praktischer politischer Teilhabe.

Eine weitere Möglichkeit der politischen Teilhabe ist die Einbürgerung. Nur durch Einbürgerung öffnet sich der Weg zu allen politischen Rechten. Wir ermutigen deshalb alle Menschen mit nichtdeutscher Staatsangehörigkeit, die ihren Lebensmittelpunkt auf Dauer in Deutschland sehen, diesen Weg zu gehen. Wir kämpfen dafür, dass die Hürden auf diesem Weg beseitigt werden, die doppelte Staatsangehörigkeit möglich gemacht und der Optionszwang abgeschafft wird. Die bisherige Entscheidungspflicht beim Erreichen der Volljährigkeit schafft einen unzumutbaren Verwaltungsaufwand. Außerdem führt sie zu Loyalitäts- und Identitätskonflikten.

Der Islam - ein Bestandteil Deutschlands

Der Islam als Religion, die religiösen islamischen Gemeinschaften und Verbände und die vielen Muslime sind für uns ein selbstverständlicher Bestandteil der deutschen Gesellschaft.

Wir befürworten die Einführung eines islamischen Religionsunterrichts als Ausdruck der verfassungsrechtlich garantierten Gleichbehandlung aller Religionen durch den Staat. Wir wollen durch den Ausbau von Studiengängen für islamische Theologie die Ausbildung muslimischer Geistlicher in Deutschland erleichtern.

Des Weiteren setzen wir uns dafür ein, dass auch bei Bestattungen die jeweiligen kulturellen und religiösen Überzeugungen akzeptiert werden müssen.

Kultursensibler Umgang mit älteren Migrantinnen und Migranten

Der Anteil älterer Migrantinnen und Migranten nimmt kontinuierlich zu. Dies darf von der Politik nicht ignoriert werden. Wir wollen zu einer Versorgung beitragen, die kultursensibel unterschiedliche Lebenswege und Situationen berücksichtigt. Besonders setzen wir uns für mehr interkulturelle Sensibilität bei Krankheit und Pflegebedürftigkeit ein.

Die Mehrheitsgesellschaft einbinden

Der Prozess der Integration bedeutet für uns als SPD die zeitgemäße Ausgestaltung unserer pluralistischen Gesellschaft. Dieser Prozess wird sich nur dann zum Wohle aller positiv auswirken, wenn alle Beteiligten sich auf gleicher Augenhöhe begegnen. Darauf arbeiten wir hin.

5.4 Liberales und sicheres Hessen

Datenschutz

Hessen galt unter einer SPD-geführten Regierung lange Zeit als Vorreiter im Datenschutz. Auf Initiative der SPD ist es gelungen, die Kontrolle in Datenschutzfragen insgesamt beim Hessischen Datenschutzbeauftragten zu konzentrieren.

Durch die moderne Technik werden immer mehr Daten von Unternehmen, aber auch der öffentlichen Verwaltung erhoben. Dadurch ergeben sich neue Herausforderungen für den Datenschutz. Notwendig ist eine Modernisierung der gesetzlichen Regelungen. Dies gilt gegenüber dem Staat, gegenüber wirtschaftlichen Interessen, aber auch im zwischenmenschlichen Bereich, wie die aktuelle Diskussion um Soziale Netzwerke, Internetplattformen oder die Möglichkeit der privaten Überwachung durch Handy-Ortung zeigen. Bei der Ausgestaltung von IT-Verfahren des Staates sind Datensparsamkeit und „privacy by design“ immer wichtigere Gestaltungsmomente, die nicht zum Selbstzweck werden dürfen. Der Staat muss jederzeit in der Lage sein, auch tatsächlich die Sicherheit der von ihm erhobenen und verarbeiteten Bürgerdaten gewährleisten und eine zweckwidrige Verwendung ausschließen zu können. Deshalb ist jegliche Nutzung von Cloud-Computing kritisch zu prüfen. Aber auch Bürgerinnen und Bürger müssen mit ihren Daten sensibler umgehen. Deshalb muss die Kompetenz vermittelt werden, bei der Nutzung der modernen Techniken und sozialen Medien die eigenen Interessen zum Schutz ihres Rechts auf informationelle Selbstbestimmung verantwortungsbewusst wahrzunehmen sowie die Rechte anderer zu achten.

Wir wollen die Rechte der Bürgerinnen und Bürger vor zu viel Eingriffen schützen. Das gilt gegenüber der Wirtschaft im Verbraucherschutz und vor allem bei den Betreibern Sozialer Netzwerke. Aber auch vor zu vielen Eingriffen durch den Staat muss der Bürger geschützt werden. Dies gilt im polizeirechtlichen Bereich ebenso wie in allen anderen Bereichen staatlichen Handelns. Übersteigter Sicherheitswahn darf nicht dazu führen, dass individuelle Rechte der Bürgerinnen und Bürger immer mehr eingeschränkt werden. Vorhandene Eingriffsrechte gehören deshalb auf den Prüfstand. Wir werden das hessische Gesetz über die öffentliche Sicherheit und Ordnung an die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts anpassen und praktikabel gestalten. DNA-Tests für unter Vierzehnjährige sind unverhältnismäßig und werden ebenso wieder abgeschafft wie die automatische Kennzeichenerfassung.

Polizei

Die Gewährleistung der inneren Sicherheit ist verfassungsrechtlicher Anspruch der Bürgerinnen und Bürger. Die hessische Polizei ist ein wesentlicher Garant für die innere Sicherheit und steht wie kaum ein anderer Bereich im öffentlichen Fokus. Mit der Reduzierung der Einstellungszahlen von 550 auf rd. 400 Polizeianwärterinnen und -anwärter hat die schwarz-gelbe Landesregierung den Stellenabbau bei der hessischen

1 Polizei abermals forciert. In der Folge werden sich die Personalvakanten bei den Voll-
2 zugs-, Fach- und Verwaltungsbeamten sowie im Tarifbereich der Polizei dramatisch
3 erhöhen. Eine deutliche Aufgabenvermehrung durch personalintensive Einsatzmaß-
4 nahmen und neue kriminalpolizeiliche Herausforderungen (Internetkriminalität,
5 Staatsschutz, Gewaltphänomene etc.) wird sich die Situation zusätzlich verschärfen.

7 Daher hält die SPD die Beibehaltung einer linearen und kontinuierlich hohen Ausbil-
8 dungsrates mit mindestens 550 Neueinstellungen jährlich für unerlässlich.

9 In diesem Zusammenhang kommt der Einstellung von Polizeibediensteten mit Migra-
10 tionshintergrund eine besondere Bedeutung zu, da durch deren Kultur- und Sprach-
11 kompetenz die Akzeptanz staatlichen Handelns erhöht werden kann und schwierige
12 Situationen leichter entschärft werden können.

14 Durch eine neue Führungs- und Organisationskultur soll den Beschäftigten der Polizei
15 wieder eine Perspektive für Leistung gesichert werden. Als wesentliche Säule des staat-
16 lichen Gewaltmonopols bedarf die Polizei eines kooperativen Führungssystems, bei
17 dem Glaubwürdigkeit, Transparenz, Ehrlichkeit, Vertrauen, Fairness, Akzeptanz und
18 Toleranz elementare Grundlagen bilden. Unter der Verantwortung der Landesregie-
19 rung sind im Bereich der hessischen Polizei in den letzten Jahren Führungsstrukturen
20 eingeführt worden, die im Gegensatz zu diesen Grundsätzen einer modernen Personal-
21 führung stehen. Demgegenüber steht die SPD für eine selbstbewusste und demokrati-
22 sche verfasste Polizei, mit verantwortungsbewussten, sozial kompetenten und auf ei-
23 nem festen ethischen Fundament stehenden Führungskräften. Aus diesem Grund hat
24 sich die SPD auch für die Einführung eines bzw. einer unabhängigen, dem Parlament
25 verpflichteten Landespolizeibeauftragten eingesetzt und wird dieses Modell auch in
26 der kommenden Legislaturperiode wieder aufgreifen. Auch werden wir uns für eine
27 Förderung von Frauen für Führungspositionen einsetzen.

29 Wir wollen gesicherte Polizeiarbeit vor Ort und Erhalt der Polizeipräsenz in der Fläche.
30 Wann immer die Bürgerinnen und Bürger die Polizei brauchen, muss sie für sie zügig
31 erreichbar sein. Als Ansprechpartner vor Ort müssen gut und qualifiziert ausgebildete
32 Polizeibeamtinnen und -beamten Präsenz zeigen. Dieser Verantwortung darf sich das
33 Land weder im ländlichen Raum noch in den Ballungsgebieten unseres Landes entzie-
34 hen.

36 Wir wollen keine Verlagerung von Sicherheitsaufgaben an private Anbieter und Been-
37 digung des Freiwilligen Polizeidienstes. Die Menschen haben einen Anspruch auf quali-
38 fizierte Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit. Dies kann nur durch Aufrechterhal-
39 tung des staatlichen Gewaltmonopols und von ausreichend und gut ausgebildeten Po-
40 lizistinnen und Polizisten gewährleistet werden. Die polizeiliche Praxis macht immer
41 wieder deutlich, dass bei fast allen polizeilichen Situationen nicht nur rechtliche Über-
42 legungen, sondern im besonderen Maße auch kompetente „Konfliktmanagerinnen
43 und -manager“ gefragt sind, um handlungssicher und situationsangemessen einzu-
44 zuschreiten. Diesem Anforderungsprofil kann ein Freiwilliger Polizeidienst nicht genügen.
45 Zudem ist dem zunehmenden Einsatz privater Sicherheitsdienste besondere Aufmerk-
46 samkeit zu widmen. Dabei bedarf es insbesondere gesetzlicher Regelungen über die
47 Zulassung privater Sicherheitsdienste sowie hinsichtlich der Aus- und Fortbildung so-
48 wie der Prüfung von Beschäftigten solcher Unternehmen.

50 Wir wollen der Gewaltbereitschaft gegen Polizei, Hilfsorganisationen und im Bereich
51 ÖPNV wirksam entgegenzutreten. In den letzten Jahren sehen sich die Beschäftigten von
52 Polizei, Feuerwehr, ÖPNV und Hilfskräften zunehmend gewalttätigen Übergriffen aus-

1 gesetzt. Deshalb begrüßt die SPD die Gesetzesänderung in Berlin bzgl. einer klaren
2 Strafverschärfung für Straftaten gegen staatliche Stellen und Hilfsdienste. Gesell-
3 schaftlich gilt es, den Übergriffen entschieden entgegen zu treten.

4 **Dienstrecht**

5 Wir brauchen ein modernes, europakonformes Dienstrecht in Hessen. Aus der letzten
6 Föderalismusreform hat sich der Handlungsspielraum in Hessen beim Dienstrecht er-
7 weitert. Wir wollen deshalb das hessische Dienstrecht im Dialog mit allen Beteiligten
8 (kommunale Spitzenverbände, Gewerkschaften, Betroffene) diskriminierungsfrei und
9 auf die europäischen Anforderungen ausgerichtet vorbereiten und umsetzen. Dabei
10 soll auch geprüft werden, ob Elemente des Vertragsrechts in das Dienstrecht über-
11 nommen werden können. Im Übrigen ist die demografische Entwicklung im öffentli-
12 chen Dienst zu berücksichtigen.

13
14 Wir wollen eine Reduzierung der Wochenarbeitszeit für die Beamtinnen und Beamten
15 in unserem Land. Die seit Jahren bestehende Ungleichbehandlung zwischen Tarifbe-
16 schäftigten und Beamten ist endlich zu beenden. Insbesondere im Wechselschicht-
17 dienst hat die im Rahmen der CDU-Operation „düstere Zukunft“ eingeführte 42 Std.-
18 Woche zu zusätzlichen besonderen Belastungen geführt. Die SPD ist sich ihrer hohen
19 Verantwortung insbesondere der hessischen Polizei und des Justizvollzugs bewusst
20 und wird daher nach der Übernahme der Regierungsverantwortung die Wochenar-
21 beitszeit für die Polizeibeamtinnen und -beamten in einem ersten Schritt für die be-
22 sonders belastende Dienste auf 40 Wochenarbeitsstunden reduzieren. Die Rahmenbe-
23 dingungen für den Dienst zu ungünstigen Zeiten müssen zeitnah angepasst werden.

24
25 Wir wollen in die Tarifgemeinschaft deutscher Länder zurückkehren, die Hessen 2004
26 verlassen hat.

27
28 Wir wollen eine strukturelle Aufgabenanalyse, die den zukünftigen Bedarf ermittelt
29 und von daher im Rahmen einer vorausschauenden Personalentwicklungsplanung
30 Schwerpunkte setzt. Eine von der SPD geführte Landesregierung wird die Zahl der Aus-
31 bildungsverhältnisse insbesondere in den Bereichen steigern, in denen die erworbene
32 Qualifikation auch außerhalb des öffentlichen Dienstes Verwendung finden kann.

33
34 Wir wollen modellhaft die Möglichkeiten einer anonymisierten und damit schon im
35 Vorfeld diskriminierungsfreien Bewerbung und eines anschließenden Auswahlverfah-
36 rens prüfen.

37 Das Hessische Personalvertretungsrecht ist zukunftsweisend und europarechtskon-
38 form weiter zu entwickeln. Erforderlich ist im ersten Schritt eine konzeptionelle Diskus-
39 sion, wie das Gesetz auf die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts angepasst werden
40 kann. Diese werden wir organisieren.

42 **Justiz und Justizvollzug**

43 Die SPD setzt sich für eine moderne und gut ausgestattete Justiz ein. Als dritter Gewalt
44 kommt der Justiz und ihren Bediensteten und Angehörigen eine besondere Bedeutung
45 zu, der strukturell und personell Rechnung getragen werden muss und die es weiter zu
46 entwickeln gilt. Nur so ist die Justiz in der Lage, Rechtsstaatlichkeit, Rechtsfrieden und
47 soziale Gerechtigkeit zu sichern. Auch hier werden wir uns für eine Förderung von
48 Frauen für Führungspositionen einsetzen.

1 Die hessische Sozialdemokratie steht deshalb für eine bürgernahe Justiz. In den letzten
2 Jahren hat die Hessische Landesregierung zahlreiche Gerichte geschlossen und damit
3 die Justiz massiv aus der Fläche abgezogen. Das war ein Fehler. Auch wenn eine SPD-
4 geführte Landesregierung geschlossene Gerichtsstandorte nicht wieder eröffnen kön-
5 nen wird, werden wir dafür Sorge tragen, dass Gerichte auch in der Zukunft für alle
6 Bürgerinnen und Bürger erreichbar sind und die Justiz in der Fläche präsent bleibt.

7
8 Wir stehen für den freien Zugang zum Recht. Den Rechtsuchenden darf es weder durch
9 technische Hürden noch aus wirtschaftlichen Gründen erschwert oder unmöglich ge-
10 macht werden, ihre Rechte geltend zu machen. Daran müssen sich Änderungen der
11 Prozesskostenhilfe oder der Beratungshilfe ebenso orientieren wie technische Weiter-
12 entwicklungen im Rechtsverkehr.

13
14 Die Justiz kann die an sie gestellten Anforderungen aber auch nur dann erfüllen, wenn
15 die verfassungsrechtlich geschützte Unabhängigkeit gewahrt und fortentwickelt wird.
16 Eine SPD-geführte Landesregierung wird deshalb Möglichkeiten der Stärkung der Un-
17 abhängigkeit und Modelle einer selbstverwalteten Justiz prüfen. Dies gilt nicht nur für
18 Personalentscheidungen und Budgetfragen, sondern auch für Abläufe im Richterwahl-
19 ausschuss.

20
21 Justizpolitik ist aber auch Strukturpolitik und eine moderne und qualitativ hochwertige
22 Justizstruktur ist heute ein wesentlicher Faktor für den Stellenwert Hessens als Wirt-
23 schaftsstandort. Hessen kommt in der Bundesrepublik insbesondere als internationaler
24 Finanzplatz Rhein-Main, aber auch in anderen Wirtschaftsfeldern eine herausgehobe-
25 ne Bedeutung zu. Das bedingt auch die Bereitstellung und Entwicklung geeigneter Me-
26 chanismen und Systeme zur effektiven Streitbeilegung. Schon jetzt verfügt der Wirt-
27 schaftsstandort Hessen in den unterschiedlichsten Rechtsgebieten über ein herausge-
28 hobenes „Know-how“ und viel Erfahrung. Dies gilt es weiter auszubauen, indem Hes-
29 sen und der „Rechtsstandort Rhein-Main“ gemeinsam mit den zu beteiligenden Insti-
30 tutionen und Verbänden national und international sichtbarer und präsenter gemacht
31 wird.

32
33 Die Strafverfolgungsbehörden sind Teil der unabhängigen Justiz. Dieser Funktion gilt
34 es auch strukturell Rechnung zu tragen. Darüber hinaus müssen die Staatsanwalt-
35 schaften in Hessen zusätzlich in die Lage versetzt werden, sich den ändernden Krimina-
36 litätserscheinungsformen zu stellen. Zusätzlich sind die Bemühungen bei der Bekämp-
37 fung von Jugendkriminalität, Wirtschaftskriminalität sowie im Umgang mit der stei-
38 genden Nutzung des Internets für Straftaten zu intensivieren.

39
40 Wir begreifen die Bekämpfung der Jugendkriminalität als eine gesamtgesellschaftliche
41 Aufgabe, die umfassend und ganzheitlich angegangen werden muss. Neben präventi-
42 ven Maßnahmen sind die Mittel des Jugendstrafrechts im Sinne des Erziehungsgedan-
43 kens flexibel auf straffällig gewordene Jugendliche einzusetzen. Es muss erreicht wer-
44 den, dass gerade bei jugendlichen Straftätern die „Strafe schnell auf den Fuß folgt“,
45 damit sich die jugendlichen Straftäter zügig mit ihrer Tat sowie dem begangenen Un-
46 recht auseinandersetzen können und eine entsprechende Sanktion schnell folgt. Dabei
47 sind die Möglichkeiten des Hauses des Jugendrechts hessenweit auszubauen und eine
48 Ausweitung des beschleunigten Jugendstrafverfahrens zu nutzen. Die SPD in Hessen
49 lehnt den sogenannten Warnschussarrest ab.

50
51 Auch der Täter-Opfer-Ausgleich ist weiter auszubauen. Der Täter-Opfer-Ausgleich dient
52 auf der einen Seite dem angemessenen Ausgleich der erlittenen Schäden eines Opfers.

1 Auf der anderen Seite führt er dem Täter seine eigene Verantwortung für durch ihn
2 verursachte Schäden vor Augen. Durch das Hinwirken des Vermittlers auf eine Verein-
3 barung zwischen Täter und Opfer kann zudem ein Zivilrechtsstreit und damit eine Ver-
4 nehmung des Opfers als Zeuge vermieden werden.

5 Der Opferschutz ist ein hohes Gut und muss weiter gestärkt und ausgebaut werden.
6 Deshalb sind, um eine weitere Traumatisierung des Opfers zu vermeiden, alle prozes-
7 sualen Möglichkeiten des Opferschutzes auch im Strafverfahren zu schaffen. Die SPD
8 hat sich bereits in dieser Legislaturperiode dafür eingesetzt, in Hessen eine Opferstif-
9 tung zu gründen. Ziel ist es, den Opfern von Straftaten eine schnelle, unbürokratische,
10 finanzielle Hilfe zu gewähren, wenn diese anderweitig (etwa nach dem Opferentschä-
11 digungsgesetz) nicht zu erlangen ist. Deshalb wird eine sozialdemokratisch geführte
12 Landesregierung die Einrichtung einer Opferstiftung umsetzen.

13
14 Besonders entschieden werden wir gegen Gewalt und Zwangsheirat vorgehen. Jede
15 Frau in Hessen hat ein Recht auf körperliche Unversehrtheit und ein Leben frei von
16 Angst. Jede von Gewalt betroffene Frau muss ein Recht auf Unterhaltssicherung und
17 auf schnelle Unterbringung in einer sicheren Unterkunft erhalten. Die Finanzierung der
18 Frauenhäuser und Frauennotrufe werden wir daher sicherstellen.

19
20 Eine sozialdemokratisch geführte Landesregierung wird außerdem die flächendecken-
21 de Einrichtung von Zeugenberatungsstellen bei den Gerichten einleiten und einen Op-
22 ferschutzbericht erstellen, der es Bürgerinnen und Bürger ermöglicht, sich einen um-
23 fassenden Überblick über die Rechtslage, die Maßnahmen und Projekte der Landesre-
24 gierung zum Schutz und Unterstützung der Opfer von Straftaten in Hessen, zu schaf-
25 fen.

26
27 Ziel des Justizvollzugs ist es, Straffällige wieder in die Gesellschaft einzugliedern und
28 die Sicherheit der Bevölkerung zu gewährleisten. Im Sinne des Resozialisierungsgebots
29 wollen wir für geeignete Strafgefangene neben dem offenen Vollzug „Vollzugseinrich-
30 tungen in offener Form“ schaffen, um die Wiedereingliederung von Straftäterinnen
31 und Straftätern weiter auszubauen. Auch im Justizvollzug muss eine neue Führungs-
32 und Organisationskultur geschaffen werden, die den Grundsätzen einer modernen Per-
33 sonalführung entspricht. Der Justizvollzug muss außerdem personell so ausgestaltet
34 werden, dass er die an ihn gestellten unterschiedlichen und gesetzlich definierten Auf-
35 gaben erfüllen kann. Auf Grund der Zunahme der Anzahl psychisch auffälliger Strafge-
36 fangener muss die Möglichkeit einer Optimierung des Behandlungsvollzuges durch
37 weitere spezialisierte Abteilungen überprüft werden. Auch das Übergangsmanage-
38 ment in den Strafanstalten muss weiter ausgebaut und verbessert werden. Die Vorbe-
39 reitung auf ein Leben in Freiheit sollte frühestmöglich in der Haft interdisziplinär ange-
40 gangen werden. Der hessische Jugendstrafvollzug ist besonders geeignet auf die Ju-
41 gendlichen im Sinne der Resozialisierung einzuwirken. Dies gilt es zu erhalten und wei-
42 ter auszubauen. Eine Privatisierung des Justizvollzugs lehnen wir strikt ab. Der Vollzug
43 von Freiheitsstrafe ist eine hoheitliche Aufgabe.

44
45 Die Vollstreckung von Ersatzfreiheitsstrafen soll überprüft werden. Dabei wollen wir
46 durch die Stärkung gemeinnütziger Arbeit, aber auch durch Modellversuche den Voll-
47 zug von Freiheitsstrafen verkürzen bzw. vermeiden.

48
49 Der Anwendungsbereich der elektronischen Fußfessel sollte grundsätzlich erweitert
50 werden. Sinnvoll erscheint der Einsatz als Alternative zum offenen Vollzug, konkret im
51 Kurzstrafenvollzug sowie zur Verkürzung des Langstrafenvollzugs. Im Einzelfall ist auch

zur Vermeidung von Ersatzfreiheitsstrafen die Möglichkeit des Einsatzes der elektronischen Fußfessel zu prüfen.

Im Umbruch befinden sich momentan die Regelungen zur Sicherungsverwahrung. Da die aktuellen gesetzlichen Vorgaben gegen die europäische Menschenrechtskonvention bzw. das Grundgesetz verstoßen, müssen auf Bundes- und Landesebene Änderungen vorgenommen werden. Die Sicherungsunterbringung nimmt als Maßregel der Besserung und Sicherung eine zentrale Rolle bei der Verhinderung von Rückfalltaten ein. Von Bedeutung ist daher insbesondere ein Gesamtkonzept, dass u.a. ausreichende Therapieangebote und das Trennungsgebot umfasst. Die SPD begrüßt, dass die Sicherungsverwahrten in Schwalmstadt untergebracht und behandelt werden. Die JVA Schwalmstadt und ihre Bediensteten verfügen über eine langjährige Erfahrung und eine hohe Kompetenz im Umgang mit Sicherungsverwahrten.

Verfassungsschutz

Eine wehrhafte Demokratie muss auch Zeichen setzen und entschlossen gegen extremistische Bestrebungen vorgehen. Dabei darf die Arbeit des Verfassungsschutzes aber nicht einseitig auf einzelne Extremismusbereiche ausgerichtet sein. Der Verfassungsschutz muss das gesamte Spektrum des politisch und religiös motivierten Extremismus angemessen abdecken. Hier gibt es in Hessen Änderungsbedarf, sodass eine sozialdemokratisch geführte Regierung die Ausrichtung des Verfassungsschutzes neu justieren wird.

Der Verfassungsschutz muss demokratischer gestaltet werden. Das Landesamt für Verfassungsschutz leistet einen unverzichtbaren Beitrag zur Abwehr von Gefahren für die freiheitliche demokratische Grundordnung sowie für den Bestand und die Sicherheit des Landes Hessen, des Bundes und der anderen Länder. Allerdings zeigt die Tatsache, dass die rechtsextremistische Terrorgruppe „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU) über ca. 14 Jahre unentdeckt schrecklichen Gewalttaten verüben konnte, dass es auch beim Verfassungsschutz in Hessen gravierende Mängel gibt. Dies gilt es dringend aufzuarbeiten und abzustellen. In diesem Zusammenhang sind die Arbeitsstrukturen des Verfassungsschutzes zu prüfen und ggf. neu zu regeln. Dies gilt für den Einsatz von V-Leuten ebenso wie für den Umgang mit Quellen.

Es bedarf umfassender Maßnahmen zur Demokratisierung des Verfassungsschutzes, um verloren gegangenes Vertrauen in die Sicherheitsbehörden zurückzugewinnen. Unser Ziel ist es, einen modernen und transparenten Verfassungsschutz zu schaffen, der seine Legitimation auf eine umfassende parlamentarische Kontrolle stützen kann. Deshalb benötigen wir eine umfassende Stärkung der parlamentarischen Kontrollrechte.

Es gab insgesamt eine Reihe von strukturellen Defiziten, die aufgearbeitet werden müssen. Dazu gehört insbesondere der fehlende Informationsaustausch zwischen den einzelnen Verfassungsschutzbehörden. Hier bedarf es einer gesetzlichen Pflicht zur Information. Es gab darüber hinaus sehr zweifelhafte Einsätze von V-Leuten. Deshalb brauchen wir dringend gesetzliche Regelungen für deren Anwerbung und Einsatz von V-Leuten. Auch wäre ein Richtervorbehalt ab einem bestimmten Umfang der Tätigkeit von V-Leuten ratsam. Wir brauchen eine gesetzliche Verpflichtung zur Quellenkoordination. Das Bundesamt für Verfassungsschutz muss einen Überblick über alle einge-

1 setzten Quellen in Deutschland erhalten, ansonsten entstehen unnütze Doppelstruktu-
2 ren oder vorhandene Ressourcen können nicht genutzt werden.

3
4 Wir brauchen aber auch eine verbesserte Zusammenarbeit zwischen dem Verfassungs-
5 schutz und der Polizei. Dabei bekennt sich die SPD nach wie vor zu einer strikten Tren-
6 nung zwischen nachrichtendienstlichen Aufgaben des Verfassungsschutzes und den
7 Aufgaben und Befugnissen der Polizei. Jedoch muss die gegenseitige Information ge-
8 währleistet werden. Wir benötigen dringend einen Mentalitätswechsel beim Verfas-
9 sungsschutz. Wir benötigen mehr Transparenz und Offenheit, um das Vertrauen in die
10 Sicherheitsbehörden zurückzugewinnen.

12 **Initiativen gegen Rechts**

13 Die SPD unterstützt das Engagement der zahlreichen Initiativen und Vereine, die sich
14 gegen Rechtsextremismus und für die Demokratie einsetzen. Ihre Bildungs- und Prä-
15 ventionsarbeit stellt einen unverzichtbaren Beitrag zur Stärkung der demokratischen
16 Zivilgesellschaft und für die Achtung der Menschenrechte in unserem Land dar. Es ist
17 paradox und widersinnig, gerade von diesen Initiativen bei der öffentlichen Förderung
18 eine zusätzliche Sondererklärung zur Verfassungstreue zu verlangen. Deshalb lehnt die
19 SPD die als „Extremismusklausel“ bezeichnete Bestätigungserklärung für die Zuwen-
20 dung von Mitteln aus dem Bundesprogramm "TOLERANZ FÖRDERN - KOMPETENZ
21 STÄRKEN" ab. Darüber hinaus ist es aber auch notwendig, gesamtgesellschaftlich ge-
22 gen alle Erscheinungsformen des Rechtsextremismus in unserem Land vorzugehen.
23 Deshalb hält die SPD es für erforderlich, ein landesweites umfassendes Konzept gegen
24 Rechtsextremismus aufzulegen.

26 **Feuerwehr und Katastrophenschutz**

27 Es muss ein flächendeckendes System des Brandschutzes und Katastrophenschutzes in
28 Hessen gewährleistet werden. Dazu gehört auch der Erhalt der Ortsteilfeuerwehren.
29 Die Sicherung einer gesetzlichen Hilfsfrist von 10 Minuten ist für die Bürgerinnen und
30 Bürger von wesentlicher Bedeutung. Entscheidend für eine gute Struktur der Hilfs-
31 dienste und der Feuerwehren ist der Erhalt der integrierten Leitstellen in den Landkrei-
32 sen.

33
34 Für die vielen ehrenamtlichen Helfer wird insbesondere ausreichend Personal benötigt.
35 Die Feuerwehr in Hessen besteht zu 95Prozent aus ehrenamtlichen Kräften und auch
36 bei den Hilfsdiensten ist der Anteil sehr hoch. Dieses Ehrenamt kann gar nicht hoch
37 genug geschätzt werden. Es braucht aber auch konkrete Maßnahmen zur Unterstüt-
38 zung des Ehrenamtes, evtl. durch gesetzliche Regelungen, z. B. eines verbesserten Kün-
39 digungsschutzes. Um Personal zu gewinnen, sollten Initiativen zur Mitgliedergewin-
40 nung unterstützt werden. Dazu gehört eine Bereitstellung von Mitteln für ein Engage-
41 ment der Feuerwehren und Hilfsdienste in Ganztagschulen. Die Förderung von Initia-
42 tiven zur Erhöhung des Anteils von Frauen und Migrantinnen in den Feuerwehren ist
43 ebenfalls zu unterstützen. Des Weiteren ist eine Entlastung der ehrenamtlichen Füh-
44 rungskräfte von Berichtspflichten und Verwaltungsaufgaben zu ermöglichen.

45
46 Die Landesfeuerweherschule in Kassel muss unterstützt werden. Weiterhin ist eine pä-
47 dagogische Ausbildung der Betreuerinnen und Betreuer der Jugendfeuerwehr und der
48 Kinderfeuerwehren erforderlich.

- 1 Die Feuerwehren vor Ort müssen aber auch gut ausgestattet sein, um den Schutz der
- 2 Bevölkerung zu gewährleisten. Dazu gehört ausreichende Mittelzuwendung für die
- 3 Beschaffung von technischem Gerät, welches dem jeweiligen Gefahrenniveau ange-
- 4 passt ist. Das Aufkommen der Feuerschutzsteuer muss ohne Einschränkung für den
- 5 Brandschutz zur Verfügung stehen.

6. Hessen international

6.1 Hessen in Europa: Die Krise als Chance begreifen

Hessen liegt nicht nur geografisch im Herzen Europas. Als attraktiver Industrie- und Dienstleistungsstandort, zentraler Verkehrsknotenpunkt und einer der führenden Finanzplätze ist unser Bundesland auf vielfältige Weise eng mit Europa verbunden. Wirtschaftlich zählt Hessen zu den leistungsstärksten Regionen in der Europäischen Union. Mit rund sechs Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern und seiner großen Wirtschafts- und Innovationskraft kann sich Hessen als achtgrößte Volkswirtschaft Europas mit zahlreichen EU-Mitgliedstaaten messen. Als weltoffene europäische Region profitieren wir in Hessen aber auch kulturell und menschlich vom immer engeren Zusammenwachsen Europas.

Doch die hessische Erfolgsgeschichte ist mitnichten ein Selbstläufer. Europa braucht Hessen. Und Hessen braucht Europa. Unser Land kann nur mit – und nicht gegen – Europa erfolgreich sein. Der wirtschaftliche Erfolg, Hunderttausende Arbeitsplätze und der Wohlstand der Menschen in Hessen hängen maßgeblich davon ab, dass die dramatische Krise Europas rasch und nachhaltig gelöst wird. Deutschland – und damit auch Hessen – ist eben keine wohlbehütete Insel der Glückseligen inmitten von einem Meer von Krisenstaaten. Etwa 55 Prozent der in Hessen produzierten Waren werden in die Mitgliedstaaten der EU exportiert, davon rund 35 Prozent in die Eurozone. Daher kann es auch dem Wirtschaftsstandort Hessen auf Dauer nicht gut gehen, wenn der Rest Europas immer tiefer in den Krisenstrudel gerät.

Die unmittelbaren Auswirkungen des seit mehr als drei Jahren ungebrochenen Teufelskreises aus Finanzmarkt-, Wirtschafts-, Staatsschulden- und Refinanzierungskrise kann heute weder eine hessische Landesregierung noch eine deutsche Bundesregierung im Alleingang bewältigen. Wenn wir unsere gemeinsame Währung stabilisieren, den wirtschaftlichen Wohlstand sichern, die Finanzmärkte wirksam regulieren und die Errungenschaften des Sozialstaats bewahren wollen, dann gelingt uns das nur durch gemeinsames europäisches Handeln. Die derzeitige Krise hat uns vor Augen geführt, dass wir nicht weniger, sondern mehr Europa brauchen. Europa ist nicht das Problem, sondern vielmehr unsere Lebensversicherung in Krisenzeiten.

Wir müssen die Krise Europas als Chance begreifen und die Währungsunion zu einer echten Wirtschafts-, Fiskal- und Sozialunion weiterentwickeln – politisch stark, demokratisch organisiert und sozial gerecht ausgerichtet. Eine SPD-geführte Landesregierung wird gemeinsam mit ihren Partnern insbesondere darauf hinwirken, dass das Ziel eines sozialen Europas endlich mit Leben gefüllt wird. Europa muss zu einem Garanten für soziale Sicherheit und Gerechtigkeit sowie für zukunfts- und konkurrenzfähige Arbeitsplätze werden. Wir setzen uns dafür ein, dass verbindliche, europaweit geltende Leitlinien, Zielkorridore und Mindeststandards in den Bereichen Beschäftigungspolitik, Alterssicherung und Gesundheitsversorgung vereinbart werden. Europa ist schon heute weit mehr als ein abstraktes Gebilde, es hat massiven Einfluss auf unseren Alltag. Bereits heute fußen zwei Drittel der rechtlichen Vorgaben unseres Gemeinwesens auf Entscheidungen, die auf der europäischen Ebene getroffen werden. Europa geht uns alle an – auch die Menschen in Hessen.

Zuwanderungswilligen europäischen Bürgerinnen und Bürgern, insbesondere aus von der Finanz- und Regulierungskrise besonders betroffenen Staaten, wollen wir neue Perspektiven schaffen. Hessen kann auf diesem Weg seinen Teil zum Abbau der Jugendar-

beitslosigkeit in diesen Staaten beitragen und gleichzeitig profitieren. Entsprechende Maßnahmen wollen wir gemeinsam mit den Sozialpartnern zu erörtern und auszuarbeiten.

Unsere Aufgabe ist es, Europa und Hessen so zu gestalten, dass unser Land auch in Zukunft politisch und wirtschaftlich eine zentrale Rolle in Europa spielen kann. Wir setzen uns daher für eine weitere Stärkung der Rolle der Regionen in der Europäischen Union ein. Hierbei müssen auch künftig sowohl die Metropolregionen (Frankfurt/Rhein-Main) als auch die ländlichen Regionen Hessens von Mitteln aus den europäischen Strukturfonds profitieren. Die bestehenden EU-Förderprogramme müssen dafür noch zielgenauer umgesetzt und auf ihre Wirksamkeit in Hessen überprüft werden. Wenn wir Hessen grundlegend erneuern wollen, können uns auch die europäischen Fördermöglichkeiten dabei helfen, um in den Städten und Landkreisen „vor Ort“ für neuen Schwung zu sorgen. Die Mittel aus der EU-Strukturförderung wollen wir gezielt zur Entwicklung von Arbeitsplätzen, zur Steigerung der Innovationskraft und zur Qualifizierung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern einsetzen. Sie sind etwa geeignet, nord- und mittelhessische Betriebe unbürokratisch zu unterstützen, ihre Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten und auszubauen. Wir werden uns darüber hinaus im Landtag und zusammen mit den Europaabgeordneten dafür einsetzen, dass die EU-Kommission das VW-Gesetz akzeptiert.

Hessen besitzt mit dem großen Netz an Partnerregionen Aquitaine, Emilia-Romagna, Jaroslawl, Wielkopolska und Bursa eine gute Grundlage für eine intensive europäische Zusammenarbeit. Die Partnerschaften müssen in allen Politikfeldern gelebt werden. Wir streben eine gemeinsame Charta aller Partnerregionen für die zukünftige gemeinsame Politik an. Eine weitergehende Vernetzung mit unseren Partnern birgt sowohl politische als auch kulturelle und wirtschaftliche Vorteile für Hessen.

Der Finanzplatz Frankfurt am Main gehört zu Hessen wie der Löwe in unser Landeswappen. Rund 75.000 Menschen sind derzeit in Frankfurt am Main im Bankensektor beschäftigt. Als Hessen wissen wir daher sehr genau, dass die Finanzbranche nicht nur aus verantwortungslosen, profitgierigen Zockern besteht. Die große Mehrheit der Angestellten in deutschen Privatbanken, Sparkassen und Volksbanken erledigt ihre Arbeit anständig und verantwortungsbewusst. Dennoch haben das Treiben einiger schwarzer Schafe, unzureichende Regulierung und falsche Anreizsysteme nicht nur einen gigantischen finanziellen und volkswirtschaftlichen Schaden in ganz Europa angerichtet, sondern auch eine ganze Branche in Verruf gebracht. Es bleibt daher eine zentrale Aufgabe der Politik, den außer Kontrolle geratenen Casino-Finanzkapitalismus durch verbindliche Regeln wirksam zu bändigen. Künftig darf kein Finanzmarktakeur, kein Finanzprodukt und kein Markt mehr unreguliert und ohne Aufsicht bleiben. Denn hochgradig riskante Bankgeschäfte gefährden letztlich auch die Arbeitsplätze der vielen Beschäftigten in der Rhein-Main-Region.

Ein ungezügelter Finanzsektor schadet aber ebenso den Steuerzahlenden. Daher treten wir dafür ein, dass die Verursacherinnen und Verursacher der Krise endlich an den gewaltigen Kosten der Krisenbewältigung beteiligt werden. Es ist eine Frage der Gerechtigkeit, dass die Hauptlast der Krise nicht alleine bei den Steuerzahlenden liegen darf. Auch der Finanzsektor muss einen angemessenen Beitrag leisten, um den Scherbenhaufen zu beseitigen, den er mit seinen spekulativen Exzessen selbst angerichtet hat. Die Finanztransaktionssteuer muss zügig eingeführt und so ausgestaltet werden, dass der Finanzplatz Frankfurt am Main im globalen Wettbewerb auch weiterhin konkurrenzfähig bleibt.

1 Wirtschaftlich, kulturell und sozial - als weltoffene europäische Region profitieren wir
2 in Hessen vom immer engeren Zusammenwachsen Europas. Wir werden als Landesre-
3 gierung europäische Austausch- und Partnerschaftsinitiativen unterstützen wie bei-
4 spielsweise:

- 5 • Programme für Kultur- und Sportvereine,
- 6 • Städtepartnerschaften, die von Bad Karlshafen bis Heppenheim und von Gers-
7 feld bis Limburg in die ganze EU gepflegt werden,
- 8 • Kooperationen nach dem 8. Forschungsrahmenprogramm für die Hochschulen
9 von Kassel bis Darmstadt sowie
- 10 • die hessischen Europaschulen.

11
12 Europa darf kein Projekt einer Bildungselite sein. Europa muss durch persönliche Erfah-
13 rungen gelebt werden. Konsequenterweise müssen Austauschprogramme für alle Bil-
14 dungswege gestärkt werden. Ebenso wie kleinen und mittleren Unternehmen muss
15 Universitäten und anderen Bildungseinrichtungen der Zugang zu Fördermitteln der
16 Europäischen Union durch Beratung und Unterstützung erleichtert werden.

17 Über Projekte und Veranstaltungen des lebenslangen Lernens ist jeder Bürgerin und
18 jedem Bürger ein Zugang zu Europa unabhängig ihres Bildungsweges zu ermöglichen.
19 Zusammen mit Jugendverbänden, Sportclubs, Musikvereinen und weiteren Partnern
20 soll die europäische Idee in unterschiedlichste Sphären spür- und erlebbar werden.

21 Wir werden die Arbeit der Landesvertretung in Brüssel weiterentwickeln und ausbau-
22 en.

24 6.2 Hessen in der Welt

25 Verantwortung für die Eine Welt lässt sich nicht delegieren. Die SPD in Hessen steht zu
26 dieser Verantwortung und Tradition. Bereits unter Georg August Zinn war dies An-
27 spruch sozialdemokratisch geführter Landesregierungen, dieser Anspruch wurde wei-
28 tergegeben. Besonders augenfällig wird diese Verantwortung durch regionale Partner-
29 schaften oder die Gründung der Hessischen Stiftung für Friedens- und Konfliktfor-
30 schung. Diesen Anspruch werden wir fortführen, auch durch neue regionale Partner-
31 schaften.

32
33 Die Millenniumserklärung der Vereinten Nationen von 2000 und die Paris-Deklaration
34 über die Wirksamkeit von Entwicklungszusammenarbeit von 2005 bilden einen wich-
35 tigen Rahmen für die Entwicklungspolitische Zusammenarbeit des Landes Hessen.

36
37 In unserer global verflochtenen Welt besteht die Verpflichtung zum Handeln nicht nur
38 für die Nationalstaaten, sondern auch für die Regionen mit ihren eigenen Stärken und
39 Kompetenzen, die sie in die Entwicklungszusammenarbeit einbringen können. Hier
40 besteht ein großes Know-how in dezentraler Regierungsführung, in der Förderung
41 wirtschaftlicher Entwicklung, im Bereich Bildung und Ausbildung, in der Zusammenar-
42 beit mit den Akteuren des privaten Sektors, der Zivilgesellschaft und der Wissenschaft
43 sowie in internationalen Kooperationen und Partnerschaften auf regionaler Ebene.

44
45 Wichtige Handlungsfelder von Entwicklungszusammenarbeit auf hessischer Ebene
46 liegen in der Aus- und Fortbildung von Fach- und Führungskräften aus Entwicklungs-
47 ländern, in der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit, in der entwicklungsländerbe-

1 zogenen Forschung an Hochschulen und in Hochschulkooperationen, in der Förderung
2 des Engagements der hessischen Zivilgesellschaft und des regional ansässigen privat-
3 wirtschaftlichen Sektors und seiner Verbände in der Entwicklungszusammenarbeit und
4 in der Bereitstellung von Know-how im Rahmen der personellen und technischen Zu-
5 sammenarbeit.

7 Wir werden die Förderung des entwicklungspolitischen Netzwerks ausbauen und stre-
8 ben eine enge Zusammenarbeit mit den Akteuren und Initiativen aus Politik, Kirchen,
9 Wirtschaft, Gesundheit, Bildung, Kultur und Sport an. Wir wollen die zivilgesellschaftli-
10 chen Ansätze als wichtige Säule der Verständigung fördern und unterstützen. Wir stre-
11 ben eine höhere finanzielle Förderung an.

13 Hessen im Mittelpunkt Deutschlands und Europa ist mit seinen vielen internationalen
14 Unternehmen eine Drehscheibe der Welt. Wir sind uns der Tatsache bewusst, dass eine
15 gerechtere Gestaltung der Globalisierung und eine verantwortungsvolle, auf ein brei-
16 tenwirksames, inklusives Wachstum in den Partnerländern ausgelegte Entwick-
17 lungspolitik dem stark exportorientierten Wirtschaftsstandort Hessen dient. Wir wollen mit
18 den Bürgerinnen und Bürgern, mit allen Interessierten einen Dialog darüber führen,
19 wie unsere Leitlinien für die Entwicklungszusammenarbeit des Landes Hessen ausse-
20 hen sollen.

22 Die Städte und Gemeinden sind hierbei ein wichtiger Partner in der Einen Welt. Keine
23 staatliche Ebene ist so dicht an den Menschen, an ihren Problemen aber auch an ihren
24 Potentialen und ihrem Engagement. Kommunen wissen, wie Kommunen funktionieren
25 – wo auch immer auf der Welt. Wir wollen Kommunen fördern und unterstützen, die
26 diesen Dialog aufnehmen, die Zivilgesellschaft zu gemeinsamen Handeln einladen, die
27 Verantwortung für die Eine Welt übernehmen. Dazu braucht es Ansprechpartnerinnen
28 und Ansprechpartner, die den Prozess z. B. zur Fairtrade-Kommune oder Millenniums-
29 kommune begleiten und unterstützen.

31 In Hessen leben viele Menschen, die Experten für andere Länder und Kulturen sind. Wir
32 wollen Migrantinnen und Migranten einladen, gemeinsam mit uns Brücken für diese
33 neue Art der Partnerschaft zu bauen.

35 Die Globalisierung bestimmt unser Leben. Wir wollen Kinder und Jugendliche darauf
36 vorbereiten, in dem wir ihnen das Rüstzeug an Bildung mitgeben, Globalisierung vor
37 allem auch als Chance wahrzunehmen. Globalisierung, die Zusammenhänge in der
38 Einen Welt müssen Thema von der Kita bis zur Schule werden.

40 Soziale Gerechtigkeit ist nicht teilbar, nicht bei uns und nicht in anderen Teilen der
41 Welt. Wir setzen uns ein für wirtschaftliche und sozial gerechte Entwicklung, für eine
42 humane, mit fairen Löhnen und menschenwürdigen Arbeitsbedingungen weltweit,
43 soziale Absicherung und für gerechte Handelsstrukturen, die insbesondere der wirt-
44 schaftlichen und sozialen Entwicklung in ärmeren Ländern dienen. Unsere Solidarität
45 gilt den Menschen weltweit in ihrem Bestreben nach einem Leben in Würde und Ge-
46 rechtigkeit. Dazu fördern und unterstützen wir nachhaltige wirtschaftliche Entwick-
47 lung. Hierzu dient auch ein öffentliches Beschaffungswesen, das soziale und ökologi-
48 sche Faktoren beinhaltet.

50 Qualifizierung und Bildung sind Voraussetzungen für wirtschaftliche und soziale Ent-
51 wicklung jeder Gesellschaft. Wir unterstützen daher alle Anstrengungen der Entwick-
52 lungsländer hier voran zu kommen: vom Auf- und Ausbau einer gewerblichen Be-

1 rufsausbildung bis zu Kooperationen zwischen Universitäten.
2
3 Deutschland hat sich international dazu verpflichtet, bis zum Jahr 2015 einen Anteil von
4 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens für öffentliche Entwicklungszusammenar-
5 beit zur Verfügung zu stellen. Dieses Datum wird aufgrund der Versäumnisse der
6 schwarz-gelben Bundesregierung nicht mehr zu halten sein. Dessen ungeachtet wollen
7 wir dafür Sorge tragen, dass Hessen seinen solidarischen Beitrag leistet, damit
8 Deutschland das Ziel zumindest mittelfristig erreichen kann. In diesem Sinne unter-
9 stützen wir auch die Forderung nach Einführung einer Finanztransaktionssteuer als
10 „Steuer gegen Armut“, deren Aufkommen anteilig zur Erreichung des 0,7-Ziels genutzt
11 werden sollte.

7. Natur, Umwelt und Verbraucherschutz

Hessen ist ein bevölkerungsreiches und wirtschaftlich gut aufgestelltes Land. In den vergangenen Jahren wurde von der Landesregierung Umwelt- und Naturschutz gegen Wirtschaftlichkeit und Arbeitsplätze ausgespielt. Oftmals ging es um Einzelinteressen von Unternehmen oder Verbänden. Der Mensch stand dabei im Hintergrund. Das ist der falsche Weg. Wir bringen die wirtschaftliche Stärke, die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen, die Interessen Einzelner und Aller in Einklang mit Umwelt-, Naturschutz und Biodiversität. Denn nur in einer intakten Umwelt lässt es sich gut und gesund leben.

7.1. Naturschutz

Der Natur muss durch Schutz und entsprechende Behandlung wieder zu ihrem Recht verholfen werden. Es darf deshalb keinen Naturschutz nach Kassenlage geben! Ziel muss es sein, Natur und Landschaft sowohl im besiedelten als auch im unbesiedelten Bereich so zu behandeln, dass die Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes, die Nutzungsfähigkeit der Naturgüter, die Vielfalt und Eigenart der Pflanzen- und Tierwelt um ihrer selbst willen, aber auch als Lebensgrundlage des Menschen, nachhaltig gesichert sind.

Der Umgang mit der Natur ist erlernbar. Das Land steht hier in der Pflicht und muss entsprechende Lehr- und Lernprojekte, integriert in Schulangeboten und außerschulische Jugendbildung, fördern, um dem Umgang mit Natur und Umwelt den notwendigen Stellenwert zu geben.

Dazu gehört, den ehrenamtlichen Naturschutz zu fördern. Der Schutz der Natur wäre ohne die Arbeit der vielen ehrenamtlich Tätigen bei Weitem nicht so weit, wie er heute ist. Diese Arbeit wollen wir unterstützen. Zu dieser Arbeit gehören auch die Beteiligung an Verwaltungsverfahren und das Instrument der Verbandsklage.

Naturschutz und Erneuerbare Energien schließen sich nicht automatisch aus. Wir müssen die möglichen Synergieeffekte des Zusammenspiels von Erneuerbarer Energie und Naturschutz nutzen. Deshalb soll stets geprüft werden, inwiefern Naturschutzprojekte zusammen mit Energieprojekten umgesetzt werden können. Eine Einschränkung des Naturschutzes unter dem Vorwand der Beschleunigung des Netzausbaus darf es nicht geben.

Wir wollen Hessens typische Natur erhalten und dafür ein Landschaftsprogramm auf den Weg bringen. Dazu gehört auch, wichtige Biotope zu bewahren, zu vergrößern und zu vernetzen. Das Biosphärenreservat Rhön erfährt eine umfassende Unterstützung in seiner Ausrichtung und Weiterentwicklung. Die Dienst- und Fachaufsicht wird dem für Naturschutz zuständigen Ministerium zugeordnet.

Wir werden die Stiftung Hessischer Naturschutz stärken.

Die Ausweisung von neuen Naturschutzgebieten werden gleichrangig mit dem Vertragsnaturschutz behandelt.

7.2. Wald und Landwirtschaft

Der hessische Wald

Zur Umsetzung der Biodiversitätsstrategie werden wir Waldflächen des Hessen-Forsts aus der Bewirtschaftung herausnehmen.

Hessen-Forst hat sich zu einem Wirtschaftsunternehmen entwickelt und ist mit seinen über 400 Revierförstereien und 41 Forstämtern ein wichtiger Arbeitgeber vor Ort. Diese Arbeitsplätze gilt es zu sichern. Die Arbeitsplätze bei Hessen-Forst sind auf eine sichere Grundlage zu stellen. Auch im Wald muss gelten: Guter Lohn für gute Arbeit!

Um dem zunehmenden Personalschwund entgegenzuwirken, sind die Arbeitsbedingungen zu verbessern. Hier bietet u. a. das von der Gewerkschaft entwickelte Personalmodell „Team statt Hierarchie“ interessante Ansätze, die es weiterzuverfolgen gilt. Wir werden keine weiteren Schließungen von Forstämtern zulassen.

Wir werden die regionale Verpflichtung im Auge behalten und den Rückertourismus reduzieren. Die geänderten Vergaberichtlinien durch das neue Mittelstandsgesetz müssen für Hessen-Forst zumindest für kleinere Aufträge wesentlich vereinfacht werden. Hessen-Forst soll nach Möglichkeit regionale Subunternehmen bevorzugen und langfristige Verträge abschließen dürfen. Eine massive Absenkung der Ausschreibungsgrenze ist mit uns nicht zu machen. Wir wollen eine Eindämmung der Fremdvergabe.

Der Bundesfreiwilligendienst ist auch vermehrt im Wald auszubauen. Mit dem Wegfall des Zivildienstes ist die Arbeit im Wald nicht weniger geworden.

Wir wollen, dass die Beiträge an den Beförsterungskosten für die Kommunen nicht weiter erhöht werden.

Mit uns wird es keinen Verkauf von Staatswald geben. Der Wald ist für alle da, wir wollen den Wald der Bürgerinnen und Bürger und lehnen jede weitere Privatisierung des öffentlichen Waldes ab.

Wir wollen im Einvernehmen mit allen Beteiligten das Konzept für Sport im Wald weiterentwickeln. Ein gemeinsames, verbindliches und auf die jeweilige Region zugeschnittenes Nutzungskonzept trägt dazu bei, illegale Mountainbike-Strecken und Geocaching-Routen zu vermeiden und die Situation zu befrieden. Ein echter Interessenausgleich aller Nutzerinnen und Nutzer des Waldes ist möglich.

Wir wollen einen weitgehenden Verzicht von Chemieeinsätzen im Wald. Die hohe ökologische und soziale Qualität unserer Waldwirtschaft werden wir durch eine internationale Zertifizierung nach den Normen des Waldbewirtschaftungsrates FSC bestätigen lassen.

Auch für den Wald gilt: Das Land muss stärker als bisher dafür Sorge tragen, dass EU-Mittel ihren Weg in den Hessischen Forst und Naturschutz finden.

Die Naturparks in Hessen verdienen einen besonderen Schutz, deren Besuch weiter kostenlos möglich sein muss. Die guten Projekte der Naturparks für den Naturschutz und die Regionalförderung müssen gebündelt und anderen Regionen zur Verfügung

1 gestellt werden. Wir unterstützen die weitere Ausweisung von Naturparks bei entspre-
2 chenden Initiativen aus den hessischen Regionen.

4 **Landwirtschaft**

6 Der bäuerliche Betrieb in der Landwirtschaft ist für uns Partner bei der sozialen, öko-
7 nomischen und ökologischen Entwicklung des ländlichen Raumes. Auch in diesem
8 Punkt stehen wir in der Tradition Georg August Zinns. Gerade die kleineren und middle-
9 ren Betriebe, egal ob konventionelle oder ökologische Betriebe, egal ob Neben- oder
10 Haupterwerb stehen vor großen Herausforderungen. Wir wollen nicht, dass die Nah-
11 rungsmittelproduktion nur von wenigen Agrarkonzernen bestimmt wird. Eine nachhal-
12 tige Landwirtschaft ist nur mit vielfältigen Betriebsstrukturen, angepasst an die jewei-
13 ligen Regionen, möglich. Daher werden wir geeignete Maßnahmen entwickeln, diese
14 Betriebe als Partner einer neuen Politik für den ländlichen Raum zu stützen. Die ländli-
15 chen Räume sind Garanten für eine lebendige Heimat.

17 Um regionale Wirtschaftskreisläufe wieder zu beleben und ausbauen zu können, muss
18 eine stärkere Förderung der regionalen, dezentralen Verarbeitungs- und Vermark-
19 tungsbemühungen umgesetzt werden. Damit können Arbeitsplätze und Wertschöp-
20 fung in den ländlichen Regionen gehalten und zusätzlich geschaffen werden.

22 Wir wollen die Landwirte dabei unterstützen, sich neue Einkommensmöglichkeiten
23 und damit neue Perspektiven durch den Anbau nachwachsender Rohstoffe und durch
24 Erneuerbare Energiequellen zu erschließen.

26 Wir wollen auch die Betriebe fördern, die das Wagnis eingehen, eine multifunktionale
27 Landwirtschaft zu betreiben. Betriebe, die sich nicht nur auf die Produktion beschrän-
28 ken, sondern Kulturlandschaft und soziales Leben gestalten und einen Ausgleich für die
29 Ballungsräume schaffen.

31 Wir wollen Gerechtigkeit bei der Verteilung von EU-Mitteln. Dazu gehören zielgenaue
32 Investitionen in die Wirtschaftskraft der ländlichen Räume, in die Qualität der Lebens-
33 mittel und in den Boden- und Gewässerschutz.

35 Schonender Umgang mit der Natur ist mit den ökonomischen Interessen moderner
36 Landwirtschaft in Einklang zu bringen. Das Interesse der Verbraucherinnen und Ver-
37 braucher an gesunder und schmackhafter Nahrung hat weiter zugenommen, gestiegen
38 ist damit auch das Interesse an ökologisch angebauten Lebensmitteln. Durch die man-
39 gelnde Unterstützung der Landesregierung haben hessische Landwirte jedoch bisher
40 nicht ausreichend davon profitieren können. Wir wollen deshalb den ökologischen
41 Landbau in Hessen auch in Zukunft in Forschung, in Lehre, Beratung und Versuchswe-
42 sen, im Aufbau effizienter Betriebs- und Vermarktungsstrukturen sowie im Marketing
43 besonders fördern. Durch den Einkauf ökologischer Produkte durch öffentliche Institu-
44 tionen und Förderung der Umstellung wollen wir den Anteil erhöhen.

46 Wir bleiben dabei: Kein Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen und null Tole-
47 ranz bei Futtermitteln. Gentechnisch veränderte Futtermittel öffnen der Gentechnik
48 den Weg in die Nahrungsmittelerzeugung und damit zu den Konsumentinnen und
49 Konsumenten. Deshalb lehnen wir jegliche Aufweichung der sogenannten Nulltole-
50 ranz-Regelung ab.

Wir werden an Bächen und Flüssen ungedüngte Uferstreifen einrichten, um die Gewässer vor Schadstoffen zu schützen.

7.3. Gesunde Umwelt

Wasser

Wasser ist der Ursprung allen Lebens. Der Schutz von Trink- und Grundwasser und allen hessischen Gewässern ist eine wesentliche Voraussetzung für eine intakte Umwelt und eine nachhaltige Wirtschaft. Deshalb werden wir die natürlichen Wasserkreisläufe wiederherstellen, Fließgewässer wo möglich renaturieren, natürliche Überflutungsräume schaffen und einer Versiegelung der Böden entgegenwirken.

Wir setzen uns dafür ein, dass die Versalzung von Werra und Weser abgebaut wird. Dabei achten wir darauf, dass wirtschaftliche Interessen, Arbeitsplätze und der Umwelt- und Gewässerschutz in Einklang gebracht werden. Daher begrüßen wir das Auslaufen der Versenkerlaubnis für Salzabwässer der hessischen Kaliindustrie und die schrittweise Reduzierung der Salzabwässer in Werra und Weser. Um die verbindlichen Anforderungen der EU-Wasserrahmenrichtlinie einzuhalten, unterstützen wir die Empfehlung des Runden Tisches „Gewässerschutz Werra/Weser und Kaliproduktion“ zum Bau einer Pipeline zur Nordsee. Technische Alternativen zur Vermeidung oder Verringerung der Salzfracht müssen weiterhin vorangetrieben werden.

Das Hessische Ried ist für die Trinkwasserversorgung des Rhein-Main-Gebietes seit Jahren notwendig. Das kontinuierliche Absinken des Grundwasserspiegels im Ried mit den daraus resultierenden Vor- und Nachteilen für die Menschen, die Landwirtschaft und die Umwelt stellen eine Herausforderung dar, der wir uns stellen und im Benehmen mit den Betroffenen eine rasche Lösung erarbeiten werden.

Wir werden die Grundwasserabgabe für Grundstückseigentümerinnen und -eigentümer und insbesondere industrielle Großverbraucher von Wasser wieder einführen und daraus Einspar- und Umwelt- sowie Energieprogramme finanzieren.

Die zahlreichen hessischen Seen sind Lebensraum für viele Tiere und Pflanzen, gleichzeitig dienen sie als Naherholungsgebiet für die Menschen. Diesen Einklang werden wir bewahren und weiter unterstützen.

Saubere Luft

Eine gesunde Umwelt und saubere Luft zum Atmen sind für uns keine Luxusgüter. Die öffentliche Hand, die Wirtschaft und jeder Einzelne sind in der Pflicht, dafür zu sorgen, dass wir saubere Luft zum Atmen auch in unseren Großstädte und Ballungszentren haben.

Wir werden mit verbindlichen Luftreinhalteplänen für eine Verbesserung der Luftqualität sorgen. Um dieses Ziel zu erreichen und die Feinstaub- und Stickoxidbelastung zu verringern, kann die Einrichtung von Umweltzonen eine von mehreren wirksamen Maßnahmen sein. Sollten Kommunen die Einrichtung von Umweltzonen als Teil ihrer Luftreinhaltepläne fordern, werden wir diese genehmigen. Weitere wirksame Maßnahmen werden wir ebenfalls fördern. Die Landesverwaltung wird mit gutem Beispiel vorangehen und den CO₂-Ausstoß der Fahrzeuge im Zuge von Neubeschaffungen sukzessive senken.

Wir werden das Landesamt für Umwelt und Geologie (HLUG) weiter stärken, damit Umweltbelastungen früh erkannt und Gegenmaßnahmen ergriffen werden können.

Abfall

Gerade vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Bedeutung von Rohstoffen gilt für uns der Grundsatz Verwertung vor Beseitigung. Die Gesundheit der Menschen und der Schutz der Umwelt genießen jedoch dabei Vorrang vor möglichen wirtschaftlichen Interessen.

Eine SPD-geführte Landesregierung wird geeignete Schritte ergreifen, um effiziente Kontrollmöglichkeiten insbesondere von gefährlichen Abfällen und Sondermüll in Hessen zu schaffen. Mülltourismus lehnen wir ab.

7.4. Verbraucherschutz braucht mündige Verbraucherinnen und Verbraucher

Wir wollen mündige Verbraucherinnen und Verbraucher, die selbstbestimmt und eigenverantwortlich Entscheidungen treffen. Verbraucherberatungsstellen bieten längst nicht mehr nur Beratung an, sondern sind inzwischen zu Lotsen im Angebots- und Tarifdschungel, zu Sensoren für Missstände, zu „interkommunikativen“ Servicestellen, Kompetenzzentren und Interessenvertretung für Verbraucherinnen und Verbraucher geworden.

Wir brauchen einen guten Mix aus geeigneten verbraucherpolitischen Instrumenten. Dabei setzen wir auf Information, Beratung, Bildung und Transparenz. Internetportale, wie z. B. „Lebensmittelklarheit.de“, sind eine wichtige Informationsquelle und sollten auch für andere verbraucherpolitisch relevante Themen eingerichtet werden. Die institutionelle Verbraucherarbeit ist auf eine solide finanzielle Grundlage zu stellen.

Das Erlernen eines aufgeklärten Umgangs mit Lebensmitteln beginnt im Kindesalter. Der Ausbau der Ernährungsbildung an Kindergärten und Schulen ist ein wichtiger Baustein, um die Veränderung von Konsumgewohnheiten zu fördern, Lebensmittelverschwendung zu vermeiden und nachhaltigen Konsum zu lernen.

Die Verbraucherinnen und Verbraucher benötigen Lebensmittelsicherheit von Feld oder Stall bis auf den Tisch. Für die Durchführung der amtlichen Lebensmittelüberwachung müssen genügend Personal und Sachmittel zur Verfügung stehen.

Verbraucher/innen haben ein Recht darauf, über die Ergebnisse der amtlichen Lebensmittelkontrollen informiert zu werden. Um dies zu erreichen, sprechen wir uns für eine Hygiene-Kennzeichnung für Gastronomie, Lebensmittelgeschäfte, Märkte, Kantinen, Caterer, Direktvermarkter und Lebensmittel verarbeitende Betriebe aus.

Gentechnikfreie Nahrungsmittel

Wir lehnen die Verwendung von gentechnisch veränderten Pflanzen in Futter- und Lebensmitteln ab.

Die landeseigene Marketinggesellschaft „Gutes aus Hessen e.V.“ soll in der gesamten Produktionskette gentechnikfreie Lebensmittel unterstützen. Der kontinuierliche Ausbau der Verbraucherforschung ist angesichts der fortschreitenden Anwendung von Bio-, Gen- und Nanotechnologie in der (Land-)Wirtschaft erforderlich. Wir unterstützen die Biosicherheitsforschung, um die Auswirkungen des verstärkten Einsatzes von Gentechnik zu untersuchen.

7.5. Tierschutz

Vorbeugender Tierschutz – endlich auch in Hessen

Art. 20a GG verpflichtet seit über 10 Jahren auch die Länder dazu, in ihrem Handeln dem Staatsziel Tierschutz zu entsprechen. Seitdem hat sich ausweislich der jährlichen Tierschutzberichte die Situation der Tiere nicht grundlegend verbessert. Der Verbrauch der Labortiere steigt, noch immer werden Tiere artwidrig den Haltungsbedingungen der Landwirtschaft angepasst, statt diese tiergerechter zu machen, die staatlichen Überwachungsbehörden für die Tierschutzkontrollen sind notorisch unterausgestattet, der ehrenamtliche Tierschutz wird als Ausfallbürge für unterbliebene Halterverantwortung überfordert.

Vorbeugende Tierschutzpolitik nutzt den betroffenen Tieren besser als jede Nachsorgemaßnahme und entlastet die Tierheime. Mit mehr Aufklärung über notwendiges Halterwissen und Halterverantwortung wollen wir in Zusammenarbeit mit Tierschutz, Kommunen und den Zoologischen Betrieben in Hessen Tierschutzfällen stärker vorbeugen und die notorische Überinanspruchnahme des karitativen Tierschutzes eindämmen. In Zusammenarbeit mit dem Deutschen Tierschutzbund wollen wir für mehr ehrenamtliche Tierschutzpädagoginnen und -pädagogen sorgen. Neben der Stärkung der Halterverantwortung im Bereich der Hunde und Katzen wollen wir mit den hessischen Kommunen eine Lösung der sogenannten Fundtierregelung finden. Sachgerechtere Landesregelungen rund um den Hund (Pflichtenaufklärung, Chip- und Registrierpflicht) sollen den Tierheimen die über 3 Mio. Kosten für die Überforderungsabgaben abnehmen.

Wir sprechen uns dafür aus, im Einvernehmen zwischen der Landesregierung, dem Tierschutz und dem Tierhandel, der Futtermittelindustrie sowie den hessischen Kommunen eine Stiftung einzurichten, mit deren Erträgen die Tierheime unterstützt werden können.

Tierschutzgerechte Nutzung und Haltung

Wir setzen uns dafür ein, die Überwachung von Tiertransporten praktisch sicherzustellen. Wir werden uns mit einem nachvollziehbaren Stufenplan dafür einsetzen, die hessische Masttierhaltung und Tierzucht tiergerechter zu machen.

Auch Schlachten muss tierschutzgerecht sein. Es geht grundsätzlich darum, Schlachttransporte kürzer zu machen und sicherzustellen, dass die heutigen Schlachthofstrukturen nicht auf Kosten des Tierschutzes gehen (Fehlbetäubungen u. ä.). Auch hier werden wir uns weiterhin für die personelle Aufstockung der Veterinärbehörden einsetzen, aber auch die Aufklärungsarbeit des ehrenamtlichen Tierschutzes in diesem Bereich unterstützen.

1 Neben den Interessen der Waldwirtschaft, der Landwirtschaft und des Jagdpachtwe-
2 sens betrifft die Jagd auch Gesichtspunkte des Tierschutzes. Wir werden uns dafür ein-
3 setzen, dass das hessische Jagdrecht einen grundrechtskonformen Abgleich aller Inter-
4 essensaspekte vornimmt und den Tierschutz nicht vernachlässigt. Aus den Mitteln der
5 Jagdsteuer müssen Auswilderung und Wildtierauffang überörtlich unterstützt wer-
6 den.

8 **Tierversuche**

9 Wir streben einen schrittweisen Ersatz von Tierversuchen durch alternative Versuchs-
10 anordnungen an. Hierzu werden wir eine zentrale Sammlung alternativer Versuchs-
11 formen unterstützen und bewerben. Weiterhin werden wir eine Professur speziell für
12 das Gebiet Tierversuche und alternative Versuchsformen schaffen. Bis dahin wollen wir
13 eine paritätische Besetzung der Ethikkommissionen durch den Tierschutz und die Tier-
14 nutzer gegen eine angemessene Aufwandsentschädigung sowie eine Berufungsstelle
15 für einvernehmliche Voten gegen einen Tierversuch.

17 **Mitwirkungsrechte stärken**

18 Dem Tierschutz fehlt bis heute das Verbandsklagerecht. Vor diesem Hintergrund wer-
19 den wir unseren mit den Verbänden entwickelten Gesetzentwurf für ein Gesetz über
20 das Verbandsklagerecht und Mitwirkungsrechte für Tierschutzverbände (Tier-
21 schutzVMGHessen) erneut in den Hessischen Landtag einbringen.

22 Es wird geprüft, die Rechte der Landestierschutzbeauftragten und des Landestier-
23 schutzbeirates zu erweitern, weiterhin, die mündliche Einbringung des jährlichen Tier-
24 schutzberichts ins Parlament und die Ausgestaltung einer Clearingstelle für Tierschutz-
25 kontrollkonflikte.

8. Kultur, Medien und Netzpolitik

Kunst und Kultur kommt in einer zunehmend individualisierten Gesellschaft eine bedeutende Rolle zu. Netzpolitik bietet die Chance in einer demokratisch verfassten, bürgernah orientieren und transparent gestalteten Welt Willensbildungsprozesse zu organisieren. Sowohl der Kultur- als auch der Medienbereich sind ein schnell wachsender Wirtschafts- und Arbeitsmarkt. Für uns ist die Förderung von Kunst, Kultur und Medien eine wichtige gesamtgesellschaftliche Investition in die Zukunft. Deshalb wollen wir die Rahmenbedingungen für die Produktion als auch die Rezeption von Kunst, Kultur und Medien verbessern.

8.1. Kunst in Hessen

Landeskulturpolitik und kommunale Kulturpolitik in Hessen sind in besonderem Maße geprägt durch das fruchtbare Nebeneinander von bedeutenden Zeugnissen des geistig-künstlerischen Erbes und zukunftsweisenden Elementen der Moderne in allen Bereichen der Kunst und des Lebens. Ländliche, kommunale und regionale Traditionen sind ebenso gegenwärtig wie eine rege weltoffene internationale Szene und ein globaler Austausch, wobei die unterschiedlichsten Formen und Standards der Kultur – von klassischen Genres bis zu den Erscheinungen der Jugendkultur und avantgardistischen Innovationen – gleichermaßen das facettenreiche Gesamtbild der Kultur in Hessen bestimmen.

Entscheidende Prinzipien kulturpolitischen Handelns sind neben der Offenheit und Vorurteilsfreiheit gegenüber allen innovativen Äußerungsformen der Kreativität vor allem die Verteidigung der Freiheit der Kunst, die kooperative Gesprächsbereitschaft gegenüber denen, die Kultur schöpferisch hervorbringen oder aber sie vermitteln, die Verbesserung der Arbeits- und Existenzbedingungen von Künstlerinnen und Künstlern, die Sicherung der Entwicklungs- und Wirkungsmöglichkeit kultureller Einrichtungen und der Einsatz für eine sozial verbreiterte Teilhabe an Kultur. Dazu zählt auch die interkulturelle Öffnung von Kultureinrichtungen. Insgesamt muss der Anspruch der Kultur als ein eigenständiger und selbstverständlicher Wert des individuellen wie gesellschaftlichen und staatlichen Lebens wieder stärker hervorgehoben werden. Wir werden einen Kulturförderbericht vorlegen.

Deshalb wollen wir die Kulturförderung in Hessen schrittweise ausbauen und schlagen dafür eine Reihe von Maßnahmen vor.

Kulturelle Bildung von Kindern und Jugendlichen fördern

Die kulturelle Bildung von Kindern und Jugendlichen stellt einen besonderen Schwerpunkt unserer Kulturpolitik dar. Kulturelle Bildung bedeutet gesellschaftliche Teilhabe. Organisatorisch setzen wir dabei insbesondere auf die kulturelle Bildung in den Schulen. Kulturelle Bildung ist aber auch Gegenstand der außerschulischen Jugendarbeit, sie soll verstärkt in den soziokulturellen Zentren, öffentlichen Bibliotheken, Theatern, Kulturvereinen und Vereinen der Brauchtums- und Traditionspflege in Hessen stattfinden.

1 Die Förderung der Kinder- und Jugendarbeit an den Theatern, die eine staatliche Förde-
2 rung erhalten, wird verbindlich gemacht. Die SPD will einen „Innovationsfonds Kultur“
3 einrichten, in dessen Rahmen sich Kultureinrichtungen mit Projekten im Bereich der
4 kulturellen Bildung für Kinder und Jugendliche bewerben können.

5
6 Um mittelfristig zu geeigneten, landesweiten Programmen im Bereich der kulturellen
7 Bildung zu gelangen, wird die SPD eine hessische Kommission „Kulturelle Bildung“ ein-
8 berufen.

10 Theaterförderung und regionale Kooperation

11 Hessen hat mit seinen drei Staatstheatern und den Landestheatern in Gießen und
12 Marburg sowie den Theaterhäusern in Frankfurt eine reiche Theaterlandschaft, die wir
13 erhalten wollen. Die Hessische SPD will ein neues Modell der Finanzierung der Staats-
14 und Landestheater prüfen. Dazu wollen wir eine gemeinsam vom Land und der kom-
15 munalen Seite getragene Finanzierung im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs
16 entwickeln, die Verträge mit den Standortstädten der Theater neu fassen und für eine
17 neue Planungskultur sorgen. Neben den Theatern und Gruppen der freien Szene wollen
18 wir mit den Theaterwissenschaften und der hessischen Theaterakademie Produktions-
19 formen entwickeln.

21 Museen

22 Unsere Museen sind Orte der Kunst, des kulturellen Gedächtnisses, der Naturkunde
23 und der Auseinandersetzung mit Kunst und Kultur. Eine konzeptionelle Verdichtung
24 und Profilierung ist insbesondere für die staatlichen Museen geboten. Dabei unterstüt-
25 zen wir nachhaltig die Fokussierung der Naturwissenschaftlichen Sammlung der Sen-
26 ckenberg-Gesellschaft. Die Attraktivität der nicht staatlichen Museumseinrichtungen
27 wollen wir in Kooperation mit den Kommunen finanziell unterstützen.

28
29 Die SPD will die Stärkung der Museumskultur in den hessischen Regionen. Wir werden
30 einen Landesmuseumsbeirat einrichten, der nach künstlerischen Gesichtspunkten in-
31 ternationale Kooperationen vorantreibt. Die hessische Sozialdemokratie bekennt sich
32 zur documenta. Um deutlicher als bisher Stärken des kulturellen Gedächtnisses der
33 einzelnen Museen herauszuarbeiten und zu vermitteln, werden wir ein angemessenes
34 Budget für den kontinuierlichen Sammlungsausbau bereitstellen. Dazu gehört auch die
35 wissenschaftliche Erschließung der Sammlungsschwerpunkte.

37 Soziokultur und regionale Kulturförderung

38 Die Soziokultur hat in Hessen einen festen Platz. Nach wie vor geht es darum, die Ge-
39 sellschaft durch Kultur zu demokratisieren. Soziokultur ist heute ein wichtiger Beitrag
40 zu einer „Kultur für alle“. Soziokultur ist sowohl eine kommunale als auch eine lan-
41 despolitische Aufgabe. Wir streben eine Drittelfinanzierung (Land, Kommune, Einnah-
42 men) der soziokulturellen Einrichtungen an. Wir wollen einen Fonds für Gesellschafts-
43 kultur für besondere Produktionen, Projekte, Veranstaltungsreihen und Kunstaktionen
44 einrichten. Wir werden ein Investitionsprogramm für Einrichtungen der Soziokultur
45 prüfen.

Kreativwirtschaft und Filmförderung

Die Kreativwirtschaft gehört zu den am stärksten wachsenden Wirtschaftszweigen. Besonders günstige Entwicklungsbedingungen finden sich dort, wo Technologie, Talent und Toleranz zusammengebracht werden - in der Filmbranche und auch in der Games-Branche. Hessen ist ein Film- und Gamesland mit einem besonderen Profil und ermöglicht den Institutionen des Films gute Standortbedingungen..

Deshalb wollen wir die kulturelle und wirtschaftliche Filmförderung weiterentwickeln und die Förderinstrumente neu strukturieren. Wir werden die Arbeit der Film- und Medienakademie stabilisieren und in die Arbeit des Filmhauses Frankfurt einbinden. Wir werden die eDIT als wichtigstes Filmemacher-Festival erhalten und neu ausrichten sowie den Hessischen Filmpreis neu profilieren.

Kulturkooperation und Kulturfonds

Wir wollen einen Beitrag des Landes zur besseren Zusammenarbeit im Kulturbereich leisten. Wir setzen nicht auf Zwang, sondern auf Kooperation. Insbesondere der Kulturfonds Rhein-Main und die anderen, im Kulturbereich aktiven Organisationen müssen ihre Arbeit aufeinander beziehen und abstimmen. Die regionalen Kultursommer sind Bestandteil der Förderlandschaft des Landes Hessen.

Musikförderung

Die Förderung der Musik in Hessen ist uns ein wichtiges Anliegen. Dabei gilt es, vor allem die professionelle und qualifizierte Ausbildung als auch die beruflichen Chancen von Orchestermusikern wie von Solisten in allen Bereichen der musikalischen Praxis von der Klassik über die Neue Musik bis zum Jazz, zu Rock und Pop und zu populären Sparten zu sichern. Wir wollen mit den öffentlichen Musikschulen insbesondere bildungsferne Schichten gezielt ansprechen. Hierfür sind die Grundlagen der Kooperation "Schule - Musikschule" deutlich zu verbessern. Dazu müssen die Musikschulen verbindlich gefördert und in ihrer Qualität gesichert werden. Es soll eine Drittelfinanzierung (Land, Kommunen, Unterrichtsentgelte) angestrebt werden. Eine umfassende musikalische Bildung mit Fachkräften muss in das Ganztagschulkonzept eingebunden sein. Dazu gehört auch die Anerkennung für ehrenamtliches Engagement in diesem Bereich, unter anderem in den Konzertvereinen und den Chor- und Orchestergemeinschaften.

Literatur

Wir setzen uns ein für die Förderung des literarischen und philosophischen Lebens. Wir unterstützen (Nachwuchs-)Autorinnen und Autoren, deren Veröffentlichungen und das Bemühen, Publikum und Resonanz für ihre gestalterische Sichtweise und Verarbeitung zu finden. Der Hessische Literaturrat wird weiterhin in seiner Arbeit unterstützt und gefördert. Wir werden die Autorenstipendien auch unter der Mithilfe von Sponsorinnen und Sponsoren ausweiten. Die großen hessischen Literaturpreise, insbesondere der Georg-Büchner-Preis und die Arbeit der Akademie für Sprache und Dichtung verdienen unsere Förderung. Wir wollen, dass Literatinnen und Literaten einen Beitrag zur kulturellen Bildung auch an Schulen leisten. Es soll ein landesweiter Lesewettbewerb ausgeschrieben werden und während der Buchmesse „Hessen liest“ wieder stattfinden. Wir bekennen uns zur Buchmesse in Frankfurt. Sie muss am Standort erhalten bleiben. Die öffentlichen Büchereien und Bibliotheken sollen landesweit gefördert

1 werden. Durch verbindliche Kooperationen mit den Schulbibliotheken sollte es zu kei-
2 ner Doppelförderung kommen.
3

4 **Denkmalpflege, historisches Erbe und Baukultur**

5 Die Entwicklung und die Pflege des historischen Erbes ist für die Identität des Landes
6 Hessen von herausragender Bedeutung. Unsere Schlösser und Gärten, die Burgen und
7 historischen Bauten unseres Landes gilt es zu erhalten. Wir werden das Netzwerk Eh-
8 renamtlicher im Bereich der Denkmalpflege unterstützen und den Aufbau eines Kul-
9 turlandschaftskatasters prüfen.

10
11 Wir wollen die Baukultur in Hessen stärken und unterstützen. Für alle öffentlichen
12 Bauten soll in der Landesverwaltung ein Fachgremium gebildet werden, das Vorschläge
13 für Maßnahmen für „Kunst am Bau“ unterbreitet. Wir werden eine eigene Stiftung
14 Baukultur Hessen schaffen.
15

16 **Bildende Kunst**

17 Wir werden neue Modelle zur Förderung bildender Künstlerinnen und Künstler, insbe-
18 sondere am Anfang einer künstlerischen Karriere, entwickeln und die dokumentarische
19 Aufgabe der öffentlichen Hand gegenüber der Gegenwartskunst stärker wahrnehmen.
20 Wir werden die Jugendkunstschulen in Hessen konzeptionell unterstützen und ihre
21 Kompetenzen zur Entwicklung der kulturellen Bildung einbeziehen. Wir werden den
22 Bereich des Designs, der mit seinen kreativen Potentialen entscheidend zur Bedeutung
23 der Gestaltung in der Lebenspraxis beiträgt, stärken.
24
25
26

27 **8.2 Medien und Netzpolitik**

29 **Modernisierung des Rundfunkauftrags**

30 Der öffentlich-rechtliche Rundfunk hat eine Vorbildfunktion. Hier ist bei den Gremien
31 des Hessischen Rundfunks noch Nachholbedarf. Wir streben daher eine Novelle des
32 HR-Gesetzes an, mit dem Ziel einer besseren Beteiligung gesellschaftlich relevanter
33 Gruppen insbesondere von Frauen im Rundfunkrat. Dies gilt auch für die Versammlung
34 der Landesanstalt für privaten Rundfunk.
35

36 Wir werden prüfen, wie es im Rahmen der gesetzlichen Regelungen des Rundfunk-
37 staatsvertrages möglich ist, die Angebote des HR länger als sieben Tage im Netz abruf-
38 bar zu machen.
39

40 Medienpolitik muss sich in Zukunft weniger mit dem Verhältnis privater und öffent-
41 lich-rechtlicher Rundfunkanbieter auseinandersetzen, sondern stärker mit der Konver-
42 genz unterschiedlicher Medien, die einerseits dem Rundfunkrecht und andererseits
43 dem Telekommunikationsrecht unterliegen. Die SPD Hessen setzt dabei primär auf
44 Mechanismen der Selbstkontrolle und Selbstregulierung.
45

46 Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist eine der tragenden Säulen in der hessischen
47 Rundfunklandschaft. Wir werden seine Weiterentwicklung in einer veränderten Me-

1 dienlandschaft im Sinne des öffentlich-rechtlichen Rundfunkauftrags begleiten.
2 Grundlage für eine verlässliche Finanzierung sind konstante Gebühreneinnahmen.

3
4 Wir wollen die Landesanstalt für privaten Rundfunk und Neue Medien in ihrer Funktion
5 als Zentrum für Medienpädagogik stärken. Wir werden die nach dem Rundfunkstaats-
6 vertrag den Landesmedienanstalten zustehenden Mittel bereitstellen.

7 Wir sprechen uns für den Bestand und die Entwicklung der nicht-kommerziellen Lokal-
8 radios und Medienprojektzentren Offene Kanäle aus. Sie sind integraler Bestandteil der
9 regionalen Rundfunklandschaft und eine wichtige Bürgerkommunikationsplattform,
10 die im Bereich der Medienpädagogik unverzichtbar sind.

12 **Vielfältige Presselandschaft erhalten**

13 Wir wollen die vielfältige Presselandschaft in Hessen. Wir werden prüfen, ob eine Zu-
14 sammenführung des Landespressegesetzes und des Gesetzes über den Privaten Rund-
15 funk sinnvoll möglich ist.

16
17 Wir setzen uns für eine weitreichende Transparenz der Eigentümergehörnisse aller
18 Medien ein. Wir wollen, dass im Medienbereich sichere und qualifizierte Arbeitsplätze
19 entstehen. Dazu gehört auch die Einbeziehung der personalrätlichen Betreuung von
20 freien und sogenannten festen-freien Mitarbeitern. Dazu werden die entsprechenden
21 gesetzlichen Grundlagen schaffen. Wir werden darauf hinwirken, dass auch bei den
22 privaten Rundfunkanbietern Mitbestimmung herrscht.

24 **Medienkompetenz fördern**

25 Medienkompetenz ist eine unverzichtbare Schlüsselqualifikation und die Grundlage für
26 lebensbegleitendes Lernen. Medienkompetenz ist für uns auch die Voraussetzung für
27 einen wirksamen Kinder- und Jugendmedienschutz. Der Bereich der Medienkompe-
28 tenzförderung soll bei der Landesanstalt für privaten Rundfunk und Neue Medien (LPR)
29 weiter verbessert und vernetzt werden. Wir werden dafür Sorge tragen, dass es frei
30 zugängliche Lernangebote und Gelegenheiten zum Erwerb von Medienkompetenz in
31 Hessen gibt, insbesondere für Kinder, Jugendliche, ältere Menschen und Menschen, die
32 sozial benachteiligt sind. Ziel ist ein möglichst barrierefreier, selbstbestimmter Um-
33 gang mit dem Internet, Computern und Medieninhalten. Des Weiteren gehört für uns
34 zur Medienkompetenz auch die Vermittlung von Wissen über Datenschutz, insbeson-
35 dere in sozialen Netzwerken, den sogenannten Social-Media Angeboten.

37 **Netzpolitik in Hessen**

38 Das Internet ist ein freies und offenes Medium. Wir wollen, dass das so bleibt. Jeglicher
39 Form der Einschränkung des freien Zugriffs auf das Netz und seine Inhalte werden wir
40 entschieden entgegengetreten.

41
42 Rechtsgrundsätze des Datenschutzes müssen gewahrt bleiben. Netzsperrern lehnen wir
43 grundsätzlich ab. Wir setzen uns für die Barrierefreiheit im Netz ein, damit Menschen
44 mit Behinderung das Internet umfänglich nutzen können.

45
46 Bürgerinnen und Bürger, die sich der Diskussion, Nutzung und Weiterentwicklung frei-
47 er Software widmen, spielen eine wichtige Rolle bei der Vermittlung von technischem
48 Wissen und helfen aktiv und ehrenamtlich mit, die digitale Kluft in der Gesellschaft zu

1 verringern. Mit Rat und Tat werden wir daher die Aktivitäten solcher Verbände im
2 Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel unterstützen.

3
4 Die digitale Welt ermöglicht zunehmend, die Interaktion der Bürgerinnen und Bürger
5 mit staatlichen Institutionen über das Internet auszuüben.

6
7 Wir unterstützen diese Entwicklung insbesondere im Bereich der Mitbestimmung und
8 des Informationsflusses. Dies beginnt für uns mit der Übertragung von öffentlichen
9 Sitzungen des Landtags im Internet und der rechtsverbindlichen Nutzung von Online-
10 Petitionen durch Bürgerinnen und Bürger.

11 Bei der Vergabe öffentlicher Aufträge wird eine SPD-geführte Landesregierung Open
12 Source-Alternativen gegenüber den Angeboten konventioneller Software prüfen. Bei
13 rentablen Open Source-Lösungen, die eine Förderung des hessischen Mittelstandes
14 nach sich ziehen, werden diese bevorzugt.

15
16 Wir werden das Urheberrecht mit einer eigenen Bundesratsinitiative weiterentwickeln.
17 Wir stehen für einen gerechten Ausgleich zwischen den Rechten der Urheber und den
18 Interessen der Nutzer. Zu prüfen ist die Möglichkeit einer Kulturflatrate.

19
20 Wir werden uns verstärkt mit dem Thema des freien Zugangs zu wissenschaftlichen
21 Publikationen im Wissenschaftsbetrieb auseinandersetzen.

22
23 Die SPD sieht auch im Betrieb von Netzwerk-Infrastruktur Energiesparpotential. Wie
24 fördern energiesparende Informationstechnologien und wollen auch hier die Energie-
25 wende vorantreiben.

9. Verantwortliche Finanzpolitik

9.1 Staatliche Aufgaben angemessen finanzieren – Gerechtigkeit herstellen

Insbesondere die FDP, aber auch die CDU, haben über Jahrzehnte einem ausgezehrteten Staat das Wort geredet, Steuergeschenke für Lobbygruppen durchgesetzt, Steuererhöhungen für Reiche und Hochverdiener abgelehnt, Privatisierungen gefördert, staatliche Verantwortung eingeschränkt und staatliches Handeln geschwächt. Dies rächt sich nun. Der Spalt zwischen Arm und Reich wird immer größer. Zudem können viele notwendige Aufgaben nicht oder nur unzureichend erledigt werden. Im Bereich seiner öffentlichen Investitionen lebt Deutschland von der Substanz.

Aus dem Entwurf des vierten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung geht hervor, dass die Reichsten immer reicher werden. Das private Nettovermögen hat sich allein zwischen 2007 und 2012 um 1,4 Billionen Euro erhöht - allerdings ist der Wohlstand sehr ungleichmäßig verteilt. Die reichsten zehn Prozent der Deutschen verfügen über mehr als die Hälfte des Gesamtvermögens, der unteren Hälfte der Haushalte bleibt gerade mal ein Prozent. Und der Anteil des obersten Zehntels ist in den letzten Jahren immer weiter gestiegen. 1998 belief er sich noch auf 45 Prozent, 2008 lag er bereits bei mehr als 53 Prozent des Nettogesamtvermögens.

Zugleich haben sich die Nettolöhne für viele Menschen in den vergangenen Jahren deutlich verschlechtert. So hat sich der Niedriglohnsektor auch in Hessen rasant ausgedehnt. Laut OECD haben sich in keinem entwickelten Land Armut und soziale Ungleichheit so schnell ausgebreitet wie in Deutschland.

Während in Deutschland Geringverdienende und Alleinerziehende vor allem durch Sozialabgaben stark belastet werden, liegt die Vermögens- und Erbschaftsbesteuerung in Deutschland unter dem Durchschnitt der OECD-Länder. Durch die wachsende Ungleichverteilung der Einkommen ist automatisch auch die Ungleichverteilung der Vermögen gewachsen. Steigende Ersparnisse von Menschen mit hohen Einkommen verstärken die Vermögenskonzentration. Es ist deshalb ein Gebot der Gerechtigkeit, die hohen Vermögen und auch hohe Einkommen angemessener an der Finanzierung staatlicher Aufgaben zu beteiligen.

Die gesamtwirtschaftliche Steuerquote liegt in Deutschland derzeit bei rund 22 Prozent. Selbst unter Berücksichtigung des zwischenzeitlichen Wachstums des Bruttoinlandsprodukts stehen heute dem Staat weniger Einnahmen im Verhältnis zur Wirtschaftsleistung zur Verfügung als in vergangenen Jahrzehnten.

Diese Unterdeckung der öffentlichen Haushalte hat viel damit zu tun, dass die notwendigen Einnahmen nicht erhoben wurden und werden, nun aber von denen, die finanziell ihren Beitrag ohne weiteres leisten könnten, jetzt endlich erhoben werden müssen.

9.2 Notwendige staatliche Aufgaben

Zwar ist in politischen Debatten häufig zu hören, dass die öffentliche Hand über ihre Verhältnisse gelebt habe, aber eine Auswertung der staatlichen Ausgabenentwicklung zeigt, dass diese Behauptung falsch ist. Vielmehr zeichnet sich der deutsche Staat seit Jahren durch einen extrem schwachen Anstieg der Ausgaben aus. In Deutschland sind die Ausgaben der Länder in den Jahren 2001-2011 im Jahresdurchschnitt nominal gerade einmal um 1,5 Prozent gestiegen.

Wichtige öffentliche Aufgaben werden unzureichend finanziert. So gehen Bildungsforscher davon aus, dass z. B. für Kleinkinder mehr als 200.000 Betreuungsplätze bundesweit fehlen. Das Ziel von Bund und Ländern, den Anteil der Bildungsausgaben bis 2015 auf 10 Prozent des Bruttoinlandsprodukt zu steigern, ist in weite Ferne gerückt.

Auch die dezentrale Energiewende ist mit etwa 1,5 bis 2,0 Mrd. Euro pro Jahr in Deutschland unterfinanziert.

Viele Städte und Gemeinden sind an der Grenze ihrer Handlungsfähigkeit, haben erhebliche jährliche Defizite und sind hoch verschuldet, weil ihnen immer mehr Aufgaben und damit Ausgaben zugewiesen wurden (z. B. für die Kinderbetreuung, Sozialausgaben). Die SPD konnte bei den Verhandlungen zu den Regelsätzen des Arbeitslosengeldes II im Bundesrat durchsetzen, dass die Kommunen durch den Bund für die Kosten der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung entlastet werden. Damit erhalten die Kommunen ab 2015 mehr als 5 Milliarden Euro Kostenerstattung.

Im Rahmen der Vereinbarung über die Zustimmung der Bundesländer zum Vertrag über den Fiskalpakt wurden auf Betreiben der SPD weitere Kostenübernahmen durch den Bund zugesichert, der sich demnach bei den Kosten für die Eingliederungshilfen für Behinderte (Entlastung ca. 4 Mrd. Euro) stärker beteiligen wird. Eine finanzielle Entlastung für die Kommunen soll es zudem bei der Förderung der Kindertagesplätze und beim Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs geben. Trotzdem bleibt die Lage der Kommunen - insbesondere in Hessen - angespannt.

Insbesondere der Griff der Landesregierung in die Kommunalkasse in Höhe von 344 Millionen Euro ist eine unzumutbare Belastung; der sogenannte Schutzschirm für die Kommunen ist angesichts dieser Tatsache und der erheblichen Verschuldung der hessischen Kommunen unzureichend.

Bei den öffentlichen Investitionen gibt es erheblichen Nachholbedarf. Studien zeigen, dass wir z. B. im Straßenbau von der Substanz leben und nicht genügend Mittel bereitstellen, um nur die Ersatzinvestitionen zu tätigen. Nach Eurostat, dem Statistischen Amt der Europäischen Union, investierte der Staat in Deutschland 2010 nur 1,64 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP). Fast 1 Prozent des BIP beträgt damit der Rückstand zum Durchschnitt der staatlichen Investitionen in der Eurozone. Es geht also darum, öffentliche Investitionen für Straßen, Schiene (ÖPNV), Infrastruktur zu steigern.

9.3 Steuergerechtigkeit herstellen

Die hessische SPD kämpft für mehr Steuergerechtigkeit. Die Bundes-SPD hat mit Parteitagsbeschluss vom 6. Dezember 2011 ihre Vorhaben für mehr Steuergerechtigkeit dargelegt. Durch 37 Mrd. Euro Mehreinnahmen von Bund, Ländern und Kommunen

1 und einem Subventionsabbau von 14 Mrd. Euro soll ein „Nationaler Pakt für Bildung
2 und Entschuldung“ entstehen. Ab 2016 sollen rund 20 Mrd. Euro den Ländern und Ge-
3 meinden durch Mehreinnahmen (10 Mrd. Euro Vermögenssteuer, 3,2 Mrd. Euro Rück-
4 nahme der Steuergeschenke für Hoteliers und 2,5 Mrd. Euro durch Spitzensteuersatz-
5 erhöhung und Umgestaltung Ehegattensplitting) zu Gute kommen, weitere 4,6 Mrd.
6 Euro sollen Ländern und Gemeinden durch Subventionsabbau zufließen. Damit könnte
7 das Land Hessen mit jährlichen Mehreinnahmen von ca. 1,1 bis 1,3 Mrd. Euro rechnen.

8
9 Alleine die Einführung einer Vermögensteuer schlägt in Hessen mit rund 800 Mio. Eu-
10 ro, die geplanten Änderungen bei der Einkommensteuer mit rund 200 Mio. Euro zu
11 Buche. Selbst wenn nicht alle Maßnahmen des Subventionsabbaues greifen, verbleibt
12 dort auch nochmals ein Spielraum von rund 150 bis 300 Mio. Euro. Die Einführung eines
13 Mindestlohns könnte rund 120 Mio. Euro Steuermehreinnahmen in Hessen erbringen.

14
15 Nach den Zuführungen des Landes in den Kommunalen Finanzausgleich würden des-
16 halb beim Land ca. 950 Mio. Euro Mehreinnahmen verbleiben. Den hessischen Kom-
17 munen würden rund 300 bis 400 Mio. zusätzlich zufließen. Zudem wollen wir in der
18 Steuerverwaltung des Landes die Zahl der Betriebsprüferinnen und -prüfer sowie
19 Steuerfahnder Schritt für Schritt aufstocken, was sich ebenfalls positiv auf die Einnah-
20 men auswirkt.

21
22 Alle diese Vorhaben sind aus Gründen der Steuergerechtigkeit, aber auch aus dem
23 Grunde erforderlich, um die notwendigen staatlichen Aufgaben angemessen finanzia-
24 ren zu können.

25 Dass wir in Deutschland Steuergerechtigkeit herstellen und die öffentliche Hand da-
26 mit in die Lage versetzen, ihren gesellschaftlichen Aufgaben nachzukommen, ist für
27 den Zusammenhalt unserer Gesellschaft und für den sozialen Frieden unabdingbar.
28 Durch eine dauerhafte Erhöhung der staatlichen Einnahmen schaffen wir die Grund-
29 voraussetzung dafür.

30 Dafür treten Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten bei der anstehenden Bundes-
31 tagswahl und der hessischen Landtagswahl gemeinsam ein.

32
33 CDU und FDP haben in ihrer Regierungszeit über 25 Milliarden Euro neue Schulden an-
34 gehäuft und damit erhebliche Lasten für kommende Haushalte verursacht. Zudem
35 wurde Landesvermögen - vor allem Gebäude - in Milliardenhöhe veräußert. Wir wer-
36 den den Ausverkauf des Landesvermögens stoppen.

37
38 Schritt für Schritt werden wir die Nettoneuverschuldung zurückführen. Dies setzt ein
39 verantwortliches Ausgabeverhalten voraus. Alle Ausgaben des Landes sind darauf zu
40 überprüfen, ob sie notwendig sind und ob das jeweilige Ziel effektiver als bisher er-
41reicht werden kann. Wir werden z. B. die Bereitstellung öffentlicher Mittel für private
42 Eliteschulen und private Elitehochschulen auf Normalmaß zurückführen. Die Finanz-
43 politik muss wieder vom effizienten Umgang mit den finanziellen Ressourcen des
44 Landes geprägt sein. Durch verantwortlichen Umgang mit den Landesfinanzen kann
45 aus heutiger Sicht ein dreistelliger Millionenbetrag erschlossen werden. Bei der „Neuen
46 Verwaltungssteuerung (NVS)“ wollen wir Doppelstrukturen abbauen, um Mittel einzu-
47 sparen.

48 Wir sind uns bewusst, dass Sparen an der falschen Stelle zu hohen gesellschaftlichen
49 Kosten führen kann. Wer unzureichende Bildungsinvestitionen veranlasst, nimmt Zu-
50 kunftschancen. Wer jungen Menschen keine Perspektive bietet, braucht sich über ge-
51 sellschaftliche Folgekosten nicht zu wundern. Verantwortliches Sparen ist das Ziel.

1 Die weitere Privatisierung öffentlicher Aufgaben werden wir stoppen. Wir wollen
2 stattdessen ein effizientes öffentliches Management, das nicht auf schnelle Gewinn-
3 maximierung fixiert ist. Scheinbare, kurzfristige Haushaltserfolge durch Privatisie-
4 rungsmaßnahmen werden oftmals mit deutlichen Belastungen der Bürgerinnen und
5 Bürger oder Leistungsverlechterungen auf mittlere Sicht erkaufte. Die Erfahrungen
6 mit dem Verkauf der Universitätskliniken in Gießen und Marburg, mit der Teilprivati-
7 sierung der Justizvollzugsanstalt in Hünfeld, mit öffentlich-privaten-
8 Partnerschaftsmodellen z. B. beim Polizeipräsidium in Kassel oder auch bei Privatisie-
9 rungskonzepten in der Straßenverwaltung zeigen dies.

10
11 Wir stehen zur in der Hessischen Verfassung mit der Schuldenbremse verankerten Ein-
12 nahme- und Ausgabenverantwortung von Regierung und Parlament. Wir werden da-
13 her eine Bundesratsinitiative zur Wiedererhebung der Vermögenssteuer ergreifen,
14 ebenso wie für eine gerechtere Besteuerung großer Vermögen im Erbschaftsfall und
15 die Erhöhung des Spitzensteuersatzes.

16
17 Der gerechte Steuervollzug wird durch eine Verstärkung bei den Steuerfahndern und
18 Betriebsprüfern verbessert werden.

19
20 Die Zahlungen Hessens im Länderfinanzausgleich sind Ausdruck der Verpflichtung aus
21 dem Grundgesetz, gleichwertige Lebensbedingungen in ganz Deutschland zu errei-
22 chen. Hessen zahlt in erheblichem Umfang. Wir setzen auf Verhandlungen mit den
23 Nehmerländern, um künftig für Hessen eine günstigere Lösung zu erreichen.

24
25 Die mit diesen Maßnahmen verbundenen Einnahmeverbesserungen werden wir ziel-
26 gerichtet für unsere politischen Schwerpunkte verwenden.

27
28 Wir wollen in der kommenden Legislaturperiode im Landeshaushalt ein „gender bud-
29 geting“ einführen, d. h. die geschlechtsspezifischen Auswirkungen der Haushaltsmaß-
30 nahmen beschreiben.

31
32 Zum 1. Januar 2014 beginnt die neue Förderperiode der europäischen Strukturpro-
33 gramme ESF (Europäischer Sozialfonds) und EFRE (Europäische Regionalfonds). Bei der
34 inhaltlichen Konzeption des hessischen EFRE-Programmes wollen wir den Schwerpunkt
35 auf die Finanzierung von Infrastrukturprojekten legen; beim ESF-Programm ist ein
36 wichtiges Ziel die deutliche Verringerung der Zahl von Schülerinnen und Schüler ohne
37 Schulabschluss. Dies ist ein gutes Beispiel für vorsorgende Bildungs- und Sozialpolitik.

38
39 Wir werden beweisen, dass im Zusammenspiel von klugem Sparen, Effizienzsteigerun-
40 gen und der Wahrnehmung der Einnahmeverantwortung durch die Erhebung gerech-
41 ter Steuern und des Setzens politischer Schwerpunkte eine Reduzierung der Schulden-
42 aufnahme und bis spätestens 2020 ein ausgeglichener Landeshaushalt möglich ist, wie
43 ihn die Hessische Verfassung vorschreibt.

Programmkommission

Vorsitz: Gernot Grumbach
Koordinator: Timon Gremmels

Koordinatorinnen und Koordinatoren der Projektgruppen:

Energie und Umwelt:	Melanie Haubrich, Timon Gremmels
Familienland Hessen, Soziales, Gesundheit, Gleichstellung und Sport:	Gisela Stang, Dr. Thomas Spies
Gute Arbeit, starke Wirtschaft, mobiles Hessen:	Matthias Körner, Uwe Frankenberger
Gute Bildung von Anfang an:	Kerstin Geis, Heike Habermann
Haushalt, Finanzen und Staatsmodernisierung:	Burkhard Albers, Norbert Schmitt
Integration:	Corrado di Benedetto, Gerhard Merz
Kultur, Medien und Netzpolitik:	Dr. Kerstin Weinbach, Michael Siebel
Ländlicher Raum:	Manfred Schaub, Lisa Gnadl
Mehr Demokratie, liberales und sicheres Hessen:	Günter Rudolph, Nancy Faeser
Metropolen / Stadt- und Regionalpolitik:	Gisela Stang, Marius Weiß
Wissenschaft Forschung und Innovation:	Gernot Grumbach, Lothar Quanz

Redaktionelle Betreuung: Michael Fraenkel

